



# Frankfurter Statistische Berichte 2018

Entwicklung und Strukturen der Leiharbeitsbranche in Frankfurt am Main

Unternehmertum aus der Mikroperspektive –  
kleinräumige Gewerbeentwicklung in Frankfurt am Main

70 Jahre Tourismusstandort Frankfurt am Main –  
Entwicklung zum internationalen Anziehungspunkt für Geschäfts- und Städtereisen

Wählen Frauen anders?  
100 Jahre Frauenwahlrecht im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik

## Impressum

Titel	Frankfurter Statistische Berichte 2018
Erscheinungsdatum	Oktober 2018
Herausgeber	Stadt Frankfurt am Main – Der Magistrat – Bürgeramt, Statistik und Wahlen Zeil 3 60313 Frankfurt am Main Telefon: (0 69) 2 12 – 7 15 55 Telefax: (0 69) 2 12 – 3 63 01 E-Mail: <a href="mailto:infoservice.statistik@stadt-frankfurt.de">infoservice.statistik@stadt-frankfurt.de</a> Internet: <a href="http://www.frankfurt.de/statistische_berichte">www.frankfurt.de/statistische_berichte</a>
Verantwortlich	Waltraud Schröpfer
Autoren in dieser Ausgabe	Timo Lepper Ralf Schröder Christian Stein Laura Walter Dr. Michael Wolfsteiner
Koordination und Redaktion	Dr. Michael Wolfsteiner, Anika Henniger
Bildnachweise	VectorMachine - <a href="http://stock.adobe.com">stock.adobe.com</a> (Seite 48); Tobias Arhelger - <a href="http://stock.adobe.com">stock.adobe.com</a> (Seite 54); Branko Srot - <a href="http://stock.adobe.com">stock.adobe.com</a> (Seite 58); wbtky - <a href="http://stock.adobe.com">stock.adobe.com</a> (Seite 62); pure-life-pictures - <a href="http://stock.adobe.com">stock.adobe.com</a> (Seite 63)
Druck	Eigendruck
Nachdruck	ist ausschließlich mit schriftlicher Genehmigung gestattet
ISSN	0177-7351
Schutzgebühr	Euro 7,- (zuzüglich Versandkosten)

<b>Editorial</b>	<b>1</b>
<b>Entwicklung und Strukturen der Leiharbeitsbranche in Frankfurt am Main</b> Timo Lepper	<b>2</b>
<b>Unternehmertum aus der Mikroperspektive – kleinräumige Gewerbeentwicklung in Frankfurt am Main</b> Christian Stein und Laura Walter	<b>20</b>
<b>70 Jahre Tourismusstandort Frankfurt am Main – Entwicklung zum internationalen Anziehungspunkt für Geschäfts- und Städtereisen</b> Ralf Schröder und Christian Stein	<b>48</b>
<b>Wählen Frauen anders? 100 Jahre Frauenwahlrecht im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik</b> Dr. Michael Wolfsteiner	<b>66</b>
<b>Erläuterungen</b>	<b>78</b>



## Editorial

---

Für die Frankfurter Statistischen Berichte 2018 hat die kommunale Statistikstelle ein breites Themenspektrum zusammengetragen. Dieses reicht von der Leiharbeit über die Gewerbeentwicklung und den Tourismus bis hin zu Wahlen. Am Umfang der Themen wird wieder einmal deutlich, wie vielfältig die Fragestellungen und das Datenangebot für unsere Stadt sind.

Timo Lepper berichtet in seinem Beitrag erstmals über die Entwicklung der Leiharbeit von 2006 bis 2017 in Frankfurt am Main aus verschiedenen Blickwinkeln. Zum einen ist die Beschäftigungsform der Leiharbeit im Vergleich mit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt Inhalt. Zum anderen analysiert er die Verleihbetriebe zwischen 2013 und 2017.



Im zweiten Artikel beleuchten Laura Walter und Christian Stein die Gewerbean- und -abmeldungen. Diese stammen aus dem Gewerberegister des Ordnungsamtes und sind nicht nur für einen längeren Zeitraum vorhanden, sondern auch in einer sehr kleinräumigen Gliederung dargestellt. Somit entsteht ein detaillierter Blick auf das Gründungsgeschehen in Frankfurt am Main, wie es ihn zuvor noch nicht gab.

In 70 Jahren hat sich der Tourismusstandort Frankfurt am Main zu einem Anziehungspunkt für Geschäfts- und Städtereisen entwickelt. Ralf Schröder und Christian Stein zeigen in ihrem Beitrag auf, dass dieser Aufwärtstrend zwar immer wieder weltpolitischen Gegebenheiten unterworfen, der fortschreitende Erfolg aber nie ernsthaft gefährdet war.

Michael Wolfsteiner nimmt zwei Jubiläen zum Anlass, zurückzuschauen. Seit 100 Jahren gibt es in Deutschland das Frauenwahlrecht und vor 65 Jahren wurde erstmalig die repräsentative Wahlstatistik bei Bundestagswahlen erhoben. Beides zusammengenommen führt zur Frage: „Wählen Frauen anders?“ Die Antwort darauf findet sich zum Abschluss dieses Heftes.

Ich danke der Autorin und den Autoren sowie allen, die an der Entstehung dieser Ausgabe der Frankfurter Statistischen Berichte beteiligt waren. Sollten Sie als Leserin oder Leser Bedarf an weiteren Informationen haben, stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgeramt, Statistik und Wahlen gerne zur Verfügung.

Frankfurt am Main, im Oktober 2018



Stadtrat Jan Schneider  
Dezernent für Bau und Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT

## Entwicklung und Strukturen der Leiharbeitsbranche in Frankfurt am Main

Timo Lepper

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, wie die Arbeitnehmerüberlassung<sup>1</sup>, in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen und nimmt dementsprechend eine hervorgehobene Stellung in der öffentlichen Diskussion um Arbeit und deren Bedingungen ein. Atypische Beschäftigungsformen werden in Abgrenzung zum Normalarbeitsverhältnis, das eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige und abhängige Vollzeitbeschäftigung ist, definiert (Dietz und Walwei, 2006). Zu diesen zählen Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit, geringfügige und befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie die Leiharbeit (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2009).

Aufgrund der zumeist sehr kurzen Dauer der Beschäftigungsverhältnisse und des Auseinanderfallens von Arbeitsvertrag beim Verleiher und dem Arbeitsverhältnis beim Entleiher wird die Leiharbeit als Prototyp der atypischen Beschäftigung bezeichnet (Motakef, 2015). Dabei ist atypische Beschäftigung nicht mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen, sie kann prekär sein, muss es aber nicht.

Der vorliegende Artikel widmet sich der Entwicklung der Leiharbeitsbranche auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt. Zum einen werden sowohl der Beschäftigungsumfang und die Dynamik der Branche als auch die Entwicklung und die Struktur der Verleihbetriebe untersucht. Zum anderen werden die Zusammensetzung der Beschäftigten und ihre Verdienste in der Leiharbeit in Frankfurt dargestellt. Um diese Ergebnisse ins Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt zu setzen, betrachtet man stets parallel zu den Ergebnissen zur Leiharbeitsbranche die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung außerhalb der Arbeitnehmerüberlassung.

### Leiharbeit als Beschäftigungsform

Leiharbeit als Beschäftigungsform ist gekennzeichnet durch ein Dreiecksverhältnis zwischen Arbeitnehmerin beziehungsweise Arbeitnehmer, Arbeitgeberin oder Arbeitgeber sowie dem Entleihbetrieb. Die gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung hat zum Zweck, durch die Überlassung von Beschäftigten an andere Unternehmen wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen.

<sup>1</sup> Die Begriffe Arbeitnehmerüberlassung, Leiharbeit und Zeitarbeit stehen in diesem Artikel synonym.

### Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Seit 1972 ist die Arbeitnehmerüberlassung in Deutschland gesetzlich durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geregelt. Der Verleih von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch den Arbeitgeber an Dritte (Entleiher) ist dabei erlaubnispflichtig. Die Erlaubnis wird auf Antrag des Arbeitgebers durch die Bundesagentur für Arbeit als zuständige Behörde erteilt. Das AÜG enthält neben der Erlaubnispflicht weitere Bestimmungen zur Überlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Darin festgehalten sind unter anderem Regelungen zur Überlassungshöchstdauer, Befristung der Beschäftigung, Gleichstellung, Lohnuntergrenze und zum Wiedereinsatz von unmittelbar zuvor ausgeschiedenen Stammmitarbeitern als Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter (Bundesagentur für Arbeit, 2017a). Die letzten Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes traten zum 1. April 2017 in Kraft und beinhalteten sowohl eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, als auch den Anspruch auf den gleichen Lohn wie das Stammpersonal nach spätestens neun Monaten.

Der Verleiher ist juristisch zwar der Arbeitgeber, die Leistung wird jedoch im Entleihbetrieb erbracht. Der Entleihbetrieb verfügt dabei für die Zeit des Einsatzes über das Weisungs- und Direktionsrecht (Bolder und andere, 2005).

Da zwischen Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitnehmer und Entleihbetrieb kein Arbeitsvertrag besteht, greifen folglich auch keine Kündigungsschutzregelungen. Das Risiko der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses und der damit verbundenen Kosten werden somit auf das Leiharbeitsunternehmen übertragen. Der Entleihbetrieb kann flexibel auf Veränderungen des Arbeitskräftebedarfs reagieren und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter anfordern bzw. zurücksenden (Crimmann und andere, 2009).

Aufgrund der zuvor beschriebenen flexiblen Einsetzbarkeit von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ist die Entwicklung der Leiharbeitsbranche stark durch die Konjunktur geprägt. Ein

umfassender Ab- bzw. Umbau gesetzlicher Regulierungen ging der starken Expansion der Leiharbeit in den vergangenen Jahrzehnten voraus (Burkert und andere, 2014). Im Jahr 2004 wurde die Arbeitnehmerüberlassung durch die sogenannten Hartz-Reformen rechtlich weitgehend dereguliert. Die Leiharbeit als Beschäftigungsform hat auf dem deutschen Arbeitsmarkt an Bedeutung gewonnen, dennoch lag der Anteil von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern an der Gesamtbeschäftigung durchgehend bei unter drei Prozent (Bundesagentur für Arbeit, 2017a).

In den folgenden Jahren wurden die Untersagung der missbräuchlichen Anwendung der Arbeitnehmerüberlassung und die Angleichung der Entlohnung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Leiharbeit an die Stammbeschäftigten in mehreren Reregulierungsschritten rechtlich festgeschrieben.

In der Diskussion um die Beschäftigungsform Leiharbeit werden zumeist die Flexibilität des Einsatzes in Abhängigkeit vom Personalbedarf und die daraus resultierenden Wettbewerbsvorteile positiv hervorgehoben (Burda und Kvasnicka, 2006). Denn die Arbeitnehmerüberlassung fungiert für die Entleihbetriebe primär als Puffer bei Abwesenheit von Stammbeschäftigten oder bei Auslastungsschwankungen (Haller und Jahn, 2014).

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wird zumeist die Bereitstellung von Beschäftigungschancen für Arbeitslose und ihre (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt angeführt (Bundesagentur für Arbeit, 2008, S. 10). Dabei ist die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses in der Arbeitnehmerüberlassung von Seiten der Beschäftigten häufig mit der Hoffnung auf eine stabile zukünftige Beschäftigung verknüpft.

Bisherige empirische Ergebnisse zeigen, dass sowohl die Übernahme im Entleihbetrieb als auch die weitergehende Etablierung in regulärer Beschäftigung außerhalb der Zeitarbeit kaum stattfindet (Crimmann und andere, 2009; Kvasnicka, 2008; Lehmer und Ziegler, 2010). Darüber hinaus sind Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter in Hinblick auf ihre Arbeitsplatzsicherheit und Entlohnung benachteiligt (Brülle, 2013).

### Entwicklung der Leiharbeitsbranche

Während der 1990er Jahre und zu Beginn des Jahrtausends zeichnete sich die deutsche Volkswirtschaft im europäischen Vergleich durch niedriges wirtschaftliches Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit aus. Deutschland wurde ökonomisch als der „kranke Mann in Europa“ bezeichnet (The

Economist, 2004). Für die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Umkehr der Arbeitsmarktkennzahlen nach 2006 wurden die spezifischen Institutionen des deutschen Arbeitsmarktes angeführt (Dustmann und andere, 2014).

Mit Ausnahme des Jahres 2009, ausgelöst durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, ist das Bruttoinlandsprodukt der deutschen Wirtschaft seitdem jährlich gewachsen, im gesamten Zeitraum um durchschnittlich 2,2 Prozent pro Jahr. Dementsprechend hat sich die Beschäftigung in Deutschland insgesamt und ebenso auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt positiv entwickelt.

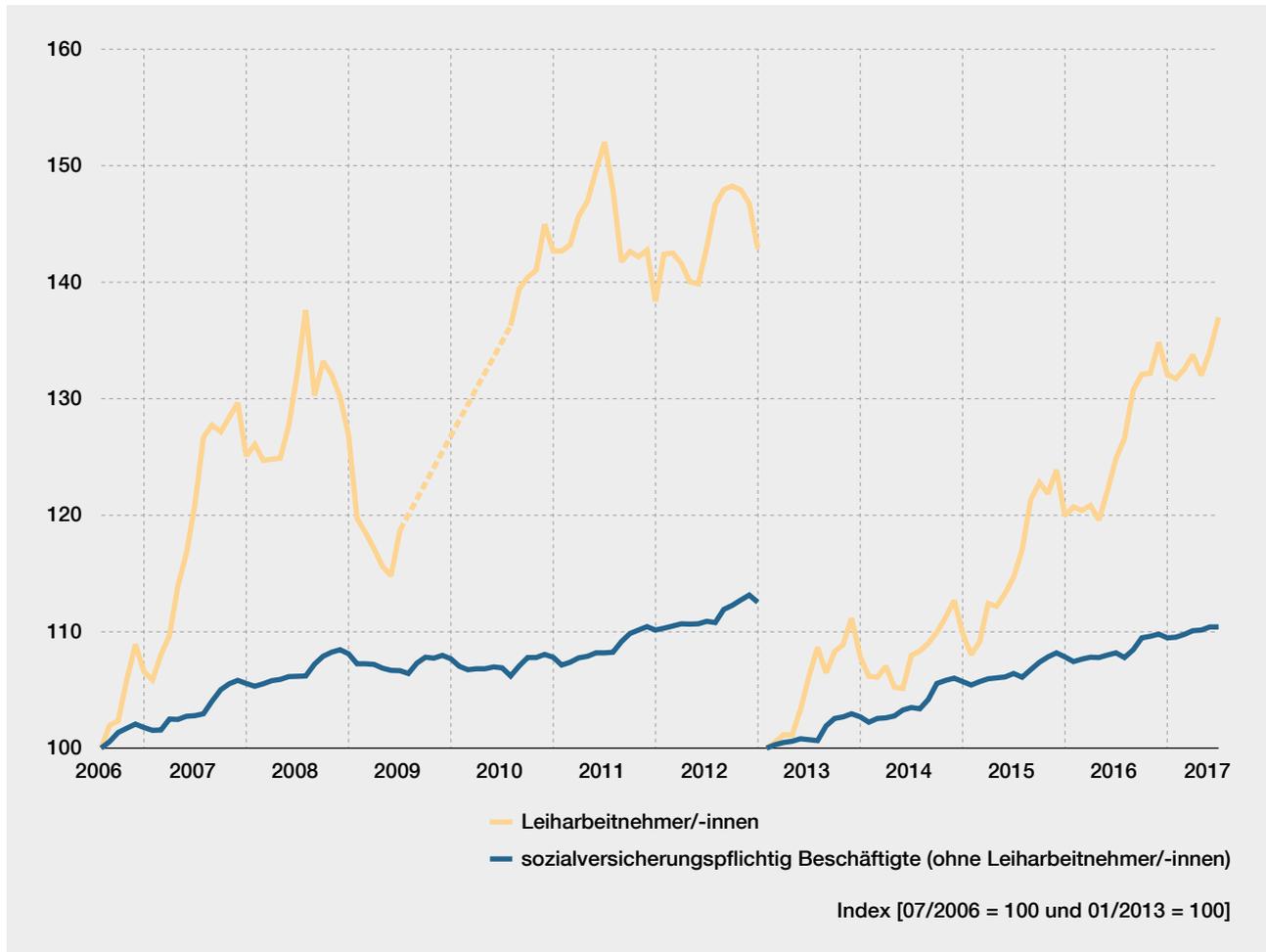
### Kontinuierlicher Anstieg der Beschäftigten in der Leiharbeit

In diesem Zusammenhang ist die Zeitarbeit die Beschäftigungsform mit dem größten Wachstum in der jüngsten Vergangenheit. Zunächst sei jedoch auf die Umstellung im Meldeverfahren der Statistik der Bundesagentur zur Arbeitnehmerüberlassung hingewiesen.

Die vorherige Berichterstattung zur Arbeitnehmerüberlassung aus zwei Erhebungsquellen, der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik und der Beschäftigungsstatistik, wurde zum Januar 2013 vollends in die Beschäftigungsstatistik integriert (Bundesagentur für Arbeit, 2015b). Daher ist lediglich die Betrachtung von in sich konsistenten Zeitreihen für die Periode von 2006 bis einschließlich 2012 und ab 2013 möglich.

Aus Abbildung 1 (siehe Seite 4) ist erkennbar, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum von Juli 2006 bis Ende 2012 um 12,5 Prozent von 459473 auf 516975 gestiegen ist. Im selben Zeitraum ist die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter um 42,9 Prozent von 13240 auf 18917 angewachsen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Jahre 2013 bis 2017. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (exklusive Leiharbeitskräfte) hat sich von 493485 im Januar 2013 auf 544788 im Juni 2017 erhöht. Dies entspricht einem Anstieg um 10,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten wuchs in der Leiharbeitsbranche im entsprechenden Zeitraum um 37 Prozent von 15597 auf 21366. Der Anteil von Zeitarbeitskräften an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schwankte im betrachteten Zeitraum zwischen dem Minimalwert von 2,9 Prozent im Juli 2006 und dem Maximalwert von vier Prozent im Juni 2011.

Abb. 1 Entwicklung der Leiharbeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung 2006 bis 2017



Jahr	Monat	Leiharbeitnehmer/-innen	Index Leiharbeitnehmer/-innen	sonstige sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Index sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in %
2006	Juli	13 240	100,0	459 473	100,0	2,9
2007	Juni	16 012	120,9	472 328	102,8	3,4
2008	Juni	17 499	132,2	487 844	106,2	3,6
2009	Juni	15 713	118,7	489 964	106,6	3,2
2010	Juni (1)	×	×	491 084	106,9	×
2011	Juni	20 129	152,0	497 020	108,2	4,0
2012	Juni	18 933	143,0	509 462	110,9	3,7
2013	Januar	15 597	100,0	493 485	100,0	3,2
2013	Juni	16 563	106,2	497 072	100,7	3,3
2014	Juni	16 837	108,0	510 683	103,5	3,3
2015	Juni	17 889	114,7	525 060	106,4	3,4
2016	Juni	19 475	124,9	533 796	108,2	3,6
<b>2017</b>	<b>Juni</b>	<b>21 366</b>	<b>137,0</b>	<b>544 788</b>	<b>110,4</b>	<b>3,9</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

(1) Aufgrund der Reliabilität der Daten werden die Werte der Leiharbeitnehmer/-innen zwischen Juli 2009 und Juni 2010 nicht ausgewiesen.

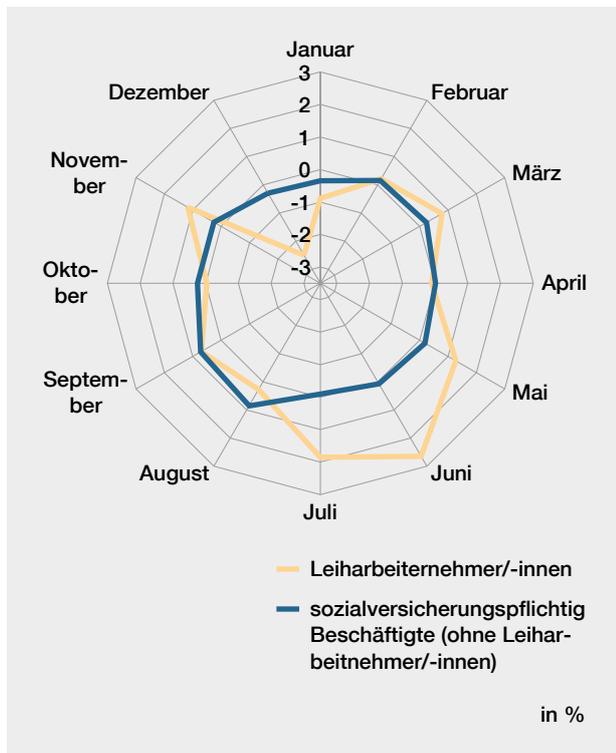
## Ausgeprägtes saisonales Muster in der Leiharbeit

Abbildung 2 zeigt das typische saisonale Muster in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Frankfurt: Kontinuität der Beschäftigung von Februar bis Juli, Anstieg im August, der sich – etwas abgeschwächt – bis November fortsetzt, und stärkerer Rückgang zum Ende des Jahres.

In Abbildung 2 dargestellt sind die Veränderungsraten der Beschäftigung zum jeweiligen Vormonat im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2017. Beispielsweise demonstriert die Grafik, dass im Monat Juni im Vergleich zum Vormonat Mai die Beschäftigung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Frankfurt im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2017 um 2,6 Prozent angestiegen ist.

Die saisonale Beschäftigungsentwicklung in der Arbeitnehmerüberlassung zeigt eine deutlich ausgeprägte Struktur. Die Anzahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich im betrachteten Zeitraum im Vormonatsvergleich in allen Monaten, abgesehen von den Monaten Dezember, Januar und April, erhöht. Wobei im Besonderen der November hervorzuheben ist, ebenso wie das kontinuierliche

**Abb.2 Durchschnittliche saisonale Veränderungen der Leiharbeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung 2006 bis 2017**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Wachstum der Leiharbeitsbranche in den Frühjahr- und Sommermonaten von Mai bis Juli.

## Dynamik in der Leiharbeitsbranche

Eine hohe Dynamik ist der Branche der Arbeitnehmerüberlassung inhärent. Leiharbeit wird meist temporär in den Entleihbetrieben eingesetzt, um zeitweilig abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ersetzen und Auslastungsschwankungen, bedingt durch den Konjunkturzyklus oder die Saison, auszugleichen. Darüber hinaus wird ein Beschäftigungsverhältnis in der Arbeitnehmerüberlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zumeist als eine temporäre Beschäftigung angesehen, an die zumeist spezifische Erwartungen an eine dauerhafte Etablierung auf dem Arbeitsmarkt geknüpft sind.

## Hohe Anzahl an Bewegungen in und aus der Leiharbeit

Zur Beschreibung der Dynamik auf dem Arbeitsmarkt wird häufig die sogenannte Arbeitskräftefluktuation<sup>2</sup> (siehe Tabelle 1, Seite 6) herangezogen (Wagner und Jahn, 2004). Diese beschreibt das Verhältnis von begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen zum Bestand und gibt dementsprechend Aufschluss über den Arbeitskräfteumschlag.

Im 1. Halbjahr 2013 nimmt die Kennzahl der Arbeitskräftefluktuation für Leiharbeitskräfte den Wert 0,53 an. Dies bedeutet, dass im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung 50 von 100 Leiharbeitskräften auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt in diesem Halbjahr ein Beschäftigungsverhältnis begonnen beziehungsweise beendeten. Im Vergleich nimmt dieser Wert für die sonstige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung den Wert 0,13 an, was rund 10 von 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entspricht. Die Arbeitskräftefluktuation ist somit in der Arbeitnehmerüberlassung deutlich höher als auf dem restlichen Frankfurter Arbeitsmarkt. Betrachtet man die Werte über den Zeitverlauf für die jeweiligen Halbjahre von 2013 bis 2017, ist kaum eine Veränderung im Umschlag der Beschäftigten erkennbar.

## Sehr kurze Beschäftigungsdauern in der Leiharbeit

Die vorherige Beschäftigungsdauer von beendeten Beschäftigungsverhältnissen liefert weiteren Auf-

$$\text{Arbeitskräftefluktuation} = \frac{\text{(begonnene Beschäftigungsverhältnisse, + beendete Beschäftigungsverhältnisse)} / 2}{\text{durchschnittlicher Bestand}}$$

**Tab. 1 Arbeitskräftefluktuation 2013 bis 2017**

Halbjahr	sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ohne Leiharbeit				Leiharbeit			
	Beschäftigungsverhältnisse			Arbeitskräftefluktuation	Beschäftigungsverhältnisse			Arbeitskräftefluktuation
	begonnene	beendete	Bestand		begonnene	beendete	Bestand	
1. Halbjahr 2013	68 611	68 325	515 803	0,13	8 576	8 189	15 917	0,53
2. Halbjahr 2013	72 945	66 667	522 677	0,13	9 714	8 997	16 929	0,55
1. Halbjahr 2014	70 817	68 793	524 509	0,13	8 465	8 289	16 574	0,51
2. Halbjahr 2014	76 984	70 921	535 390	0,14	10 060	9 263	17 185	0,56
1. Halbjahr 2015	77 468	74 574	539 106	0,14	9 396	8 863	17 410	0,52
2. Halbjahr 2015	81 941	73 775	547 394	0,14	10 308	9 819	18 894	0,53
1. Halbjahr 2016	80 765	79 660	549 800	0,15	9 913	9 805	18 938	0,52
2. Halbjahr 2016	81 475	75 959	557 623	0,14	10 475	9 494	20 497	0,49
<b>1. Halbjahr 2017</b>	<b>83 225</b>	<b>80 320</b>	<b>562 639</b>	<b>0,15</b>	<b>10 892</b>	<b>10 305</b>	<b>20 823</b>	<b>0,51</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

schluss über die Dynamik von Leiharbeit und sonstiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt.

Insgesamt sind 37,9 Prozent der beendeten Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Leiharbeit kürzer als drei Monate (siehe Abbildung 3), wohingegen dieser Anteil in der sonstigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei 24,5 Prozent lag.

Bei der für die Entlohnung entscheidenden Grenze von neun Monaten, aufgrund der vorgeschriebenen Gleichbehandlung im AÜG (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017), lag der Anteil der Beschäftigten mit einer kürzeren Beschäftigungsdauer in der Arbeitnehmerüberlassung bei 67 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass es sich um Beschäftigungsverhältnisse beim Verleiher handelt. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil an Entleihungen mit einer Dauer von weniger als neun Monaten noch höher ist.

Nahezu jedes zweite beendete Beschäftigungsverhältnis (48,4 %) außerhalb der Arbeitnehmerüberlassung dauerte vor dessen Beendigung länger als ein Jahr, wohingegen bei den Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern lediglich jedes vierte Beschäftigungsverhältnis (26,8 %) diese Dauer erreichte.

Die beendeten Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Leiharbeit sind somit von erheblich kürzerer Dauer als in der sonstigen sozialversicherungs-

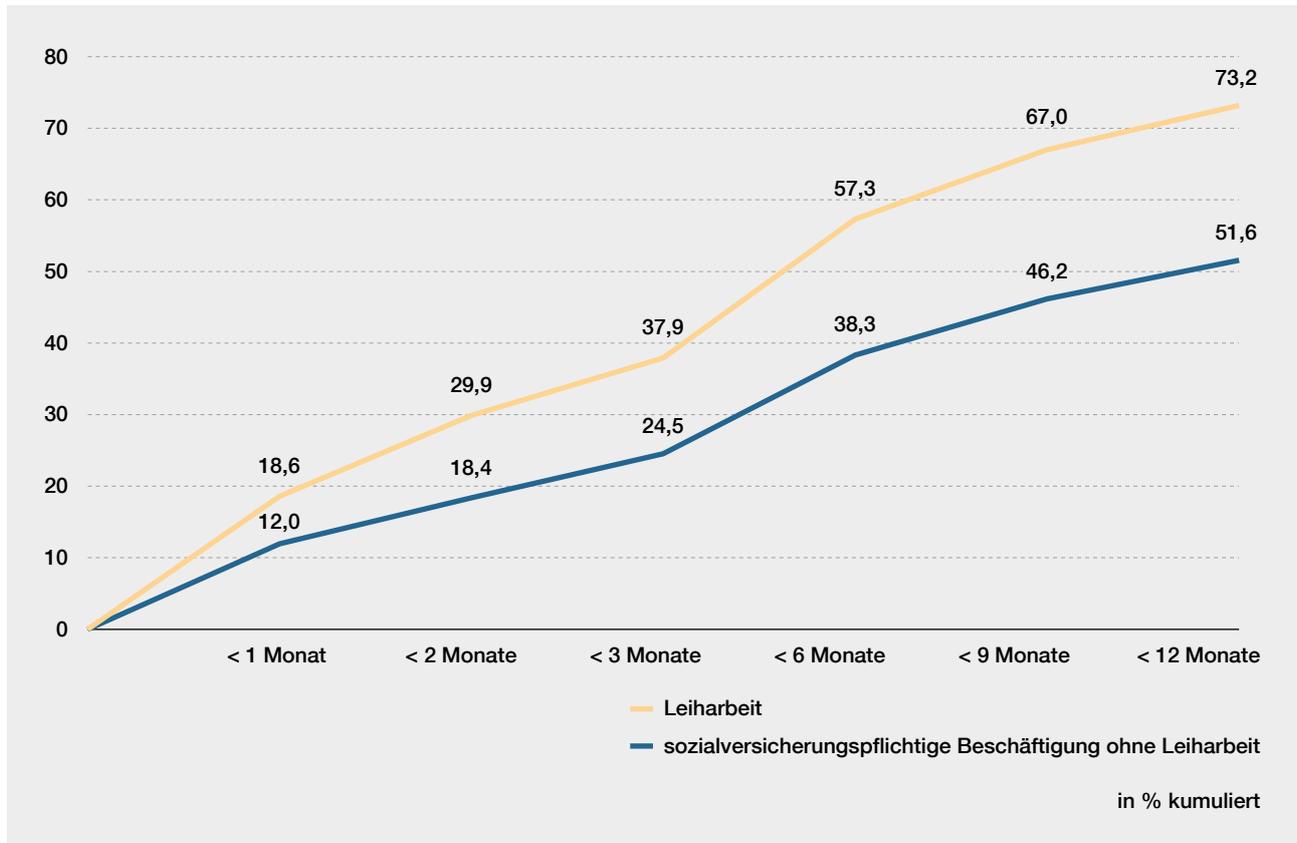
pflichtigen Beschäftigung. Dies zeigt, dass nur ein kleiner Teil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von der Reform des AÜG betroffen ist.

### Leiharbeitskräfte weisen häufig Lücken in der Erwerbsbiographie auf

Die Gründe für die Aufnahme und die Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses in der Leiharbeit sind vielfältig. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 haben 9755 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pro Halbjahr (siehe Tabelle 2, Seite 8) ein Beschäftigungsverhältnis in der Arbeitnehmerüberlassung in Frankfurt begonnen. Rund ein Drittel dieser Personen war unmittelbar vor der Aufnahme des Leiharbeitsverhältnisses angestellt. Von denjenigen die unmittelbar zuvor nicht beschäftigt waren, liegt das letzte Arbeitsverhältnis für 40,7 Prozent der Personen weniger als drei Monate zurück. Lediglich 29,1 Prozent der neu in der Leiharbeit Arbeitenden waren vorher noch nie oder länger als 12 Monate nicht beschäftigt. Dies zeigt, dass Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufnehmen, überwiegend Arbeitsmarkterfahrung aufweisen.

Vergleicht man die Zahlen zur Leiharbeit mit den begonnen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen außerhalb der Arbeitnehmerüberlassung, fällt auf, dass diese häufiger direkt aus einem anderen Beschäftigungsverhältnis übergehen (48,4 %). Beschäftigte in der Leiharbeitsbranche weisen somit im Vergleich häufiger Lücken in ihren Erwerbsbiographien auf.

Abb.3 Durchschnittliche Dauer von beendeten Beschäftigungsverhältnissen 2013 bis 2017



beendete Beschäftigungsverhältnisse mit einer Beschäftigungsdauer von ...	sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ohne Leiharbeit			Leiharbeit		
	Anzahl	in %	in % kumuliert	Anzahl	in %	in % kumuliert
weniger als 1 Monat	16 525	12,0	12,0	2 816	18,6	18,6
weniger als 2 Monaten	8 857	6,4	18,4	1 713	11,3	29,9
weniger als 3 Monaten	8 526	6,2	24,5	1 214	8,0	37,9
weniger als 6 Monaten	19 062	13,8	38,3	2 939	19,4	57,3
weniger als 9 Monaten	10 812	7,8	46,2	1 466	9,7	67,0
weniger als 12 Monaten	7 493	5,4	51,6	940	6,2	73,2
12 Monaten und länger	66 909	48,4	100,0	4 062	26,8	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>138 184</b>	<b>100,0</b>	<b>x</b>	<b>15 150</b>	<b>100,0</b>	<b>x</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt wurden pro Halbjahr durchschnittlich nahezu so viele Beschäftigungsverhältnisse in der Arbeitnehmerüberlassung beendet wie begonnen. Der überwiegende Teil von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ist kurze Zeit nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses (30 Tage) wieder in ein anderweitiges Beschäftigungsverhältnis übergegangen (siehe Tabelle 3, Seite 8). Dabei nahmen 59,9

Prozent ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis außerhalb der Leiharbeit auf. Insgesamt 28,1 Prozent sind wieder bei einem Zeitarbeitsunternehmen unter Vertrag.

Betrachtet man die Zahlen 90 Tage nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in der Arbeitnehmerüberlassung, erhöht sich der Anteil derjenigen die beschäftigt sind, nur leicht um sieben

**Tab.2 Begonnene Beschäftigungsverhältnisse 2013 bis 2017**

Beschäftigungsform	insgesamt	unmittelbar vorher beschäftigt		nicht unmittelbar vorher beschäftigt		letzte Beschäftigung vor ... Monaten					
						0 bis 2		3 bis 11		12 oder nie	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Leiharbeit	9 755	3 458	35,4	6 298	64,6	2 566	40,7	1 900	30,2	1 831	29,1
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung ohne Leiharbeit	77 137	37 366	48,4	39 771	51,6	15 341	38,6	8 926	22,4	15 503	39,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Durchschnitt.

Prozentpunkte. Somit gelingt nahezu zwei Drittel der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses der rasche Wiedereinstieg in Beschäftigung, wenn auch häufig erneut bei Zeitarbeitsunternehmen.

Betrachtet man die beendeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der Leiharbeit, waren 54,6 Prozent der Personen kurze Zeit (30 Tage) später erneut beschäftigt. Der überwiegende Anteil (81,2 %) arbeitete erneut in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und lediglich vier Prozent in Leiharbeitsverhältnissen, was dem Anteil dieses Beschäftigungssektors an der Gesamtbeschäftigung entspricht.

Ähnlich wie im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung liegt der Anteil derjenigen, die sich nach 90

Tagen erneut in einem Beschäftigungsverhältnis befinden, um rund sechs Prozentpunkte höher. Dies zeigt, dass dem überwiegenden Anteil der Beschäftigten sowohl in als auch außerhalb der Leiharbeit der Übergang zwischen verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen rasch gelingt, sich allerdings die Übergänge mit fortlaufender Dauer reduzieren.

Insgesamt wurden im betrachteten Zeitraum sowohl in der Arbeitnehmerüberlassung als auch der sonstigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mehr Beschäftigungsverhältnisse neu geschlossen (86 892) als beendet (82 447). Dies resultiert in dem zuvor beschriebenen Beschäftigungsanstieg auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt. Durchschnittlich handelt es sich für die Jahre 2013 bis 2017 bei rund jedem zehnten neu geschlossenen Beschäftigungs-

**Tab.3 Verbleib von Personen nach Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses 2013 bis 2017**

Beschäftigungsform	nicht beschäftigt		beschäftigt							
			insgesamt		Beschäftigung ohne Leiharbeit		Leiharbeit		sonstige	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
<b>30 Tage nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses</b>										
Leiharbeit	3 968	43,0	5 257	57,0	3 150	59,9	1 476	28,1	631	12,0
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung ohne Leiharbeit	33 228	45,4	39 994	54,6	32 471	81,2	1 600	4,0	5 923	14,0
<b>90 Tage nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses</b>										
Leiharbeit	3 317	36,0	5 908	64,0	3 448	58,4	1 868	31,6	592	10,0
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung ohne Leiharbeit	28 703	39,2	44 519	60,8	36 941	83,0	1 955	4,4	5 623	12,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Durchschnitt.

verhältnis um ein Leiharbeitsverhältnis. Ebenso war rund jedes zehnte beendete Beschäftigungsverhältnis ein Leiharbeitsverhältnis.

## Verleihbetriebe in Frankfurt am Main

Die Verleihbetriebe sind, wie zuvor beschrieben, die faktischen Arbeitgeber, wobei die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Betriebe zur Arbeitsleistung an Dritte entliehen werden.

In Frankfurt bestanden zum Juni 2013 623 Betriebe, welche Arbeitskräfte entliehen. Die Zahl der Arbeitnehmerüberlassungsbetriebe ist bis zum Juni 2017 auf insgesamt 756 Betriebe (+21 %) angewachsen. Im Zeitraum zwischen 2013 bis 2017 ist die Anzahl der Betriebe in sämtlichen Betriebsgrößenklassen gewachsen.

**Tab. 4 Entwicklung der Leiharbeitsbetriebe 2013 bis 2017**

Jahr	Leiharbeiter/-innen	Betriebe	mit ... beschäftigten Leiharbeiterinnen/-nehmern			
			1 bis 9	10 bis 49	50 bis 149	150 und mehr
2013	15 590	623	444	95	66	18
2014	15 808	662	471	112	60	19
2015	16 735	718	521	113	63	21
2016	18 263	744	519	139	63	23
<b>2017</b>	<b>20 038</b>	<b>756</b>	<b>532</b>	<b>125</b>	<b>74</b>	<b>25</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Stichtag: jeweils 30. Juni.

Dies bedeutet, dass nicht ausschließlich bereits zuvor bestehende Betriebe die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erhöhten, sondern sich auch neue Betriebe auf dem Frankfurter Markt betätigen. Im Besonderen die Zahl der Betriebe mit mehr als 150 Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern ist in dieser Zeit von 18 auf 25 angestiegen, was einem beträchtlichen Beschäftigtenzuwachs entspricht.

Darüber hinaus können Betriebe, die Leiharbeitskräfte beschäftigen, danach unterschieden werden, ob ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt auf die Überlassung von Arbeitskräften gerichtet ist. Bei drei von vier (Verleih-)Betrieben in Frankfurt, die im Juni 2017 Leiharbeitskräfte beschäftigten, lag der wirtschaftliche Schwerpunkt nicht auf der Arbeitnehmerüberlassung. Hingegen waren zwei von drei Leiharbeitskräften in Betrieben mit dem Schwerpunkt Arbeitnehmerüberlassung angestellt.

Der größte Teil der beschäftigten Leiharbeitskräfte in Frankfurt ist in Betrieben mit mehr als 150 Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern angestellt, unabhängig davon, ob der wirtschaftliche Schwerpunkt auf die Arbeitnehmerüberlassung gerichtet ist. Diese Betriebe beschäftigten über die Hälfte der Leiharbeitskräfte insgesamt. Auf dem Frankfurter (Leih-)Arbeitsmarkt sind es somit wenige Betriebe mit einer großen Zahl an Leiharbeitskräften, die vorrangig Arbeitnehmerüberlassung betreiben. Betriebe, die neben ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt Zeitarbeit betreiben, beschäftigten häufig wenige Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

## Beschäftigte in der Leiharbeit

Zuvor stand die Dynamik des (Leiharbeits-)Arbeitsmarktes und der Leiharbeitsbetriebe im Fokus. Im

**Tab. 5 Leiharbeitsbetriebe 2017**

mit ... Leiharbeiterinnen/-nehmern	insgesamt			mit Schwerpunkt Arbeitnehmerüberlassung			ohne Schwerpunkt Arbeitnehmerüberlassung		
	Anzahl	Leiharbeiter/-innen		Anzahl	Leiharbeiter/-innen		Anzahl	Leiharbeiter/-innen	
		Anzahl	in %		Anzahl	in %		Anzahl	in %
1 bis 9	532	915	4,6	40	124	0,9	492	791	11,9
10 bis 49	125	2 834	14,1	68	2 030	15,1	41	804	12,1
50 bis 149	74	5 978	29,8	40	4 572	34,1	11	1 406	21,2
150 und mehr	25	10 310	51,5	20	6 685	49,8	5	3 625	54,7
<b>insgesamt</b>	<b>756</b>	<b>20 037</b>	<b>100,0</b>	<b>200</b>	<b>13 411</b>	<b>66,9</b>	<b>556</b>	<b>6 626</b>	<b>33,1</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Stichtag: 30. Juni.

**Tab.6 Beschäftigte 2017: Berufshauptgruppen**

Berufshauptgruppe Berufsgruppe	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Leiharbeiter/-innen		Leiharbeiter/-innen			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Über-(+)/ Unter- repräsentation (-)	Leih- arbeits- quote
					in %-Pkt.	in %
Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführung)	49 448	9,1	5 517	25,8	+16,7	11,2
Lagerwirtschaft, Post, Zustellung, Güterumschlag	18 108	36,6	2 610	47,3	+10,7	14,4
Kaufleute – Verkehr und Logistik	8 900	18,0	2 354	42,7	+24,7	26,4
medizinische Gesundheitsberufe	25 012	4,6	1 744	8,2	+3,6	7,0
Tourismus-, Hotel- u. Gaststättenberufe	19 816	3,6	1 431	6,7	+3,1	7,2
gebäude- u. versorgungstechnische Berufe	7 271	1,3	622	2,9	+1,6	8,6
nicht medizinische Gesundheits-, Körperpflege- u. Well- nessberufe, Medizintechnik	7 102	1,3	479	2,2	+0,9	6,7
Innen-/Ausbauberufe	2 777	0,5	298	1,4	+0,9	10,7
Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	10 881	2,0	570	2,7	+0,7	5,2
Kunststoffherstellung u. -verarbeitung, Holzbe- u. -verar- beitung	1 112	0,2	155	0,7	+0,5	13,9
Angehörige der regulären Streitkräfte	49	0,0	3	0,0	+0,0	6,1
Textil- u. Lederberufe	537	0,1	16	0,1	-0,0	3,0
Rohstoffgewinnung u. -aufbereitung, Glas- u. Keramikher- stellung u. -verarbeitung	354	0,1	6	0,0	-0,0	1,7
Papier- u. Druckberufe, technische Mediengestaltung	2 854	0,5	100	0,5	-0,1	3,5
Land-, Tier- u. Forstwirtschaftsberufe	559	0,1	7	0,0	-0,1	1,3
Produktdesign u. kunsthandwerkliche Berufe, bildende Kunst, Musikinstrumentenbau	923	0,2	19	0,1	-0,1	2,1
Führer/-innen von Fahrzeug- u. Transportgeräten	14 996	2,8	566	2,6	-0,1	3,8
Gartenbauberufe, Floristik	2 029	0,4	43	0,2	-0,2	2,1
darstellende u. unterhaltende Berufe	2 730	0,5	42	0,2	-0,3	1,5
sprach-, literatur-, geistes-, gesellschafts- u. wirtschafts- wissenschaftliche Berufe	3 309	0,6	17	0,1	-0,5	0,5
Hoch- u. Tiefbauberufe	6 633	1,2	133	0,6	-0,6	2,0
Reinigungsberufe	15 492	2,8	450	2,1	-0,7	2,9
technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- u. Produktionssteuerungsberufe	10 005	1,8	233	1,1	-0,7	2,3
Bauplanung, Architektur, Vermessungsberufe	5 725	1,1	54	0,3	-0,8	0,9
Berufe in Unternehmensführung, -organisation	97 251	17,9	3 559	16,7	-1,2	3,7
Unternehmensorganisation und -strategie	43 542	44,8	1 618	45,5	+0,7	3,7
Büro und Sekretariat	43 514	44,7	1 688	47,4	+2,7	3,9
lehrende u. ausbildende Berufe	9 499	1,7	103	0,5	-1,3	1,1
Schutz-, Sicherheits- u. Überwachungsberufe	13 623	2,5	231	1,1	-1,4	1,7
Informatik- u. andere IKT-Berufe	24 977	4,6	544	2,5	-2,0	2,2
Verkaufsberufe	23 410	4,3	342	1,6	-2,7	1,5
Berufe in Recht u. Verwaltung	21 179	3,9	195	0,9	-3,0	0,9
Erziehung, soziale u. hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	19 751	3,6	109	0,5	-3,1	0,6
sonstige	145 484	26,7	3 778	17,7	-9,0	2,6
<b>insgesamt</b>	<b>544 788</b>	<b>100,0</b>	<b>21 366</b>	<b>100,0</b>	<b>x</b>	<b>4,9</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Stichtag: 30. Juni.

Folgendes wird die Beschäftigung in der Leiharbeit anhand der sozio-demografischen Merkmale der Beschäftigten in dieser Branche in den Blick genommen.

## Konzentration auf wenige Berufsfelder

Die Leiharbeitsquote zeigt den Anteil der Leiharbeitskräfte an allen Beschäftigten des jeweiligen Berufssegments und dementsprechend die Einsatzschwerpunkte der Beschäftigungsform Arbeitnehmerüberlassung. In Frankfurt am Main liegt die Leiharbeitsquote in der Berufshauptgruppe Kunststoffherstellung u. -verarbeitung, Holzbe- u. -verarbeitung (13,9 %), Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführung) (11,2 %) und Innen-/Ausbauberufe (10,7 %) am höchsten. Wobei die genannten Fertigungsberufe auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt insgesamt eine untergeordnete Rolle spielen.

Im Verhältnis zur Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt am Main insgesamt sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Frankfurt in der Berufshauptgruppe Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführung) (+16,7 %-Punkte) stark und in den Berufshauptgruppen medizinische Gesundheitsberufe (+3,6 %-Punkte) und Tourismus-, Hotel- u. Gaststättenberufe (+3,1 %-Punkte) leicht überrepräsentiert.

In der Vergangenheit wurde Arbeitnehmerüberlassung besonders im verarbeitenden Gewerbe, in dem Fertigungsberufe vorherrschen, eingesetzt (Bogai und Wesling, 2009). In den vergangenen Jahren hat sich der Einsatz von Leiharbeitskräften auf verschiedene Berufsbereiche ausgedehnt, vor allem aber auf Dienstleistungsberufe.

Insgesamt arbeitete nahezu die Hälfte der Leiharbeitskräfte am Arbeitsort Frankfurt zum Stichtag Ende Juni 2017 in der Berufshauptgruppe Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführung) (25,8 %) oder Berufe in Unternehmensführung, -organisation (16,7 %). Innerhalb der Berufe in Verkehr und Logistik sind die von konjunkturellen Schwankungen geprägten Logistikberufe und Kaufleute stark vertreten.

In den Berufen der Unternehmensführung, -organisation gibt es ein zweigeteiltes Bild. Zum einen üben viele Leiharbeitskräfte hochspezialisierte Tätigkeiten im Bereich der Berufe in Unternehmensorganisation und -strategie aus. Zum anderen sind Berufe in Büro und Sekretariat, die sich stärker durch Routineaufgaben auszeichnen, stark vertreten.

Dies zeigt, dass Leiharbeit in unterschiedlichen Aufgabenbereichen eingesetzt wird, der Einsatz von Leiharbeitskräften konzentriert sich allerdings auf wenige Berufsfelder. In Frankfurt werden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vorrangig in den auf dem lokalen Arbeitsmarkt vorherrschenden Dienstleistungsberufen eingesetzt.

## Helfertätigkeiten in der Leiharbeit überrepräsentiert

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit klassifiziert Berufe unter anderem anhand der Komplexität der ausgeübten Tätigkeit (Bundesagentur für Arbeit, 2015a). Das sogenannte Anforderungsniveau ist tätigkeitsbezogen und spiegelt sowohl die für die Ausübung des jeweiligen Berufs notwendige formale Qualifikation als auch die informelle Bildung und/oder Berufserfahrung wider. Unterschieden wird

**Tab. 7 Beschäftigte 2017: Anforderungsniveau**

Anforderungsniveau	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Leiharbeiter/-innen		Leiharbeiter/-innen			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Über-(+) / Unterrepräsentation (-)	Leiharbeitsquote
					in %-Pkt.	
Helfer/-in	54 120	9,9	5 612	26,3	+16,3	9,4
Fachkraft	285 597	52,4	10 964	51,3	-1,1	3,7
Spezialist/-in	100 657	18,5	2 231	10,4	-8,0	2,2
Experte/Expertin	103 413	19,0	2 559	12,0	-7,0	2,4
keine Angabe	1 001	0,2	-	-	-0,2	x
<b>insgesamt</b>	<b>544 788</b>	<b>100,0</b>	<b>21 366</b>	<b>100,0</b>	<b>x</b>	<b>3,8</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Stichtag: 30. Juni.

nach vier Anforderungsniveaus: Helfer- und Anlern-tätigkeiten (Helfer/-in), fachliche Tätigkeiten (Fachkraft), komplexere Spezialtätigkeiten (Spezialist/-in) und hoch komplexe Tätigkeiten (Expertin/Experte) (siehe Tabelle 7, Seite 11).

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zeichnet sich die Beschäftigtenstruktur auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt insgesamt durch ein hohes berufliches Anforderungsniveau aus. Der Anteil der Expertinnen sowie Experten und Spezialistinnen und Spezialisten ist überdurchschnittlich. Im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung zeigt sich ein demgegenüber unterschiedliches Profil. In diesem Bereich ist der größte Anteil der Beschäftigten, ebenso wie in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt, dem Anforderungsniveau Fachkraft zugeordnet (51,3%). Hingegen ist der Anteil der Helferinnen und Helfer im relativen Vergleich weit überdurchschnittlich (+16,3 %-Punkte). Beschäftigte, die dem Anforderungsniveau Spezialistin bzw. Spezialist oder Expertin bzw. Experte zugeordnet sind, finden sich weitaus seltener in der Leiharbeit (-8 / -7 %-Punkte) als im Durchschnitt an allen Beschäftigten.

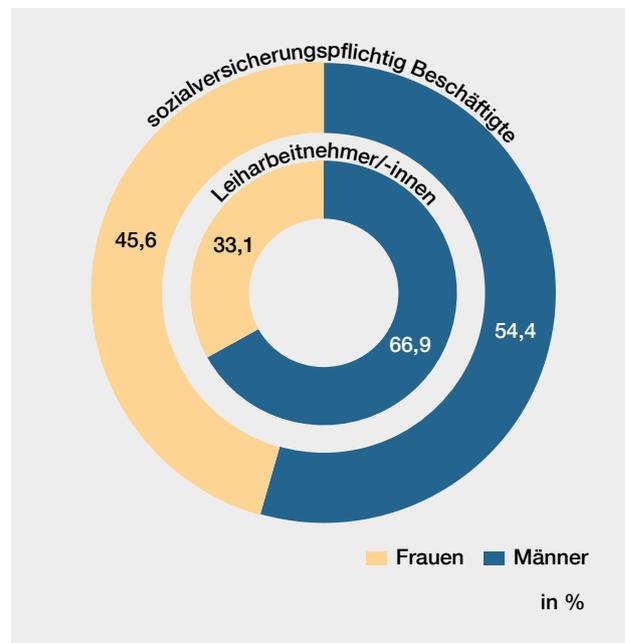
### Relativ niedrigeres Qualifikationsniveau von Leiharbeitskräften gegenüber sonstigen Beschäftigten

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den formellen Qualifikationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Leiharbeit. So besitzen 21,5 Prozent der Leiharbeitskräfte in Frankfurt keinen Berufsabschluss. Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten außerhalb der Arbeitnehmerüberlassung besitzen lediglich 12,2 Prozent keinerlei Berufsabschluss.

Die Mehrzahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter besitzt einen anerkannten Berufsabschluss (45,2 %) oder einen akademischen Berufsabschluss (20,5 %). Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten außerhalb der Leiharbeit besitzen 44,6 Prozent einen Berufsabschluss und 27,4 Prozent einen akademischen Abschluss.

Die Parallelität zwischen dem Anteil an Personen in der Leiharbeit, unterschieden nach dem Anforderungsniveau und der berufsfachlichen Qualifikation, deutet auf eine qualifikationsentsprechende Beschäftigung von Leiharbeitskräften hin.

**Abb. 4 Geschlechterverteilung in der Beschäftigung 2017 am Stichtag 30. Juni**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

**Tab. 8 Beschäftigte 2017: Berufsabschluss**

Berufsabschluss	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Leiharbeitnehmer/-innen		Leiharbeitnehmer/-innen			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Über(+) / Unterrepräsentation (-)	Leiharbeitsquote
					in %-Pkt.	
ohne Berufsabschluss	66 542	12,2	4 600	21,5	+9,3	6,5
anerkannter Berufsabschluss	243 236	44,6	9 660	45,2	+0,6	3,8
akademischer Berufsabschluss	149 503	27,4	4 379	20,5	-6,9	2,8
keine Angabe	85 507	15,7	2 727	12,8	-2,9	×
<b>insgesamt</b>	<b>544 788</b>	<b>100,0</b>	<b>21 366</b>	<b>100,0</b>	<b>×</b>	<b>3,8</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Stichtag: 30. Juni.

## Mehr Männer als Frauen in der Arbeitnehmerüberlassung

Die berufliche Geschlechtersegregation, darunter ist die ausgeprägte Trennung von Frauen und Männern in unterschiedliche Berufe zu verstehen, ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt deutlich vorhanden und hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert (Hausmann und Kleinert, 2014). Aufgrund der zuvor beschriebenen Berufsstruktur ist es somit auch nicht verwunderlich, dass zwei Drittel der Beschäftigten in der Arbeitnehmerüberlassung in Frankfurt Männer sind. In der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt, die als Indikator für die Erwerbsbeteiligung von Frauen herangezogen werden kann, ist das Verhältnis zwischen Männern und Frauen mit 54 Prozent zu 46 Prozent nahezu ausgeglichen.

Ein möglicher Erklärungsansatz für einen höheren Männeranteil in der Leiharbeit besteht in der historischen Konzentration des Einsatzes von Leihar-

beitskräften, die für gewöhnlich im verarbeitenden Gewerbe wie der Automobilindustrie eingesetzt wurden (Motakef, 2015). In stärker von Frauen dominierten Berufen, wie beispielsweise den Reinigungs- oder Erziehungsberufen, war und ist der Anteil an Leiharbeitskräften deutlich geringer.

## Viele junge Menschen in der Leiharbeit

Betrachtet man die Altersverteilung der Beschäftigten in der Arbeitnehmerüberlassung, ergeben sich deutliche Unterschiede zur sonstigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt. In den Altersgruppen von 15 bis 24 sowie 25 bis 34 Jahren sind Leiharbeitskräfte im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit +5,1 Prozentpunkten bzw. +7,9 Prozentpunkten überrepräsentiert. Wohingegen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in der Altersgruppe 45 bis 54 mit -7,4 Prozentpunkten und 55 bis 64 Jahre mit -4,9 Prozentpunkten

**Tab.9 Beschäftigte 2017: Alter und Staatsangehörigkeit**

Merkmal	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Leiharbeiter/-innen		Leiharbeiter/-innen			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Über-(+) / Unterrepräsentation (-)	Leiharbeitsquote
					in %-Pkt.	
<b>Alter</b>						
15 bis 24 Jahre	39 926	7,3	2 646	12,4	+5,1	6,2
25 bis 34 Jahre	133 494	24,5	6 917	32,4	+7,9	4,9
35 bis 44 Jahre	134 050	24,6	5 081	23,8	-0,8	3,7
45 bis 54 Jahre	151 821	27,9	4 377	20,5	-7,4	2,8
55 bis 64 Jahre	81 590	15,0	2 156	10,1	-4,9	2,6
65 Jahre und älter	3 904	0,7	188	0,9	+0,2	4,6
<b>insgesamt (1)</b>	<b>544 788</b>	<b>100,0</b>	<b>21 366</b>	<b>100,0</b>	<b>x</b>	<b>3,8</b>
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
deutsch	439 176	80,6	14 299	67,0	-13,6	3,2
ausländisch	105 194	19,3	7 040	33,0	+13,7	6,3
türkisch	13 914	13,2	1 238	17,6	+4,4	8,2
italienisch	7 995	7,6	516	7,3	-0,3	6,1
kroatisch	7 654	7,3	405	5,8	-1,5	5,0
polnisch	5 960	5,7	419	6,0	+0,3	6,6
rumänisch	5 002	4,8	370	5,3	+0,5	6,9
sonstige	64 669	61,5	4 092	58,1	-3,4	6,0
keine Angabe	418	0,1	27	0,0	-0,1	x
<b>insgesamt</b>	<b>544 788</b>	<b>100,0</b>	<b>21 366</b>	<b>100,0</b>	<b>x</b>	<b>3,8</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Stichtag: 30. Juni. (1) Einschließlich Fälle ohne Angaben zum Alter.

unterrepräsentiert sind. Dies korrespondiert damit, dass Jüngere häufiger in Helferberufen arbeiten, die in der Arbeitnehmerüberlassung überrepräsentiert sind. In diesem Zusammenhang ist die Selektion durch die Verleihbetriebe zu berücksichtigen, denn Wirtschaftsbetriebe werden vorrangig Personen beschäftigen, für die sie das Potenzial des wirtschaftlichen Verleihs, vor allem bei körperlich fordernden Tätigkeiten, sehen.

### Ausländerinnen und Ausländer in der Leiharbeit überrepräsentiert

Ausländer sind auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt in der Arbeitnehmerüberlassung überrepräsentiert. So liegt der Anteil der Beschäftigten ohne deutschen Pass an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt bei 19,3 Prozent, wohingegen dieser Anteil im Bereich der Zeitarbeit bei 33 Prozent liegt. Die fünf größten Gruppen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter allen Beschäftigten, ebenso wie in der Zeitarbeit, sind Staatsangehörige der Türkei sowie der EU-Mitgliedsstaaten Italien, Kroatien, Polen und Rumänien. Diese machen knapp 40 Prozent der ausländischen Leiharbeitskräfte auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt aus.

Mit der Änderung der Beschäftigungsverordnung zum Oktober 2015 können Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete nun nach 15 Monaten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, bei vorliegendem Stellenangebot in Engpassberufen nach drei Monaten, eine Beschäftigung in der Zeitarbeit aufnehmen (Bundesagentur für Arbeit, 2017b). Gerade Zeitarbeit kann für Ausländerinnen und Ausländer aufgrund des Zugangs zu Unternehmen und der dabei erworbenen Sprachkenntnisse sowie der hergestellten Kontakte eine Brücke auf den Arbeitsmarkt und in dauerhafte Beschäftigung darstellen (Jahn, 2016).

### Verdienste in der Leiharbeit

Die gesetzlichen Veränderungen der vergangenen Jahre im AÜG zielten im Besonderen auf die Regulierung der Lohnunterschiede zwischen Stammbeslegschaften in den Entleihbetrieben und den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ab. Generell regeln Tarifverträge zwischen der Verhandlungsgemeinschaft Zeitarbeit<sup>3</sup> (VGZ) und den DGB-

<sup>3</sup> Die Verhandlungsgemeinschaft Zeitarbeit besteht aus den beiden Arbeitgeberverbänden des Interessensverbands Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ e.V.) und dem Bundesarbeitsgeberverband der Personaldienstleister (BAP).

Gewerkschaften<sup>4</sup> die Entgelte in der Arbeitnehmerüberlassung. Diese sind seit dem Jahr 2012 als branchenweite Mindeststundenentgelte durch Verordnung des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) als Lohnuntergrenze festgeschrieben.

Seit dem Inkrafttreten der Neufassung des AÜG im April 2017 muss der Lohn der Leiharbeitskräfte dem der Stammarbeiterinnen und Stammarbeiter nach spätestens neun Monaten Entleihzeit entsprechen (sogenannter „Equal Pay“-Grundsatz). Abweichungen sind nur durch Branchenzuschlags-tarifverträge der Entleihbranche zugelassen und müssen eine stufenweise Heranführung an die Entgelte der Stammbeslegschaft sicherstellen.

### Geringere Verdienste in der Leiharbeit bei gleichem Anforderungsniveau

Die unterschiedlichen tarifvertraglichen Regelungen, denen Stammarbeiterinnen und Stammarbeiter und entliehene Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter unterliegen, spiegeln sich in den Verdiensten wieder.

Betrachtet man die Bruttoentgelte<sup>5</sup> von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsort Frankfurt, so beträgt das monatliche Medianeinkommen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (exklusive Leiharbeitskräfte) im Jahr 2013 3947 Euro. Das Medianeinkommen von Leiharbeitskräften liegt für dieses Jahr um 49,7 Prozent niedriger (1984 €). Die Betrachtung der Medianentgelte zwischen den Anforderungsniveaus insgesamt zeigt, dass Expertinnen und Experten das Zweieinhalbfache gegenüber Helferinnen und Helfern verdienen.

Betrachtet man parallel die Medianeinkommen von Leiharbeitskräften nach dem Anforderungsniveau, sind die durchschnittlichen Lohndifferenzen augenscheinlich. Helferinnen und Helfer in der Zeitarbeit verdienen im Jahr 2013 mit 1527 Euro im Durchschnitt 27,4 Prozent weniger als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Helferinnen und Helfer außerhalb der Arbeitnehmerüberlassung. Die Diffe-

<sup>4</sup> Die DGB Gewerkschaften umfassen die IG Bauen-Agrar-Umwelt, IG Bergbau, Chemie, Energie, EVG – Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, IG Metall, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Gewerkschaft der Polizei und ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft.

<sup>5</sup> Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist die Bruttoarbeitsentgelte für die sogenannte Kerngruppe der Beschäftigten aus, für nähere Informationen siehe (Bundesagentur für Arbeit, 2016).

**Tab. 10 Mediane der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten 2013 bis 2016**

Anforderungs- niveau	sozialversi- cherungs- pflichtig Beschäftigte	Leiharbeit- nehmer/ -innen	Differenz		durchschnittliche Lohnentwicklung		
					Nicht- Leiharbeit- nehmer/ -innen	Leiharbeit- nehmer/ -innen	Differenz
			in €		in %	in %	
<b>2013</b>							
Helfer/-in	2 101	1 527	-575	-27,4	x	x	x
Fachkraft	3 369	1 962	-1 407	-41,8	x	x	x
Spezialist/-in	4 757	3 233	-1 524	-32,0	x	x	x
Expertin/Experte	5 663	x	.	.	x	x	x
<b>insgesamt</b>	<b>3 947</b>	<b>1 984</b>	<b>-1 963</b>	<b>-49,7</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
<b>2014</b>							
Helfer/-in	2 123	1 550	-573	-27,0	1,0	1,5	0,5
Fachkraft	3 440	2 041	-1 399	-40,7	2,1	4,0	1,9
Spezialist/-in	4 818	3 350	-1 468	-30,5	1,3	3,6	2,3
Expertin/Experte	5 789	x	.	.	.	.	.
<b>insgesamt</b>	<b>4 020</b>	<b>2 047</b>	<b>-1 973</b>	<b>-49,1</b>	<b>1,8</b>	<b>3,2</b>	<b>1,4</b>
<b>2015</b>							
Helfer/-in	2 137	1 564	-573	-26,8	1,7	2,4	0,7
Fachkraft	3 502	2 110	-1 391	-39,7	3,9	7,6	3,6
Spezialist/-in	4 902	3 485	-1 417	-28,9	3,0	7,8	4,7
Expertin/Experte	5 864	5 777	-88	-1,5	.	.	.
<b>insgesamt</b>	<b>4 092</b>	<b>2 172</b>	<b>-1 920</b>	<b>-46,9</b>	<b>3,7</b>	<b>9,5</b>	<b>5,8</b>
<b>2016</b>							
Helfer/-in	2 168	1 574	-594	-27,4	3,2	3,1	-0,0
Fachkraft	3 544	2 175	-1 370	-38,6	5,2	10,8	5,6
Spezialist/-in	4 963	3 455	-1 508	-30,4	4,3	6,9	2,5
Expertin/Experte	5 966	5 890	-76	-1,3	1,7	2,0	0,2
<b>insgesamt</b>	<b>4 152</b>	<b>2 272</b>	<b>-1 879</b>	<b>-45,3</b>	<b>5,2</b>	<b>14,5</b>	<b>9,4</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

renz im Jahr 2013 ist bei den Fachkräften mit 41,8 Prozent am größten.

Bei den Spezialistinnen und Spezialisten belief sich die durchschnittliche Lohndifferenz auf 32 Prozent. Die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses in der Arbeitnehmerüberlassung ist von Seiten der Arbeitnehmer häufig mit der Hoffnung auf eine dauerhafte Etablierung am Arbeitsmarkt geknüpft (Holst und andere, 2009). Dies kann die Akzeptanz für den Bezug von im Durchschnitt geringeren Entlohnungen gegenüber sonstigen Beschäftigten erklären.

Aufgrund von Anonymisierungen sind Daten für das durchschnittliche Einkommen von Expertinnen und Experten erst ab dem Jahr 2015 verfügbar. Betrachtet man die Lohndifferenz für diese Gruppe, fällt auf, dass der Lohnabstand mit 1,5 Prozent minimal ist. Die geringe Lohndifferenz deutet darauf hin, dass Leiharbeitsunternehmen für diese hochspezialisierten Beschäftigten dem Qualifikationsniveau entsprechende Löhne entrichten, da durch Knappheit an einzelnen hochqualifizierten Berufsgruppen entsprechende Entleihgebühren bei der Vermittlung dieser nachgefragten Beschäftigtengruppe erzielt werden können.

### Lohndifferenzen im Zeitverlauf nahezu konstant

Das zuvor beschriebene Muster der Lohndifferenzen für das Jahr 2013 ist über den betrachteten Zeitraum von 2013 bis 2016 nahezu konstant. Dabei stiegen die Durchschnittslöhne in der Arbeitnehmerüberlassung in allen Jahren stärker an als in der Gesamtbeschäftigung. Besonders Berufsgruppen, die den Fachkräften sowie Spezialistinnen und Spezialisten zugeordnet sind, verbuchten überdurchschnittliche Lohnentwicklungen, womit sich die Lohndifferenz geschlossen hat.

### Mechanismen der Lohndifferenz

Entgeltunterschiede im Median zwischen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Anforderungsniveau können durch unterschiedliche Mechanismen bedingt sein. Die Lohndifferenz kann zum Teil durch sogenannte Kompositionseffekte verursacht und nicht ausschließlich durch die Leiharbeit hervorgerufen sein. Als Beispiel ist die Alterszusammensetzung anzuführen. Wie zuvor beschrieben, ist der Anteil Jüngerer an den Leiharbeitskräften überdurchschnittlich. Untersuchungen von Lohnkurven haben gezeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen (Erwerbs-)Alter und dem Lohn besteht (Mincer, 1974). Somit ist ein Teil der durchschnittlichen Lohndifferenz zwischen Leiharbeitskräften und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf das durchschnittlich jüngere (Erwerbs-)Alter von Leiharbeitskräften zurückzuführen und nicht ausschließlich ein Effekt der Leiharbeit an sich.

### Die Leiharbeitsbranche in Frankfurt am Main

Die Beschäftigungsform Leiharbeit hat durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im letzten Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen. Empirische Ergebnisse zur Arbeitnehmerüberlassung für den Frankfurter Arbeitsmarkt zeigen zum einen, dass die Leiharbeit seit 2006 stärker gewachsen ist als die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt. Die Bedeutung der Leiharbeit am Frankfurter Arbeitsmarkt ist mit rund vier Prozent Anteil an der Gesamtbeschäftigung jedoch weiterhin eher gering.

Der Sektor der Arbeitnehmerüberlassung zeichnet sich gegenüber der sonstigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung durch eine hohe Dynamik aus. Jedes zehnte auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt begonnene und beendete Beschäftigungsverhältnis zwischen 2013 und 2017 war ein Leiharbeitsverhältnis. Zudem waren die beendeten Beschäftigungs-

verhältnisse in der Arbeitnehmerüberlassung von erheblich kürzerer Dauer. Im Anschluss an die Beendigung eines Leiharbeitsverhältnisses nahm jede bzw. jeder Vierte auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt erneut ein Leiharbeitsverhältnis auf. Der seltenere direkte Übergang zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen zeigt, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter häufiger Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiographien aufweisen.

Die Zahl der Leiharbeitsbetriebe in Frankfurt am Main wuchs im betrachteten Zeitraum von 2013 bis 2017 beträchtlich. Die Ergebnisse zur Betriebsstruktur zeigen, dass es nicht ausschließlich bereits zuvor bestehende Betriebe waren, welche die Anzahl der Arbeitskräfte erhöhten, sondern sich ebenso neue Betriebe in Frankfurt ansiedelten und somit zum Beschäftigungswachstum beitrugen. Auf dem Frankfurter Leiharbeitsmarkt ist der Großteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Betrieben beschäftigt, die im Schwerpunkt Arbeitnehmerüberlassung betreiben und mehr als 150 Leiharbeitskräfte beschäftigen.

Die Beschäftigung in der Arbeitnehmerüberlassung in Frankfurt ist, im Vergleich zur sonstigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, charakterisiert durch überdurchschnittlich viele gering qualifizierte, Jüngere, Ausländerinnen und Ausländer sowie Männer. Das stärkste Wachstum der vergangenen Jahre fand im Bereich der Hochqualifizierten statt. Darüber hinaus zeichneten sich die Berufshauptgruppen Verkehr, Logistik und Tourismus-, Hotel-, Gaststättenberufe sowie die medizinischen Gesundheitsberufe durch einen besonders hohen Einsatz an Leiharbeitskräften aus.

Die Analysen der Medianeinkommen von Beschäftigten zeigt, dass im Durchschnitt deutliche Verdienstunterschiede zwischen Leiharbeitskräften und sonstigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bestehen. Dabei fällt die Lohndifferenz lediglich für die Gruppe der Hochqualifizierten minimal aus. Ob die Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen zu einer Angleichung der Entgelte geführt hat bzw. führen wird, muss durch zukünftige Untersuchungen beantwortet werden.

Die präsentierten Ergebnisse liefern Einblicke in die Entwicklung und die Bedeutung der Leiharbeit auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt. Insgesamt war die Entwicklung der Leiharbeitsbranche durch die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Veränderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen beeinflusst. Die zukünftige Weiterentwicklung der Beschäftigungsform Arbeitnehmerüberlassung wird unter anderem von möglichen Veränderungen ge-

gesetzlicher Rahmenbedingungen geprägt sein. So wird die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD beschlossene Evaluation des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes Ansatzpunkte für Ver-

änderungen von Rahmenbedingungen und somit die zukünftige Entwicklung dieser Branche liefern (CDU, CSU und SPD, 2018).

### Literaturverzeichnis

- BOGAI, Dieter und Mirko WESLING, 2009. *Zeitarbeit in Berlin-Brandenburg* [online]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 04.07.18]. Verfügbar unter: [http://doku.iab.de/regional/BB/2009/regional\\_bb\\_0309.pdf](http://doku.iab.de/regional/BB/2009/regional_bb_0309.pdf)
- BOLDER, Axel, Stefan NAEVECKE und Sylvia SCHULTE, 2005. *Türöffner Zeitarbeit?: Kompetenz und Erwerbsverlauf in der Praxis der Leiharbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Soziale Chancen. Bd. 3. ISBN 978-3-322-80958-2
- BRÜLLE, Jan, 2013. Unterschiede in den Arbeitsmarktchancen von atypisch Beschäftigten: (Effekte von Beschäftigungsformen oder Erwerbspräferenzen?). In: *Zeitschrift für Soziologie* [online]. **42**(2), S. 39 [Zugriff am: 10.08.18]. ISSN 2366-0325. Verfügbar unter: doi:10.1515/zfsoz-2013-0206
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2017a. *Aktuelle Entwicklungen der Zeitarbeit* [online]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen/generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf>
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2017b. *Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland* [online]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: [https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/Merkblatt-7-AuslaendischeAN\\_ba015382.pdf](https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/Merkblatt-7-AuslaendischeAN_ba015382.pdf)
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2016. *Bruttomonatsentgelte von Beschäftigten nach der Revision 2014* [online]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Bruttomonatsentgelte-nach-Revision-2014.pdf>
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2015a. *Beschäftigungsstatistik Revision 2014* [online]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigungsstatistik-Revision-2014.pdf>
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2015b. *Statistik zur Arbeitnehmerüberlassung auf Basis des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung* [online]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigungsstatistik-Statistik-zur-Arbeitnehmerueberlassung-auf-Basis-des-Meldeverfahrens-zur-Sozialversicherung.pdf>
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2008. *Arbeitsmarktberichterstattung: Branchen und Berufe in Deutschland. Entwicklung Dezember 1997- Dezember 2007, Zeitarbeit* [online]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit [Zugriff am: 18.07.18]. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Branchen/Branchen-Nav.html>
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, 2017. *Informationen zu Leiharbeit und Werkverträgen* [online]. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a879-leiharbeit-werkvertraege.html>
- BURDA, Michael C. und Michael KVASNICKA, 2006. Zeitarbeit in Deutschland: (Trends und Perspektiven). In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* [online]. **7**(2), S. 195–225. ISSN 1465-6493. Verfügbar unter: doi:10.1111/j.1465-6493.2006.00206.x
- BURKERT, Carola, Alfred GARLOFF und Timo LEPPER, 2014. *Arbeitnehmerüberlassung in Hessen Sprungbrett in reguläre Beschäftigung, Vermeidung von Arbeitslosigkeit oder gefangen in der Leiharbeitsfalle?* [online]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: [http://doku.iab.de/regional/H/2014/regional\\_h\\_0114.pdf](http://doku.iab.de/regional/H/2014/regional_h_0114.pdf)
- CDU, CSU UND SPD, 2018. *Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD* [online]. Berlin [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: [http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/download/koalitionsvertrag\\_2018.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/download/koalitionsvertrag_2018.pdf)
- CRIMMANN, Andreas, Kerstin ZIEGLER, Peter ELLGUTH, Susanne KOHAUT und Florian LEHMER, 2009. *Forschungsbericht zum Thema „Arbeitnehmerüberlassung“: Endbericht zum 29. Mai 2009* [online]. Nürn-

- berg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/30688>
- DIETZ, Martin und Ulrich WALWEI, 2006. Beschäftigungswirkungen des Wandels der Erwerbsformen: In: *WSI-Mitteilungen* [online]. (56), S. 278–286 [Zugriff am: 06.07.18]. Verfügbar unter: [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2006\\_05\\_dietz.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2006_05_dietz.pdf)
- DUSTMANN, Christian und andere, 2014. From Sick Man of Europe to Economic Superstar: (Germany's Resurgent Economy). In: *Journal of Economic Perspectives* [online]. 28(1), S. 167–188 [Zugriff am: 10.08.18]. ISSN 0895-3309. Verfügbar unter: doi:10.1257/jep.28.1.167
- HALLER, Peter und Elke J. JAHN, 2014. *Zeitarbeit in Deutschland: Hohe Dynamik und kurze Beschäftigungsdauern* [online]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb1314.pdf>
- HAUSMANN, Ann-Christin und Corinna KLEINERT, 2014. *Berufliche Segregation auf dem Arbeitsmarkt: Männer- und Frauendomänen kaum verändert* [online]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb0914.pdf>
- HOLST, Hajo, Oliver NACHTWEY und Klaus DÖRRE, 2009. Funktionswandel von Leiharbeit: (Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen). In: *OBS-Arbeitsheft* [online]. (61) [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/titel/funktionswandel-von-leiharbeit/aktion/show/obspace/Publication/>
- JAHN, Elke, 2016. *Brückeneffekte für Ausländer am Arbeitsmarkt: Zeitarbeit kann Perspektiven eröffnen* [online]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2016/kb1916.pdf>
- KVASNICKA, Michael, 2008. Does Temporary Help Work Provide a Stepping Stone to Regular Employment?: In: *NBER Working Paper* [online] [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <http://www.nber.org/papers/w13843>
- LEHMER, Florian und Kerstin ZIEGLER, 2010. *Brückenfunktion der Leiharbeit: Zumindest ein schmaler Steg* [online]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1310.pdf>
- MINCER, Jacob, 1974. *Schooling, experience, and earnings*. New York NY: National Bureau of Economic Research. Human behavior and social institutions. 2. ISBN 0-87014-265-8
- MOTAKEF, Mona, 2015. *Prekarisierung*. Bielefeld: Transcript-Verl. ISBN 978-3-8376-2566-0
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, 2009. *Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken: Jahresgutachten 2008/09*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. ISBN 978-3-8246-0827-0
- THE ECONOMIST, 2004. Germany on the mend: *The Economist* [online]. 17.11.04 [Zugriff am: 23.07.18]. Verfügbar unter: <http://www.economist.com/node/3352024>
- WAGNER, Thomas und Elke J. JAHN, 2004. *Neue Arbeitsmarkttheorien*. 2., vollständig überarb. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius. UTB. ISBN 3-8252-8258-9

# Unternehmertum aus der Mikroperspektive – kleinräumige Gewerbeentwicklung in Frankfurt am Main

Christian Stein und Laura Walter

Seit der Jahrtausendwende entwickelte sich der Gewerbestandort Frankfurt am Main außerordentlich dynamisch. Die Zahl der aktiven Gewerbe erhöhte sich von knapp 50 000 im Jahr 2000 auf 77 208 im vergangenen Jahr. Innerhalb der letzten 18 Jahre stieg die Zahl der Gewerbetreibenden damit um mehr als die Hälfte (+57,2%).

Die Ansiedlung der Gewerbe geschah im Stadtgebiet keineswegs gleichförmig und unabhängig von persönlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Vielmehr zeigt die kleinräumige Analyse der langjährigen Gewerbeanzeigenstatistik: Gründerinnen und Gründer bevorzugten je nach Staatsangehörigkeit, Branche oder rechtlicher Form ihres Unternehmens unterschiedliche Lagen und Quartiere.

### Gewerberegister seit gut 20 Jahren in elektronischer Form

Statistische Angaben über das Meldeverhalten von Gewerbetreibenden sind seit gut zwanzig Jahren auf der Basis elektronischer Datenhaltung möglich. Seit der Verabschiedung der Gewerbeordnung 1996 (GewO, 1999, § 14) sind Gewerbemeldungen von den kommunalen Behörden über eine einheitliche digitale Schnittstelle an die statistischen Ämter der Länder zu übermitteln (Statistisches Bundesamt, 2016).

Auch in Frankfurt am Main werden die Daten der Gewerbetreibenden, die zu einer Anzeige ihrer gewerblichen Tätigkeit verpflichtet sind (siehe Infokasten „Zur Gewerbemeldung verpflichtende Tatbestände“), seit Einführung dieser Pflicht zur zentralen statistischen Erfassung (siehe Infokasten „Gewerbeanzeigenstatistik“) elektronisch verwaltet. Bis 1996 digitalisierte die Stadt sämtliche zuvor als Papierakten geführten Angaben und kann seitdem überblicksartig und in elektronischer Form Auskunft über die Frankfurter Gewerbe liefern.

### Meldepflicht mit Tendenz zur Übererfassung

Anders als beim statistischen Unternehmensregister, in das nur wirtschaftliche Einheiten aufgenommen werden, die der Pflicht zur Vorsteueranmeldung unterliegen oder die Beschäftigte haben, erfolgen Gewerbeanmeldungen ohne verpflichtenden Nachweis wirtschaftlicher Aktivität. Da Gewerbeanmeldungen somit Absichtserklärungen, unabhängig von der wirtschaftlichen Bedeutung der Gründung sind und beendete wirtschaftliche Tätig-

keiten teilweise nicht gemeldet werden, ist davon auszugehen, dass Gewerberegister tendenziell eine Übererfassung von Gründungen und eine Untererfassung von Abmeldungen abbilden. Dies ist bei der Interpretation einer steigenden Zahl von Gewerbetreibenden zu berücksichtigen.

### Erstmals kleinräumige Berichterstattung zur Gewerbetätigkeit unterhalb der Stadtteilebene

Neben der Erstellung der Gewerbeanzeigenstatistik durch das Hessische Statistische Landesamt dienen die Angaben zu An- und Abmeldungen auch

#### Gewerbeanzeigenstatistik

Die Gewerbeanzeigenstatistik liefert Informationen über die Zahl der Gewerbe- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Zahl der tätigen Personen. Außerdem werden das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden ermittelt. Die An- und Abmeldungen werden danach unterschieden, welche Gründe maßgeblich waren. (Statistisches Bundesamt, 2016, S. 2 ff.)

Die Gewerbeanzeigenstatistik ist eine Totalerhebung, die sichere Informationen über die Aufnahme, Beendigung und Änderung gewerblicher Tätigkeiten und deren Anlässe liefert. Nicht der Gewerbeordnung unterliegen – und sind daher auch nicht in die Statistik einbezogen – die Freien Berufe, die Urproduktion wie Land- und Forstwirtschaft oder Bergbau sowie die Versicherungen.

Die An-, Ab- und Ummeldungen durch die Anzeigepflichtigen erfolgen in Frankfurt am Main in Papierform. Sie werden nach der Digitalisierung und Validierung der Angaben per Standardschnittstelle monatlich an das zuständige Hessische Statistische Landesamt übermittelt. Dort erfolgen weitere Plausibilitätsprüfungen, weshalb es zu geringen Differenzen zwischen den Angaben des für die Führung des Gewerberegisters zuständigen kommunalen Ordnungsamtes und des Statistischen Landesamtes kommen kann.

## Zur Gewerbemeldung verpflichtende Tatbestände

Anzeigepflichtig sind selbstständige Betriebe, Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen. Ausgenommen von der Meldepflicht sind die Freien Berufe, Gewerbetreibende in der Urproduktion (z. B. Landwirtschaft, Bergbau) sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe ist bei einer Neuerrichtung bzw. Neugründung eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbstständige Zweigstelle) und dessen Zuzug aus einem anderen Meldebezirk anzumelden. Auch bei einer Verschmelzung oder Abspaltung von Aufgaben, einem Rechtsformwechsel, einem Gesellschaftereintritt oder der Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes ist eine Meldung erforderlich.

Abzumelden ist ein Gewerbe, sobald eine vollständige Aufgabe des Betriebes vorliegt, Gesellschafterinnen bzw. Gesellschafter austreten, der Betrieb in einen anderen Meldebezirk umzieht oder eine Änderung stattfindet, bei der auch eine Gewerbeanmeldung erforderlich wäre. (Hessisches Statistisches Landesamt, 2018, S. 2 ff.)

der kleinräumigen Berichterstattung zur Gewerbetätigkeit durch die Statistikstelle der Stadt Frankfurt am Main (siehe Abbildung 1, Seite 22). Durch ein aufwendiges Geocodierungsverfahren werden die einzelnen Gewerbe verortet und in einer Datenbank abgelegt, um danach auf Stadtteilebene beispielsweise Aussagen über kleinräumige Unterschiede der Gründungsintensität treffen zu können (Stadt Frankfurt am Main, 2017, S. 108 ff.). Eine regelmäßige Berichterstattung über die Gewerbean- und -abmeldungen in den Frankfurter Stadtteilen besteht seit 2012 (Stadt Frankfurt am Main, 2012, S. 98 ff.).

Die geocodierten Daten zu An- und Abmeldungen machen eine kleinräumige Analyse des Gründungsgeschehens möglich, die in ihrer Granularität über die Gliederung in Stadtteile hinausgeht. Um das langjährige Gründungsgeschehen in der Stadt noch detaillierter unterhalb der Stadtteilebene anhand verschiedener thematischer Aspekte zu analysieren und gleichzeitig die notwendige Anonymisierung der Einzeldaten zu gewährleisten, bildet die Analyse die Gewerbeanmeldungen in einem 250 × 250-Meter-Raster ab.

## Gewerbemeldungen versus Gewerbebestand

Außer der Lieferung der Flussgrößen der Gewerbean- und -abmeldungen ermöglicht es die Gewerbedatenbank auch Bestandsgrößen – d. h. die Zahl der aktiven Gewerbe zu einem Stichtag – auszuweisen. Diese Angaben zum Bestand von aktiven Gewerbebetrieben sind nicht Bestandteil der gesetzlichen Lieferverpflichtungen gemäß Gewerbeordnung. Sie liegen aggregiert und thematisch gegliedert nach Staatsangehörigkeit der meldenden Person, Rechtsform des Gewerbes und Wirtschaftsbereich, in dem es hauptsächlich tätig ist, vor. Eine räum-

liche Zuordnung innerhalb des Stadtgebiets ist für die Bestandsgrößen aus der Gewerbeanzeigen-datenbank auf Basis der Software IKOL-GW nicht möglich. Bestandszahlen liegen für die Berichtsjahre 2000 bis 2017 vor.

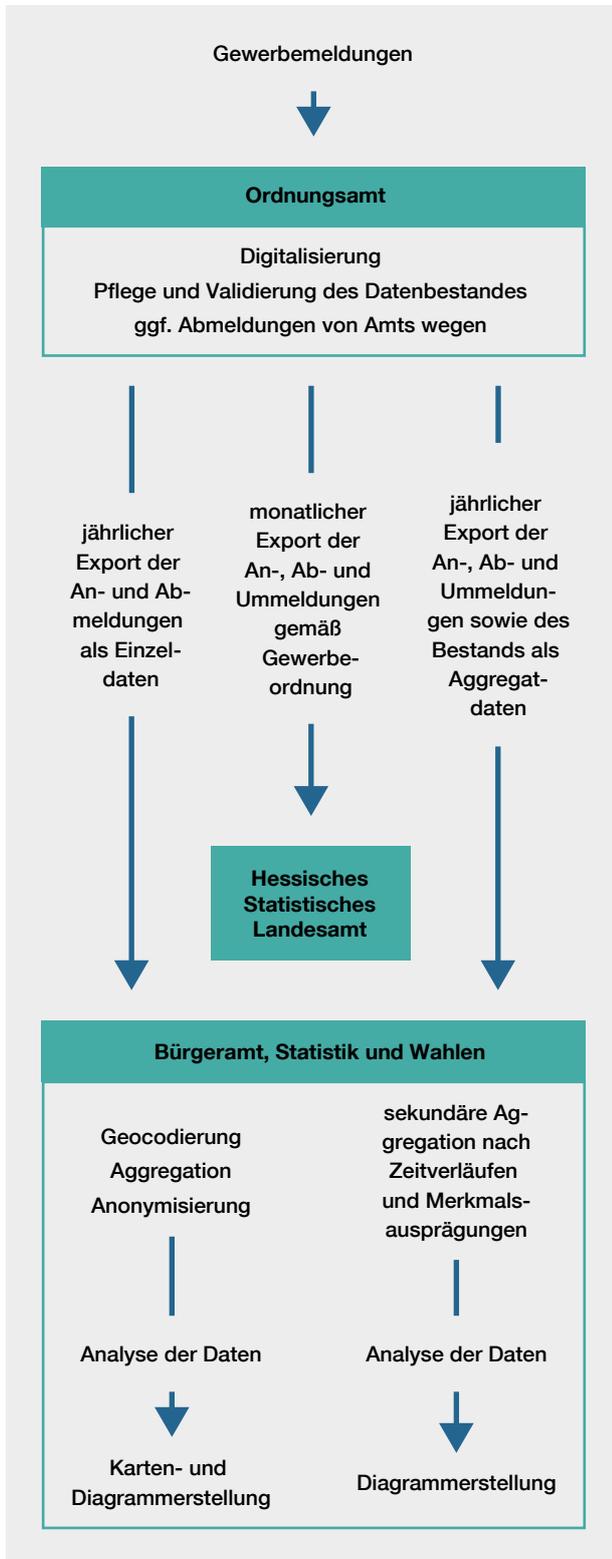
Gewerbean- und -abmeldungen als Einzeldatensätze liegen ebenfalls von 2000 bis 2017 vor. Da jedoch bei den Daten für die Jahre 2000 bis 2002 auf Grund von unvollständigen und fehlenden Angaben zur Art der Meldung, zum Wohnort und zur Staatsangehörigkeit der gewerbegründenden bzw. -abmeldenden Person keine aussagekräftige Auswertung möglich ist, werden die geocodierten Einzeldaten im vorliegenden Beitrag ausschließlich für die Jahre 2003 bis 2017 berücksichtigt.

Betrachtet werden bei den Gewerbemeldungen nur Neugründungen und Wiedereröffnungen sowie vollständige Aufgaben und Verlegungen in einen anderen Meldebezirk. Umwandlungen, Ummeldungen wegen Geschäftsformwechseln, Eintritte bzw. Austritte neuer Gesellschafterinnen bzw. Gesellschafter, Erbfolgen oder Pachten bzw. Verkäufe werden nicht berücksichtigt.

## Verschiedene Analyseaspekte für Fluss- und Bestandsgrößen

Einerseits ermöglichen die verfügbaren Informationen aus den Flussgrößen der Gewerbeanzeigenstatistik eine Analyse der langjährigen Entwicklung in der Mikrostruktur des Gewerbebestands Frankfurt am Main. Andererseits gestattet die Auswertung der Bestandsgrößen Aussagen zu den Entwicklungen der Zahl aktiver Gewerbe bestimmter Rechtsformen, in verschiedenen Branchen und mit Geschäftsführenden unterschiedlicher Nationalität.

**Abb. 1 Von der Gewerbemeldung zur Analyse der Gewerbeentwicklung**



## Kontinuierliche Zunahme registrierter Gewerbe

Von 2000 bis 2017 wuchs die Zahl der aktiven Gewerbe in Frankfurt am Main kontinuierlich um insgesamt 57,2 Prozent von 49 123 auf 77 208. Im Schnitt stieg die Zahl der aktiven Gewerbe jährlich um 1 701 an. Dies entspricht einer Steigerung von 2,7 Prozent pro Jahr.

Die Zahl der Gewerbetreibenden erhöhte sich dabei nicht nur durch das Bevölkerungswachstum in Frankfurt. Im Jahr 2017 kam ein aktives Gewerbe auf zehn Frankfurterinnen und Frankfurter bzw. auf sechs erwerbsfähige Personen. Trotz einer noch deutlich kleineren Stadtbevölkerung war die Dichte von Gewerben 17 Jahre zuvor erheblich niedriger. Im Jahr 2000 kamen 13 Bürgerinnen und Bürger bzw. neun erwerbsfähige Personen auf ein Gewerbe. Die Zahl der Gewerbetreibenden entwickelte sich seit dem Jahr 2000 somit überproportional.

## Überdurchschnittlicher Zuwachs an Gewerben zwischen 2004 und 2011

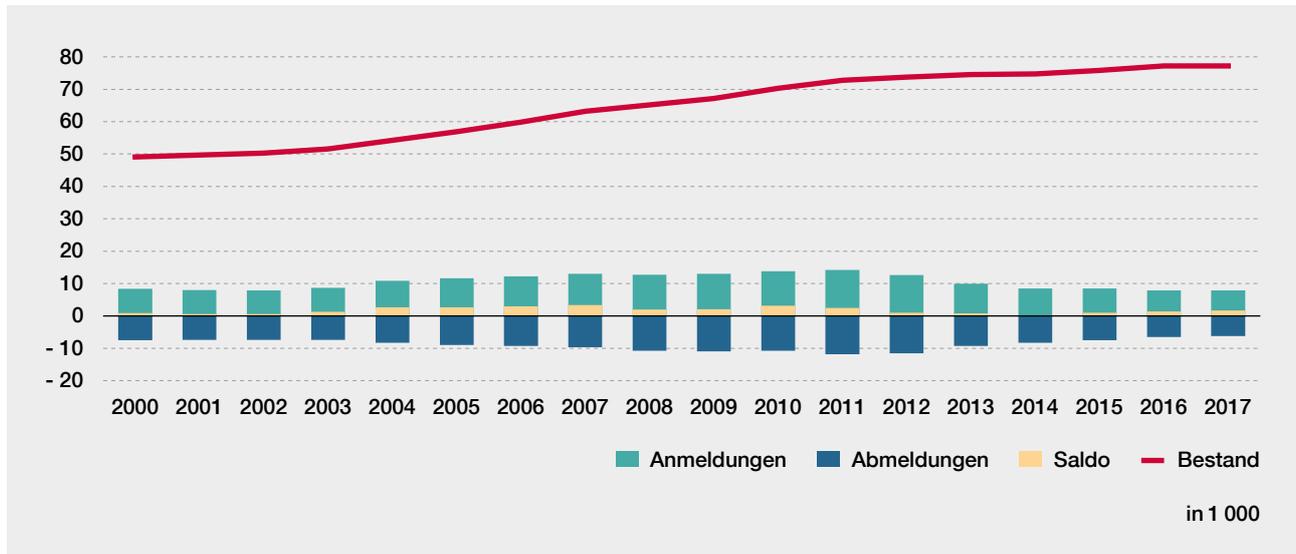
Die Zunahme gewerblicher Aktivitäten verlief über die Jahre hinweg nicht kontinuierlich. Von 2004 bis 2011 lag der Saldo von Gewerbean- und -abmeldungen über dem Durchschnitt der Berichtsjahre 2000 bis 2017 (siehe Tabelle 1 und Abbildung 2).

**Tab. 1 Gewerbe 2000 bis 2017**

Jahr	Bestand	Anmeldungen	Abmeldungen
2000	49 123	8 366	7 442
2001	49 737	8 040	7 426
2002	50 291	7 896	7 342
2003	51 574	8 694	7 411
2004	54 207	10 878	8 245
2005	56 852	11 611	8 966
2006	59 837	12 200	9 215
2007	63 209	13 014	9 642
2008	65 157	12 685	10 737
2009	67 193	12 993	10 957
2010	70 317	13 857	10 733
2011	72 748	14 242	11 811
2012	73 754	12 607	11 571
2013	74 534	9 981	9 233
2014	74 772	8 494	8 256
2015	75 787	8 504	7 489
2016	77 166	7 898	6 519
<b>2017</b>	<b>77 208</b>	<b>7 870</b>	<b>6 221</b>

Quelle: Ordnungsamt.

Abb.2 Gewerbebestand, -anmeldungen und -abmeldungen 2000 bis 2017



Quelle: Ordnungsamt.

Mit im Saldo 3372 mehr Gewerben (+5,6 %), wurde der größte Zuwachs im Jahr 2007 verzeichnet. Die größten Bewegungen im Gewerbebereich – 14242 Anmeldungen und 11811 Abmeldungen – gab es hingegen im Jahr 2011. Insgesamt war die Fluktuation unter den Gewerbetreibenden in den Jahren 2004 bis 2012 gegenüber den Jahren zuvor und danach deutlich erhöht, im Jahr 2012 mit einem daraus resultierenden sehr geringen Saldo.

### Gründungen konzentrieren sich auf Innenstadt und Subzentren

Von 2003 bis 2017 wurden in Frankfurt am Main 148703 Gewerbe neu angemeldet. Innerhalb des Stadtgebiets unterschied sich die Zahl der Gründungen stark (siehe Abbildung 3, Seite 24). Besonders viele Gründungen wurden in den Jahren 2003 bis 2017 in der Innenstadt und dem Bahnhofsviertel sowie in zentralen Bereichen des Gallus, von Bockenheim, Höchst, Sachsenhausen und dem Gutleutviertel registriert. Am Flughafen wurden in diesem Zeitraum mehr als 1 000 Gewerbe angemeldet. Zu den Rändern des Stadtgebiets hin nahm die Gründungshäufigkeit tendenziell ab.

Die Lagen – auch innerhalb der Stadtteile – unterschieden sich in ihrer Attraktivität für Gewerbeansiedlungen deutlich. Gebiete, in denen binnen 14 Jahren keine oder nur sehr wenige Gewerbe angemeldet wurden, befanden sich zum Teil in unmittelbarer Nachbarschaft zu Lagen mit einer Vielzahl von Gründungen. Insbesondere die Mikrolagen der Stadtteilzentren und die dezentralen Einkaufsstra-

ßen prägen sich in der langjährigen Zusammenschau des Gründungsgeschehens heraus.

Zwischen 300 und 500 Gewerbebegründungen gab es im Betrachtungszeitraum entlang der unteren Berger Straße, der Friedberger Landstraße im innenstadtnahen Nordend, am Anfang der Hanauer Landstraße sowie an und im Umfeld der Leipziger Straße in Bockenheim. Punktuell hohe Zahlen von Gewerbebegründungen gab es darüber hinaus an zentralen Verkehrsknotenpunkten und in Nahversorgungszentren, unter anderem an der Eschersheimer Landstraße im Umfeld der U-Bahn-Haltestelle Dornbusch, am Schweizer Platz in Sachsenhausen oder in Stadtteilzentren wie dem Ortskern von Oberrad.

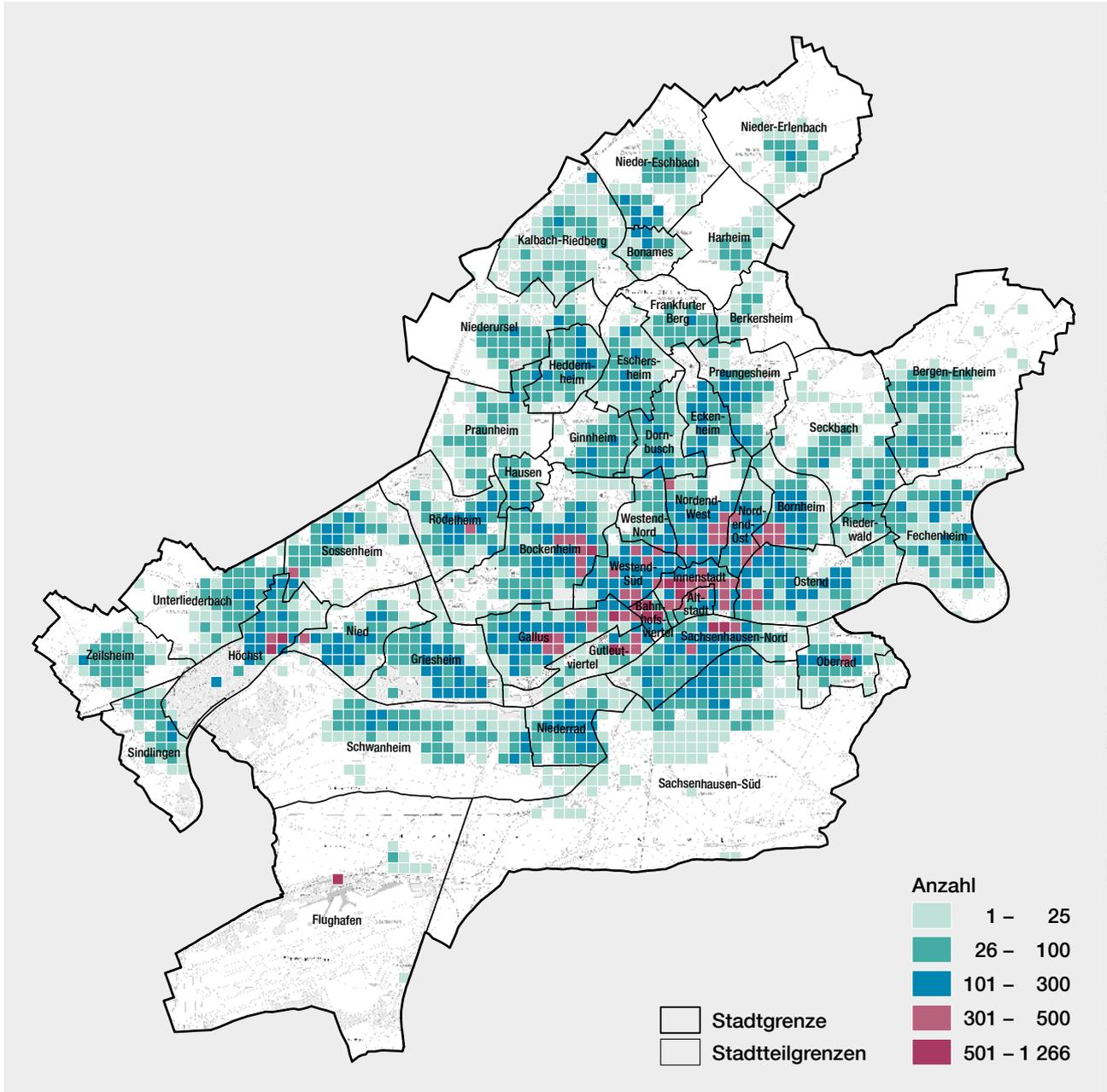
### Handels- und Dienstleistungsgewerbe punktuell raumprägend

Räumlich betrachtet fiel das Gründungsverhalten nur zum Teil mit offiziell ausgewiesenen Gewerbeflächen zusammen<sup>1</sup> (siehe Abbildungen 3, Seite 24 und Abbildung 4, Seite 25).

Gewerbliche Handels- und Dienstleistungsaktivitäten waren in innerstädtischen Lagen mit besonders hoher Gründungsintensität so dominant, dass

<sup>1</sup> Gewerbeflächen werden vom Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation für Gebiete ausgewiesen, die zu mehr als der Hälfte der Fläche gewerblich, d. h. durch Handels-, Dienstleistungs-, Industrie- oder Gewerbebetriebe genutzt werden (Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland, 2015, S. 3).

Abb. 3 Gewerbeanmeldungen 2003 bis 2017

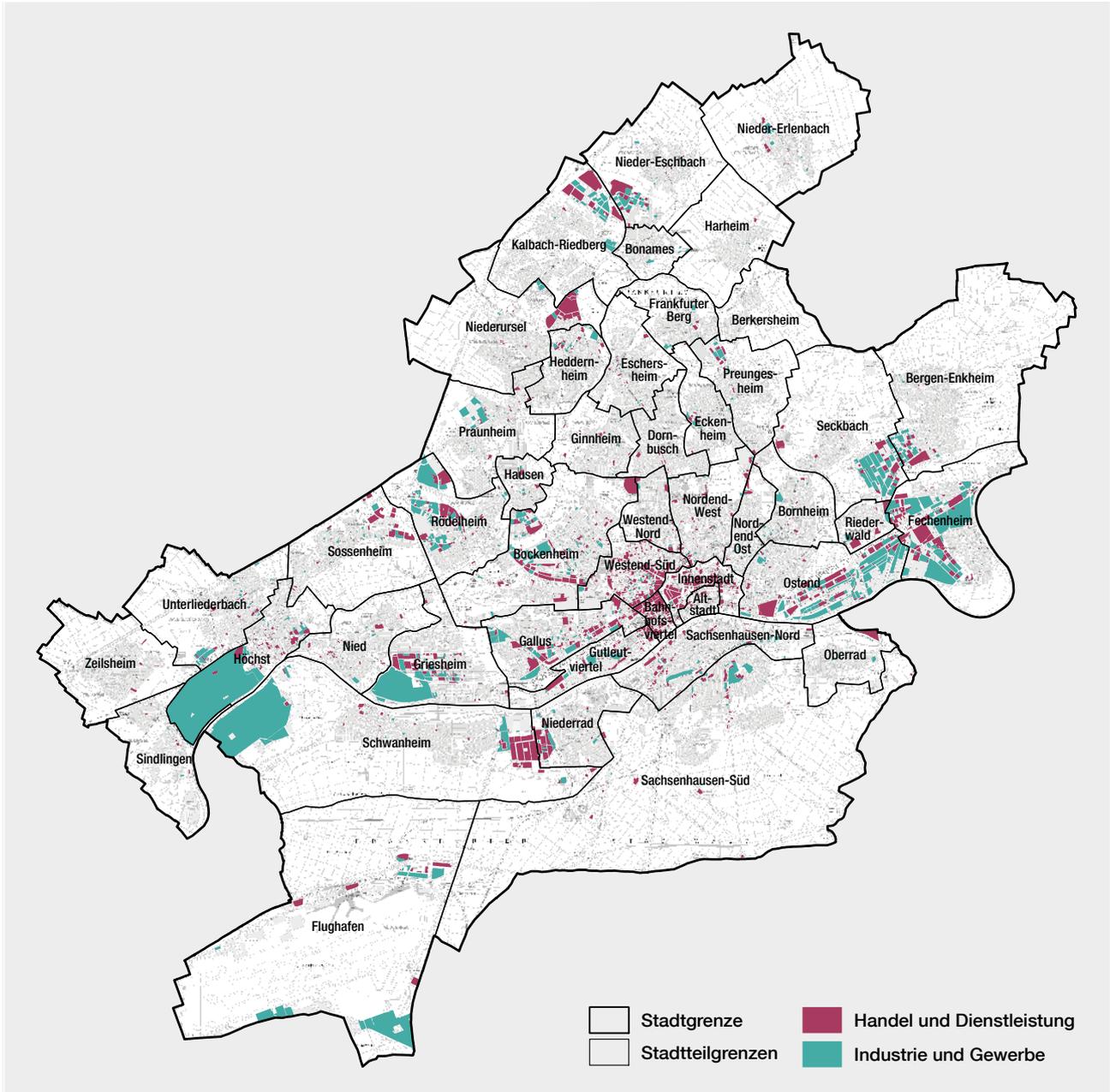


Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

sie als vorherrschende Nutzungsform in amtlichen Karten ausgewiesen wurden. In der Innenstadt, dem Bahnhofsviertel und dem Westend-Süd sowie in den Gewerbegebieten im Umfeld der Hanauer Landstraße, in der Bürostadt Niederrad aber auch im Umfeld des nördlichen Gewerbegebiets im Umfeld der Autobahnen 5 und 661 in den Stadtteilen

Kalbach-Riedberg und Nieder-Eschbach lag der Anteil der Gewerbe, die nicht am Wohnort der Anmeldenden gegründet wurden, über 70 Prozent.

Abb. 4 Ausgewiesene Industrie- und Gewerbeflächen 2017



Quelle: Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation; Stadtvermessungsamt.

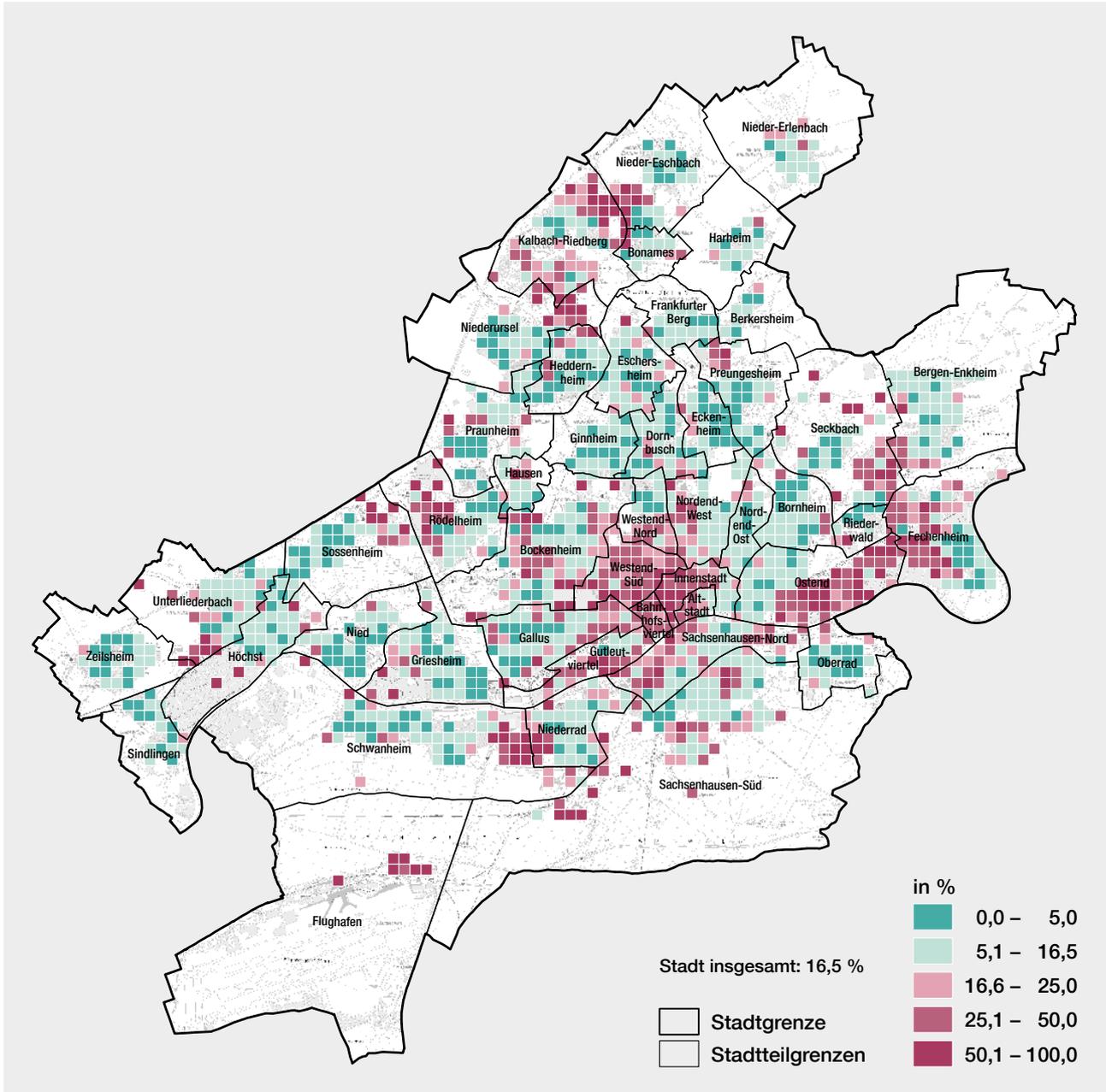
**Räumlich konzentrierte Ansiedlung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung**

Die Ansiedlung von größeren, vor allem flächenintensiveren Gewerbebetrieben fand in den ausgewiesenen Industrie- und Gewerbegebieten statt. Diese Gewerbe wurden zumeist in der Rechtsform einer

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) betrieben.

Besonders viele Gründungen von GmbHs erfolgten im Laufe der letzten 14 Jahre am Flughafen (726), an dem der Anteil dieser Rechtsform 66,1 Prozent aller Gewerbebeanmeldungen ausmachte. Besonders häufig gegründet wurden Gesellschaften mit

Abb. 5 Anteil von Gesellschaften mit beschränkter Haftung an den Gewerbeanmeldungen 2003 bis 2017



Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

beschränkter Haftung darüber hinaus vom Gallus und dem Bahnhofsviertel über die westliche Innenstadt bis ins Westend-Süd und entlang der Hanauer Landstraße.

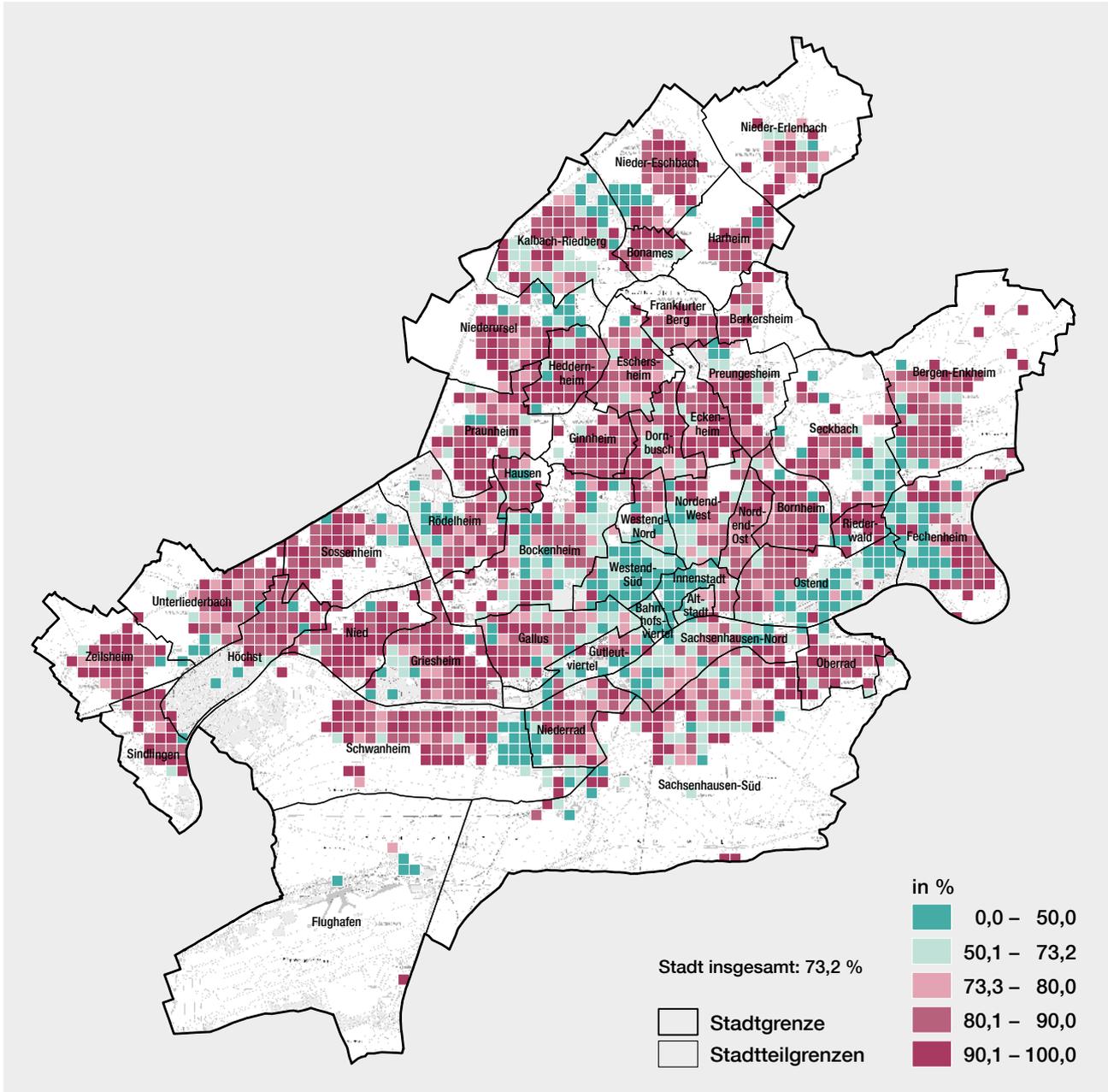
Das räumliche Muster der Gründungen von GmbHs ist weitestgehend deckungsgleich (siehe Abbildung 5) mit den dezidierten Gewerbeflächen im Stadtge-

biet. Es ergibt das Gegenbild zum Gründungsmuster von Einzelunternehmen (siehe Abbildung 6).

### Die meisten Gewerbetreibenden gründen zu Hause

In großen Teilen des Stadtgebiets herrschten die Gründungen am Wohnsitz vor (siehe Tabelle 2, Seite

Abb.6 Anteil von Einzelunternehmen an den Gewerbeanmeldungen 2003 bis 2017

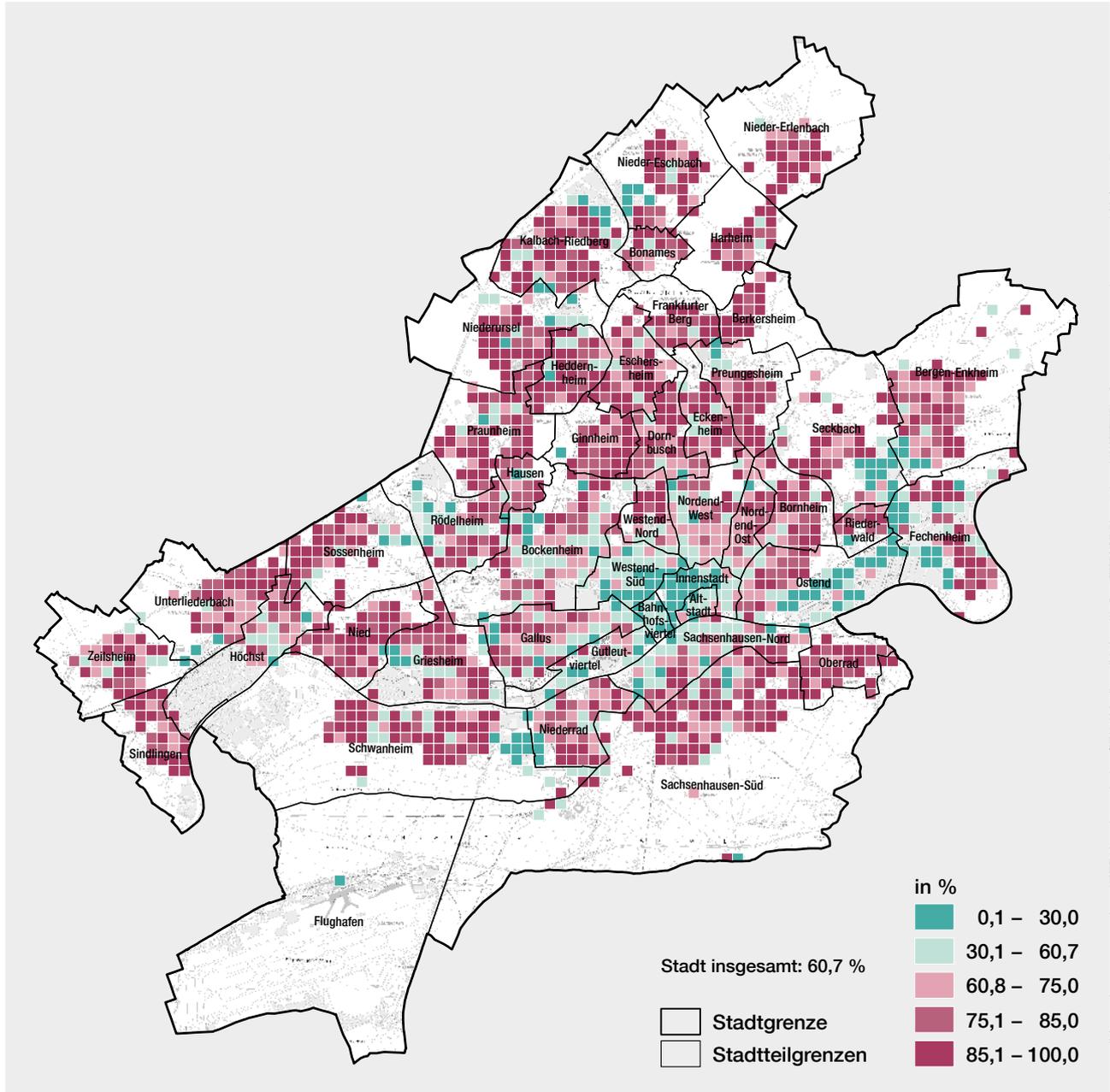


Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

29). Insbesondere Einzelgewerbetreibende gründeten an ihrem Wohnsitz. Bereits in den meisten innenstadtnahen Stadtteilen überwog dadurch, trotz einer hohen Zahl an Gewerbebetrieben, die Wohnfunktion bei der Gebäudenutzung, sodass diese Gebiete von den Vermessungsverwaltungen nicht mehr als vornehmlich gewerblich genutzt gekennzeichnet wurden.

Gründungen im eigenen Wohnraum oder im gleichen Gebäude boten insbesondere für Einzelgewerbetreibende einen kostengünstigen und damit niedrigschwiligen Eintritt in eine Selbstständigkeit. Die Anmeldung von allein betriebenen Gewerben – die die Mehrzahl von Gründungen darstellten – erfolgte daher in ihrer überwiegenden Zahl in Gebieten, die

Abb. 7 Anteil der Gewerbebeanmeldungen am Wohnsitz der/des Gewerbetreibenden 2003 bis 2017



Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

durch ihre Wohnfunktion geprägt sind (siehe Abbildung 7).

### Häufig wirtschaftliche Schwierigkeiten in den ersten Jahren

Der kontinuierliche Zuwachs aktiver Gewerbe resultierte aus einer großen Anzahl an An- und Abmel-

dungen. In den ersten Jahren nach einer Gründung war das Risiko einer Betriebsaufgabe besonders groß. Viele Gründerinnen und Gründer mussten ihr Gewerbe nach nur wenigen Jahren wieder aufgeben und entsprechend abmelden (siehe Infokasten „Gründe für die Abmeldung von Gewerben“, Seite 30). Im Schnitt erreichten die Gewerbe in Frank-

**Tab.2 Gewerbebeanmeldungen in den Stadtteilen 2003 bis 2017**

Nr.	Stadtteil	insgesamt	am Wohnort		ausländisch		GmbH		Einzelunternehmen	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1	Altstadt	1 676	667	39,8	635	37,9	359	21,4	1 102	65,8
2	Innenstadt	6 683	1 624	24,3	2 636	39,4	2 433	36,4	3 007	45,0
3	Bahnhofsviertel	4 153	1 195	28,8	2 065	49,7	1 340	32,3	2 236	53,8
4	Westend-Süd	7 470	2 472	33,1	2 241	30,0	3 032	40,6	2 870	38,4
5	Westend-Nord	1 972	1 051	53,3	557	28,2	570	28,9	1 146	58,1
6	Nordend-West	5 954	3 760	63,2	1 905	32,0	990	16,6	4 336	72,8
7	Nordend-Ost	4 359	3 063	70,3	1 412	32,4	370	8,5	3 609	82,8
8	Ostend	7 547	4 019	53,3	3 130	41,5	1 483	19,7	5 092	67,5
9	Bornheim	4 835	3 480	72,0	1 750	36,2	363	7,5	4 098	84,8
10	Gutleutviertel	2 816	1 373	48,8	1 269	45,1	619	22,0	1 785	63,4
11	Gallus	8 977	5 364	59,8	4 941	55,0	1 340	14,9	6 718	74,8
12	Bockenheim	8 528	5 084	59,6	3 327	39,0	1 203	14,1	6 428	75,4
13	Sachsenhausen-Nord	7 654	4 381	57,2	2 690	35,1	1 312	17,1	5 433	71,0
14	Sachsenhausen-Süd	4 546	3 312	72,9	1 561	34,3	669	14,7	3 458	76,1
15	Flughafen	1 209	.	.	359	29,7	793	65,6	173	14,3
16	Oberrad	2 352	1 908	81,1	1 211	51,5	110	4,7	2 048	87,1
17	Niederrad	3 985	2 835	71,1	1 720	43,2	431	10,8	3 230	81,1
18	Schwanheim	3 222	1 845	57,3	1 248	38,7	670	20,8	2 162	67,1
19	Griesheim	4 482	3 319	74,1	2 767	61,7	346	7,7	3 839	85,7
20	Rödelheim	3 656	2 379	65,1	1 710	46,8	479	13,1	2 896	79,2
21	Hausen	947	717	75,7	359	37,9	88	9,3	809	85,4
22	Praunheim	1 824	1 451	79,6	698	38,3	108	5,9	1 581	86,7
24	Heddernheim	2 348	1 684	71,7	860	36,6	249	10,6	1 906	81,2
25	Niederursel	1 882	1 310	69,6	647	34,4	274	14,6	1 459	77,5
26	Ginnheim	1 952	1 628	83,4	670	34,3	106	5,4	1 729	88,6
27	Dornbusch	2 434	1 872	76,9	861	35,4	216	8,9	1 996	82,0
28	Eschersheim	2 160	1 650	76,4	841	38,9	181	8,4	1 808	83,7
29	Eckenheim	2 095	1 662	79,3	915	43,7	112	5,3	1 842	87,9
30	Preungesheim	2 142	1 623	75,8	949	44,3	206	9,6	1 756	82,0
31	Bonames	861	670	77,8	316	36,7	52	6,0	763	88,6
32	Berkersheim	431	.	.	124	28,8	28	6,5	374	86,8
33	Riederwald	564	439	77,8	233	41,3	33	5,9	501	88,8
34	Seckbach	2 016	1 231	61,1	876	43,5	331	16,4	1 479	73,4
35	Fechenheim	4 298	2 483	57,8	2 326	54,1	691	16,1	3 188	74,2
36	Höchst	4 618	2 969	64,3	2 860	61,9	460	10,0	3 839	83,1
37	Nied	3 515	3 004	85,5	2 356	67,0	136	3,9	3 199	91,0
38	Sindlingen	1 132	943	83,3	592	52,3	45	4,0	1 004	88,7
39	Zeilsheim	1 350	965	71,5	564	41,8	73	5,4	1 178	87,3
40	Unterliederbach	2 049	1 524	74,4	957	46,7	188	9,2	1 726	84,2
41	Sossenheim	2 685	2 181	81,2	1 410	52,5	165	6,1	2 342	87,2
42	Nieder-Erlenbach	576	482	83,7	156	27,1	51	8,9	462	80,2
43	Kalbach-Riedberg	1 752	1 214	69,3	562	32,1	307	17,5	1 250	71,3
44	Harheim	536	443	82,6	134	25,0	34	6,3	460	85,8
45	Nieder-Eschbach	1 944	1 294	66,6	627	32,3	293	15,1	1 454	74,8
46	Bergen-Enkheim	3 029	2 088	68,9	953	31,5	384	12,7	2 355	77,7
47	Frankfurter Berg	1 094	925	84,6	444	40,6	74	6,8	970	88,7
<b>Stadt insgesamt (1)</b>		<b>148 703</b>	<b>90 208</b>	<b>60,7</b>	<b>62 510</b>	<b>42,0</b>	<b>24 461</b>	<b>16,5</b>	<b>108 812</b>	<b>73,2</b>

Quelle: Ordnungsamt.

(1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

### Gründe für die Abmeldung von Gewerben

Bei einer Gewerbeabmeldung können Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber Gründe für die Betriebsaufgabe nennen. Dies erfolgt über ein freies Textfeld im Formular zur Gewerbeabmeldung. Für jede Gewerbeabmeldung können mehrere Gründe angegeben werden. In mehr als der Hälfte aller Fälle werden seitens der Gewerbetreibenden keine Gründe für die Abmeldung genannt.

Werden Ursachen für die Aufgabe einer gewerblichen Tätigkeit angegeben, entsprechen diese in den allermeisten Fällen einem der drei häufigsten Gründe für Gewerbeabmeldungen: der Betrieb sei nie ausgeübt worden, die Aufgabe sei durch unzureichende Rentabilität bzw. wirtschaftliche Schwierigkeiten verursacht oder persönliche bzw. familiäre Gründe haben zur Betriebsaufgabe geführt.

Eine Abmeldung von Amts wegen wird vorgenommen, wenn ein Gewerbe nicht mehr im Handelsregister eingetragen ist oder eine Gesellschaft wegen Vermögenslosigkeit gelöscht wurde. Diese Maßnahme ergreifen die Gewerbeämter vermehrt zur Bereinigung des Gewerberegisters. Auch wenn nach einer Überprüfung von Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeitern des Ordnungsamtes, in Frankfurt für die Führung des Gewerberegisters zuständig, gemeldet wurde, dass der Betrieb nicht an der Betriebsadresse anzutreffen war, wird eine Abmeldung erwirkt. Abmeldungen von Amts wegen machen einen weiteren großen Teil der Gewerbeabmeldungen aus.

Rund ein Viertel aller Gewerbeabmeldungen wurden von Amts wegen durchgeführt. Dabei lag der Anteil von Abmeldungen von Amts wegen bei Gewerben mit ausländischen Betriebsinhaberinnen und -inhabern mit rund einem Drittel deutlich über dem der Abmeldungen von deutschen Gewerbetreibenden. Deren Gewerbe wurden nur in etwas mehr als jedem zehnten Fall von Amts wegen abgemeldet.

furt eine Betriebsdauer von 60 Monaten bis zu ihrer Abmeldung (Durchschnittswert der Abmeldungen von 2003 bis 2017).

37,8 Prozent der abgemeldeten Gewerbe in Frankfurt waren nicht länger als ein Jahr angemeldet, während 14,9 Prozent der angemeldeten Gewerbe zwischen einem und zwei Jahren betrieben wurden. 69,8 Prozent der abgemeldeten Gewerbe hatten eine Anmeldedauer von vier Jahren oder weniger vorzuweisen.

### Große Bedeutung von Gründungen durch Ausländerinnen und Ausländer

In den vergangenen Jahren ist in verschiedenen Studien immer wieder auf die Bedeutung von Gewerbebegründungen durch Menschen mit Migrationshintergrund aufmerksam gemacht worden (unter anderem Franken, 2007; Hillmann, 2011; Jung und andere, 2011). Die Gründungen durch Menschen mit Migrationshintergrund machen „inzwischen einen erheblichen Anteil (30 %) des gesamten Gründungsgeschehens in Deutschland aus“ (Jung und andere, 2011, S. 10).

Statistisch nachvollziehbar wird dieses Phänomen zumindest zu einem Teil dadurch, dass bei Gewerbeabmeldungen Angaben zur Staatsangehörigkeit sowohl von Einzelgewerbetreibenden als auch von

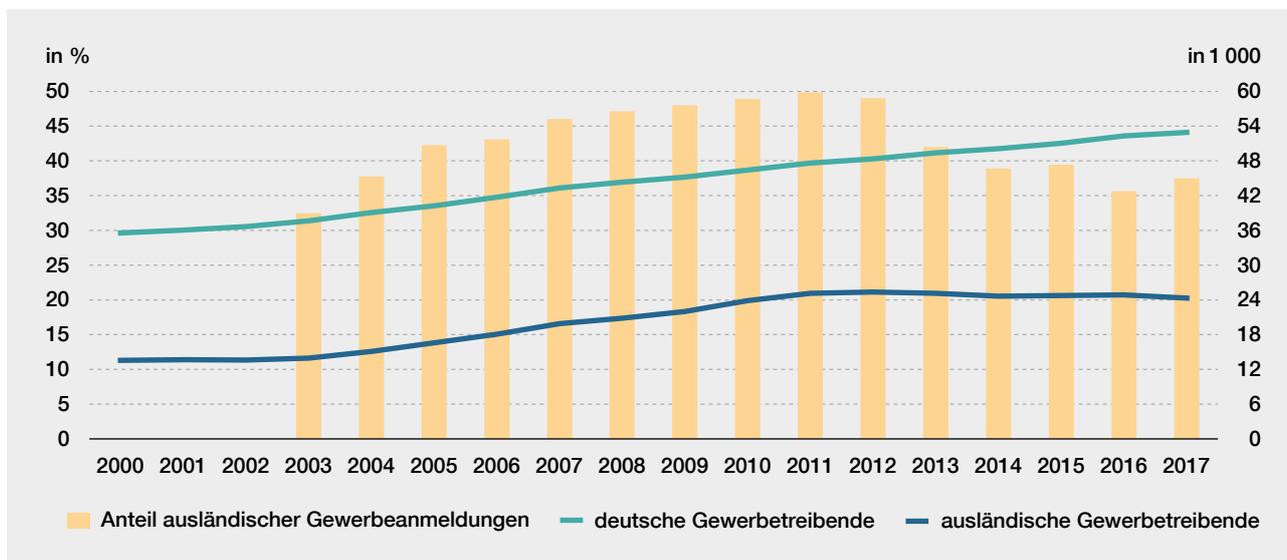
Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern erhoben werden. Informationen über einen etwaigen Migrationshintergrund von Gründerinnen und Gründern liegen, zumindest auf Basis des Verwaltungsregisters für Gewerbe, nicht vor.

### Besonders viele Gründungen von Ausländerinnen und Ausländern in Frankfurt am Main

„Wie dies durch die stark regional geprägte Geschichte der Zuwanderung in Deutschland zu erwarten ist, ist in Folge das Gründungsgeschehen der AusländerInnen in Deutschland recht stark ausdifferenziert.“ (Hillmann und Sommer, 2011, S. 54) In Frankfurt am Main, der Stadt mit dem höchsten Anteil an ausländischen Bürgerinnen und Bürgern unter den fünfzehn größten deutschen Städten (Stadt Frankfurt am Main, 2018, S. 144), kam den Gründungen von Ausländerinnen und Ausländern eine besonders große Bedeutung zu.

Nicht nur der Anteil der Gewerbeabmeldungen ausländischer Gewerbetreibender stieg von 2003 bis 2011 von 32,5 Prozent auf 49,9 Prozent (siehe Abbildung 8). Auch die Anzahl von Gewerbeabmeldungen durch Ausländerinnen und Ausländer erreichte 2011 ihren Höchststand von 5801. Ein Grundpfeiler des Wachstums im Gewerbebereich war in diesen Jahren somit die überdurchschnittliche gewerbliche Aktivität von ausländischen Mitbürgerinnen und -bürgern.

**Abb.8 Deutsche und ausländische Gewerbetreibende 2000 bis 2017 sowie Anteil von Gewerbeanmeldungen von Ausländerinnen und Ausländern 2003 bis 2017**

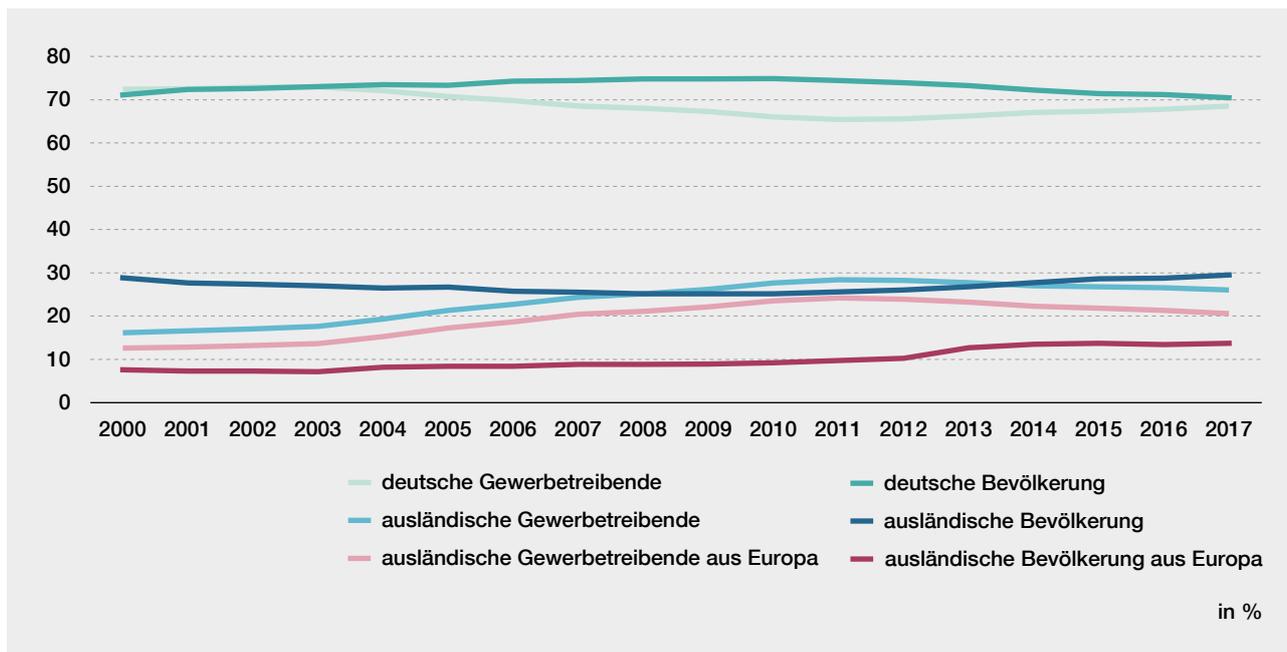


Quelle: Ordnungsamt.

Die Zahl der aktiven Gewerbe von deutschen Staatsangehörigen stieg von 2000 bis 2017 kontinuierlich von 35 583 auf 52 917. Ausländische Staatsangehörige, die gewerblich aktiv waren, nahmen von 2000 (13 540) bis 2012 (25 378) ebenfalls stark zu. Seit 2013 ging ihre Zahl wieder leicht zurück auf 24 291

aktive Gewerbe im Jahr 2017. Nach einem deutlichen Rückgang des Anteils ausländischer Gründungen im Jahr 2013 (42 %) sank dieser mit jährlichen Schwankungen weiter bis auf 37,5 Prozent im Jahr 2017.

**Abb.9 Anteil von Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern an allen Gewerbetreibenden und an der Gesamtbevölkerung 2000 bis 2017**



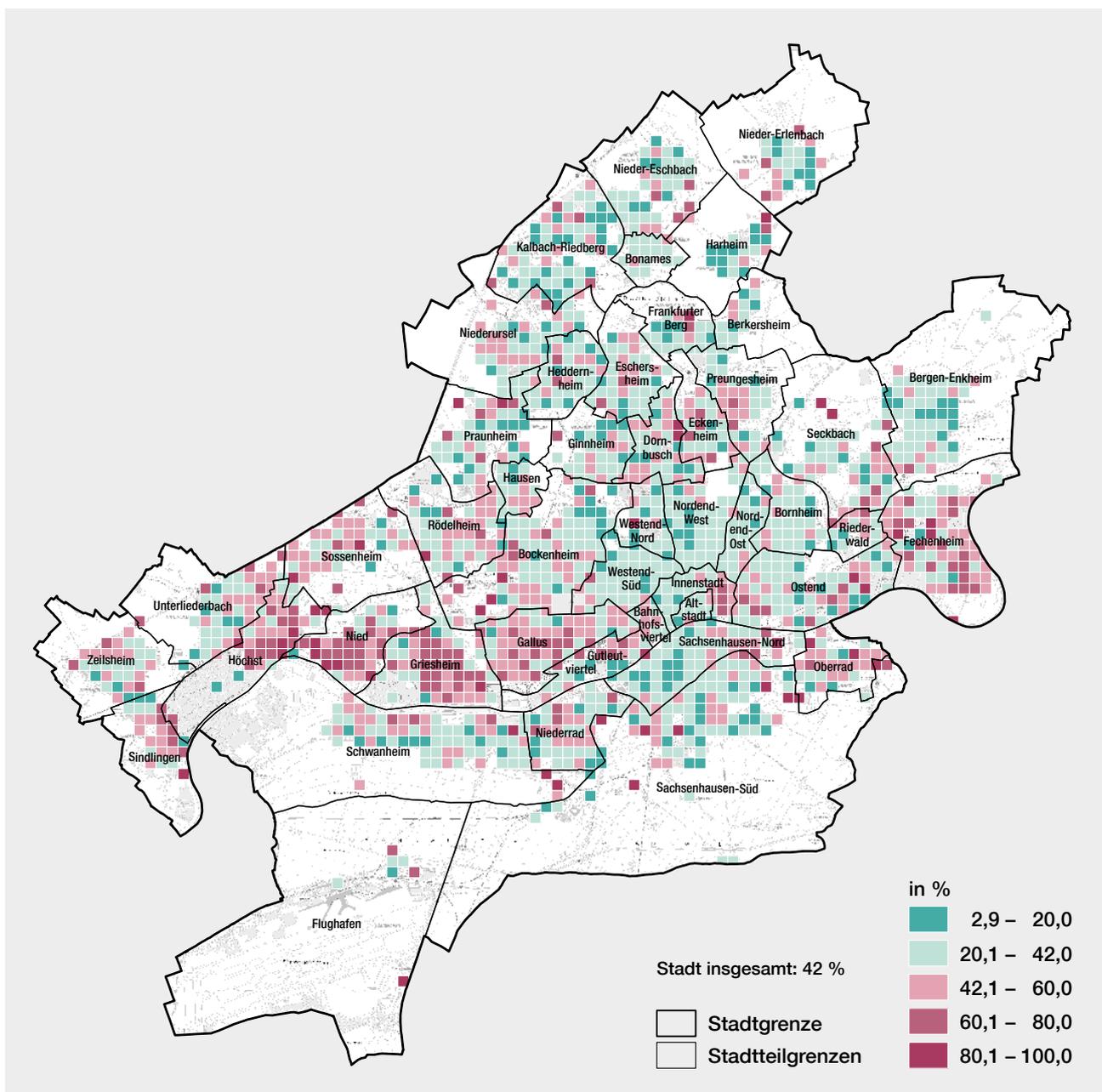
Quelle: Melderegister, Ordnungsamt.

Der Anteil der Deutschen an den Gewerbetreibenden lag 2017 mit 68,5 Prozent unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (70,5 %, siehe Abbildung 9, Seite 31). Im Jahr 2000 lag der Anteil der Deutschen an den Gewerbetreibenden noch bei 72,4 Prozent und somit über ihrem damaligen Anteil an der Gesamtbevölkerung (71,1 %).

## Menschen aus dem europäischen Ausland gewerblich aktiver als Deutsche

Ausländische Gewerbetreibende mit einer Staatsangehörigkeit Europas hatten im Jahr 2000 einen Anteil von 12,6 Prozent an allen Gewerbetreibenden. Bis 2011 verdoppelte sich ihr Anteil fast, auf 24,2 Prozent. Er ging bis 2017 wieder leicht auf 20,6

Abb. 10 Anteil der Gewerbebeanmeldungen von ausländischen Staatsangehörigen 2003 bis 2017



Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

Prozent zurück. Von 2000 bis 2017 lag der Anteil ausländischer Gewerbetreibender mit einer Staatsangehörigkeit Europas mindestens fünf Prozentpunkte über dem Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der Gewerbetreibenden aus Ländern außerhalb Europas stieg innerhalb dieses Zeitraums von 1 743 auf 4 213. Sie machten 2017 einen Anteil von 5,5 Prozent aller Gewerbetreibenden aus.

## Gewerbebetriebe von Ausländerinnen und Ausländern mit kürzerer Betriebsdauer

Die Betriebsdauer von Gewerben bei ihrer Abmeldung unterschied sich deutlich zwischen deutschen und ausländischen Gewerbetreibenden. Abgemeldete Gewerbebetriebe von Deutschen bestanden im Schnitt länger (75 Monate) als solche von ausländischen Betriebsinhaberinnen und -inhabern (42 Monate). 23,2 Prozent aller abgemeldeten Gewerbe von Ausländerinnen und Ausländern war nicht länger als ein Jahr aktiv, bei den abgemeldeten Gewerben der Deutschen lag der Anteil der abgemeldeten Gewerbe, die maximal ein Jahr betrieben wurden, bei nur 14,6 Prozent.

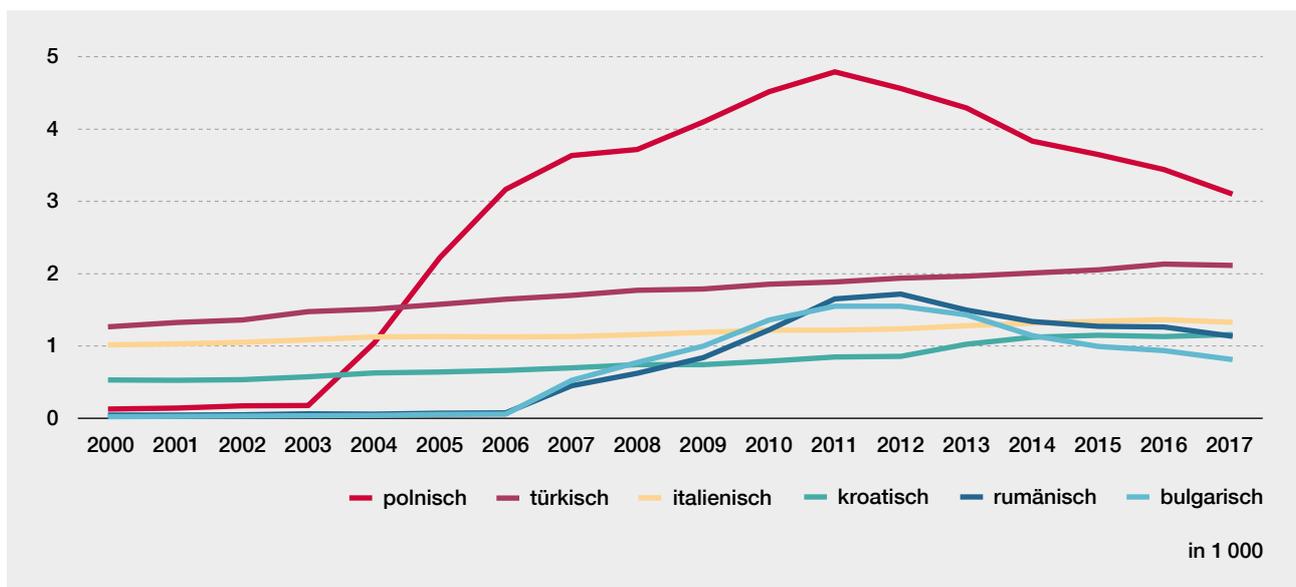
Insgesamt 80,6 Prozent der Gewerbeabmeldungen von ausländischen Staatsangehörigen erfolgte im Laufe der ersten vier Jahre nach einer Gründung. Bei den Abmeldungen seitens Gewerbetreibender mit deutscher Staatsangehörigkeit machten die Gewerbe mit einer Betriebsdauer von unter vier Jahren nur 60,1 Prozent aller Abmeldungen aus.

## Ausländische Gewerbetreibende gründen noch häufiger an ihrem Wohnsitz als Deutsche

Auch räumlich betrachtet unterschieden sich die Gründungen ausländischer und deutscher Gewerbetreibender stark. Die Unterschiede hatten dabei weniger unmittelbare wirtschaftliche Ursachen. Vielmehr gründeten sowohl ausländische als auch deutsche Frankfurterinnen und Frankfurter Gewerbe mehrheitlich an der Adresse ihres Wohnsitzes, Ausländerinnen und Ausländer mit 67 Prozent noch häufiger als Deutsche (56,1 %). Durch das ähnliche Gründungsverhalten setzte sich somit die Segregation von deutscher und ausländischer Wohnbevölkerung auch mit Blick auf die Gründungsintensität in den Quartieren fort (siehe Abbildung 10). Vor allem in den Stadtteilen Fechenheim, Griesheim, Höchst, Nied, und im Gallus lag der Anteil von Gründungen durch Ausländerinnen und Ausländer über dem durchschnittlichen stadtweiten Anteil von 42 Prozent der Jahre 2003 bis 2017.

Besonders häufig gründeten Ausländerinnen und Ausländer im Bahnhofsviertel zwischen der Taunusstraße und der Münchener Straße (1 632 Gründungen), im Gallus entlang der Mainzer Landstraße von der Galluswarte stadtauswärts (1 187), in Alt-Sachsenhausen (747) und in Höchst zwischen der Kasino- und der Bolongarostraße mit 1 075 Gründungen.

Abb. 11 Gewerbetreibende mit ausländischer Staatsangehörigkeit 2000 bis 2017: häufigste Staatsangehörigkeiten



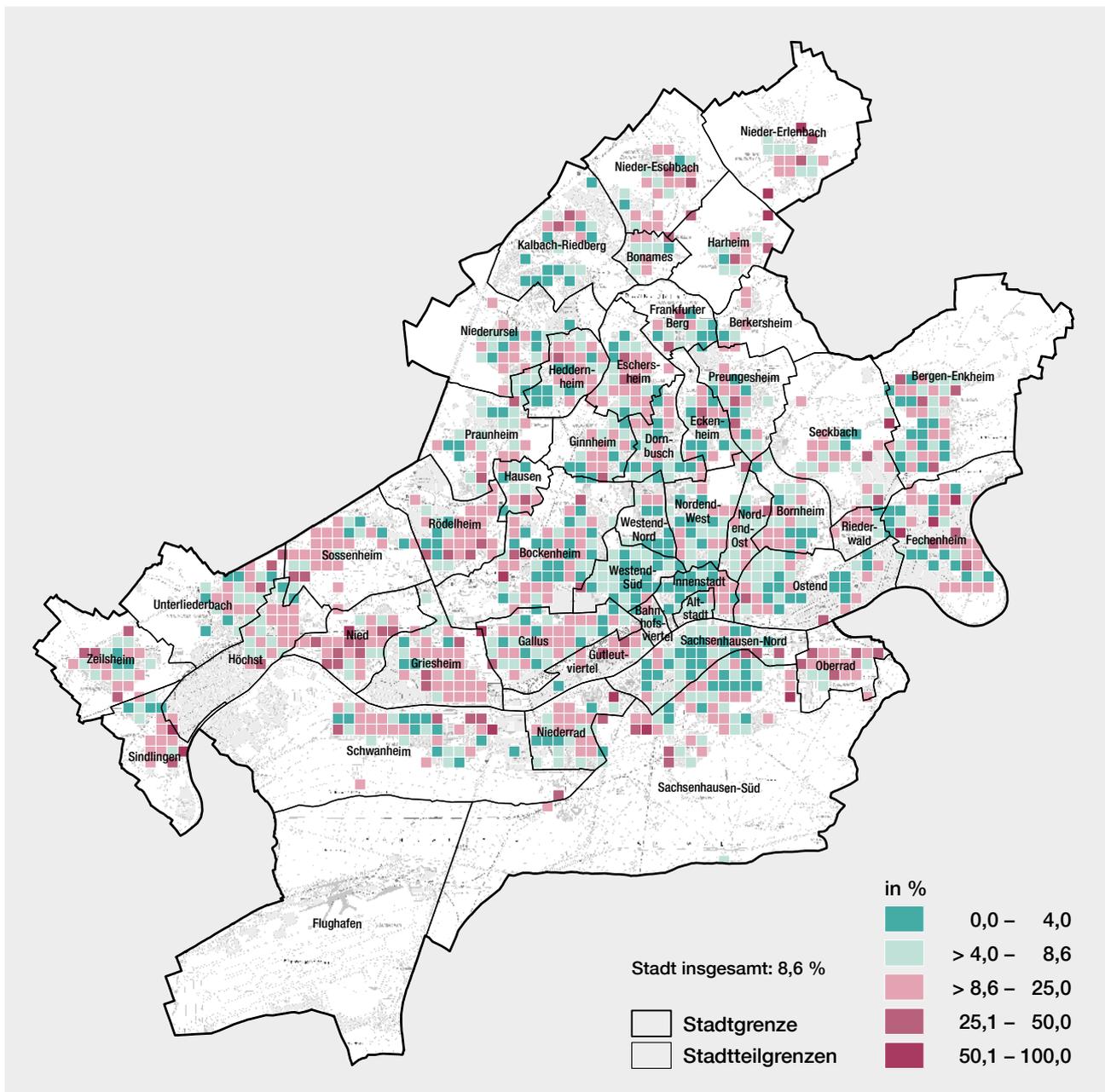
Quelle: Ordnungsamt.

## Die meisten ausländischen Gewerbetreibenden kommen aus EU-Ländern und der Türkei

Polnische Staatsangehörige waren mit vier Prozent aller Gewerbetreibenden im Jahr 2017 nach den Deutschen die zweitgrößte Gruppe von Gewerbetreibenden in Frankfurt (siehe Abbildung 11, Sei-

te 33). Gewerblich besonders aktiv waren 2017 auch türkische (2,7%), italienische (1,7%), kroatische (1,5%), rumänische (1,5%) und bulgarische (1,1%) Staatsangehörige.

Abb. 12 Anteil der Gewerbebeanmeldungen von polnischen Staatsangehörigen 2003 bis 2017



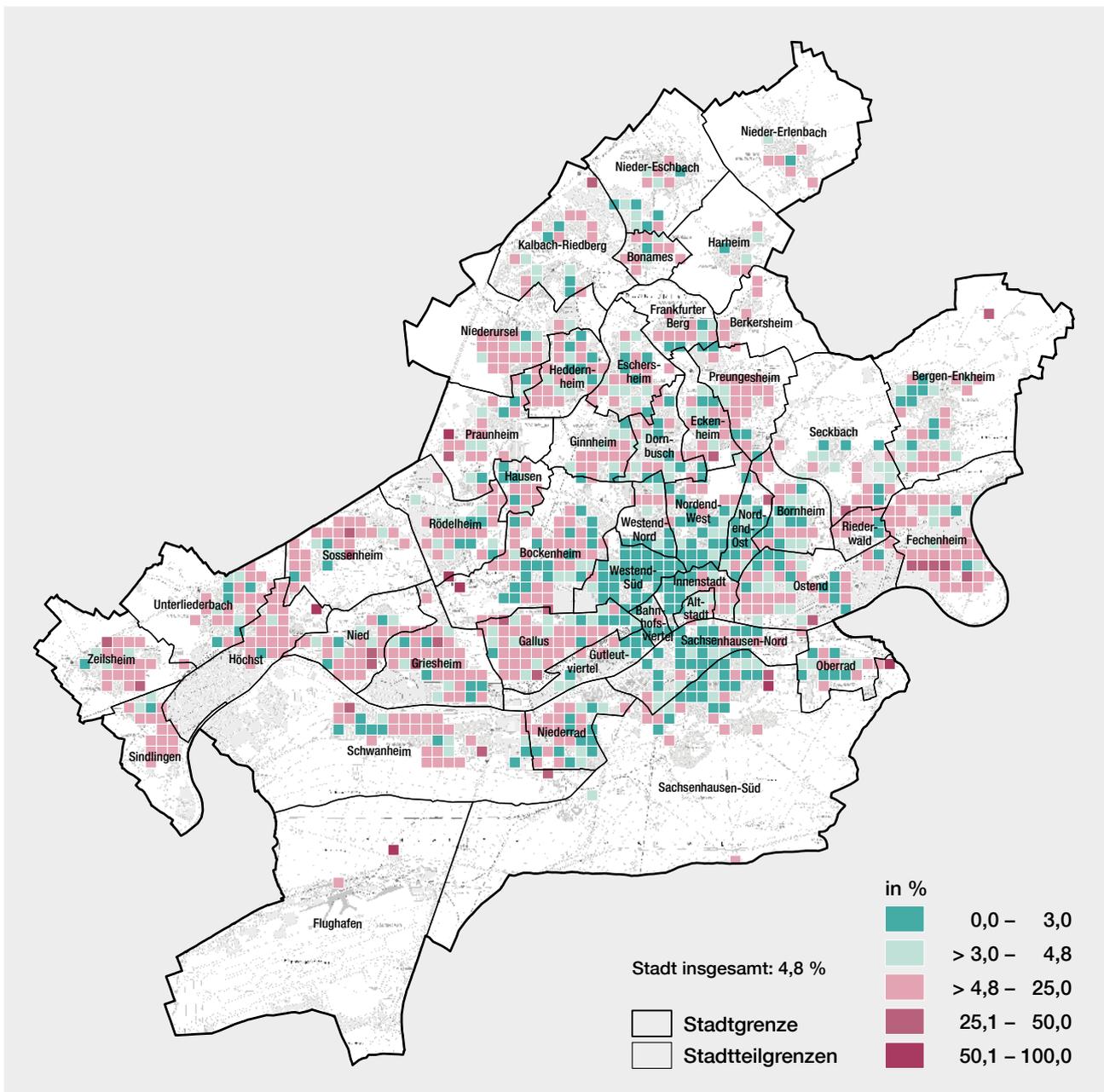
Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

## Gründungsverhalten der Nationalitäten mit kleinräumigen Unterschieden

Kleinräumig verteilten sich die Gewerbebeanmeldungen verschiedener Nationalitäten unterschiedlich. Exemplarisch seien hier die beiden Nationalitäten mit den, nach den Deutschen, höchsten Anteilen an den Gewerbetreibenden herausgegriffen.

Polnische Gewerbebegründungen (siehe Abbildung 12) konzentrierten sich weniger stark auf bestimmte Quartiere als türkische (siehe Abbildung 13). Beide Nationalitäten waren – was die Gewerbebegründungen angeht – in der westlichen Innenstadt, dem Nordend, dem Westend und in Sachsenhausen-Nord stark unterrepräsentiert. Bei den türkischen

**Abb. 13 Anteil der Gewerbebeanmeldungen von türkischen Staatsangehörigen 2003 bis 2017**



Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

Gewerbetreibenden galt dies darüber hinaus für weite Teile von Bornheim, den Sachsenhäuser Berg und den östlichen Teil von Niederrad.

Deutlich mehr polnische Gewerbebeanmeldungen als im langjährigen städtischen Durchschnitt von 8,6 Prozent gab es hingegen in Nied und Höchst, in den meisten Teilen von Griesheim, Oberrad, Sindlingen sowie in Rödelheim und im Westen Bockenheims. In einigen dieser Viertel gründeten sie über die letzten 14 Jahre hinweg die Mehrheit der Gewerbe.

Türkische Gewerbetreibende gründeten hingegen überdurchschnittlich häufig von Fechenheim über den Riederwald bis zum südlichen Seckbach, im Westen des Gallus, in Griesheim und Nied, in Schwanheim, Sossenheim, Sindlingen und Zeilsheim sowie in der Nordweststadt.

### Wachsender Anteil ausländischer Gewerbetreibender durch EU-Bürgerinnen und -Bürger

Der steigende Anteil ausländischer Gewerbetreibender mit einer Staatsangehörigkeit Europas zwischen 2004 und 2011 resultierte vor allem aus der starken Zunahme der Gewerbetreibenden aus EU-Mitgliedsstaaten. Im Jahr 2000 betrug die Anzahl der aktiven Gewerbe von ausländischen Gewerbetreibenden mit einer EU-Staatsbürgerschaft noch 3200 und wuchs bis 2017 auf 11 699 (siehe Abbildung 14). Ihr Anteil an allen Gewerbetreibenden lag 2017 bei 15,2 Prozent.

### EU-Erweiterungen erhöhen die Gründungintensität

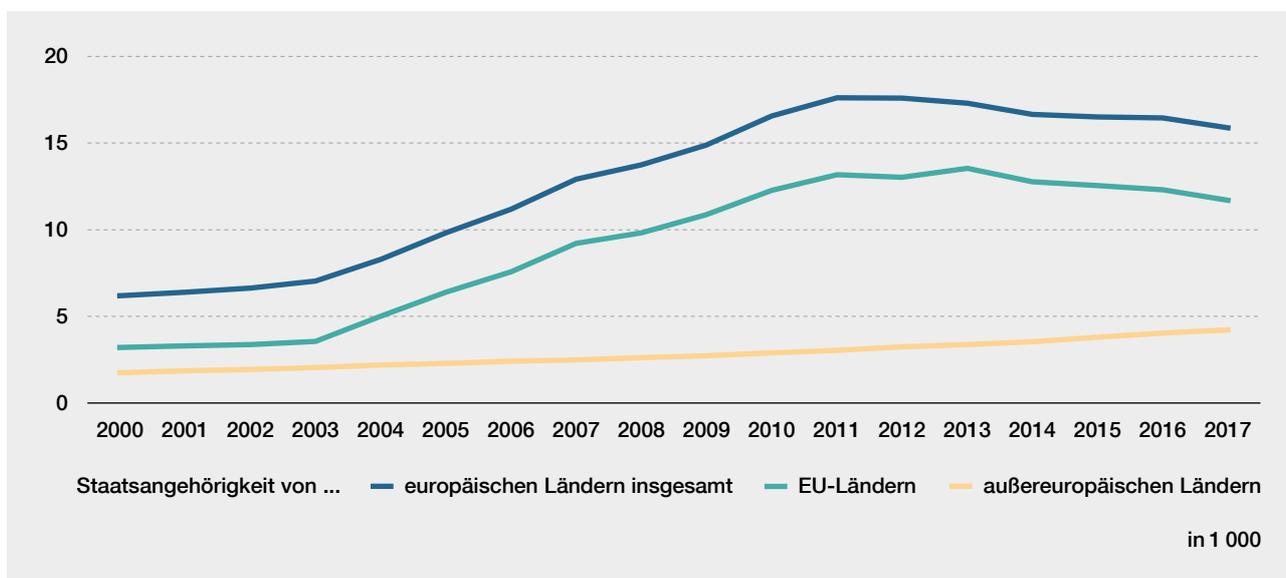
Die besonders starke Zunahme der Gewerbe zwischen 2004 und 2011 wurde vor allem getragen durch die EU-Erweiterungen. Von EU-Ausländerinnen und -Ausländern geführte Gewerbe nahmen in diesem Zeitraum fast so stark zu (+9610) wie die deutscher Staatsangehöriger (+9974).

2004, dem Jahr des Beitritts Polens zur EU, hatte sich der Anteil polnischer Gewerbetreibender unmittelbar von 0,3 Prozent auf 1,9 Prozent mehr als verfünffacht und stieg im Jahr 2005 um weitere zwei Prozentpunkte auf 3,9 Prozent an. Seitdem war polnisch die zweithäufigste Staatsangehörigkeit unter Gewerbetreibenden.

Im Jahr 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei und die Anteile der bulgarischen und rumänischen Gewerbetreibenden stiegen ebenfalls an. Der Anteil der bulgarischen Gewerbetreibenden verachtete sich im ersten Jahr von 0,1 Prozent auf 0,8 Prozent und erreichte im Jahr 2012 2,1 Prozent.

Die Zahl der rumänischen Gewerbetreibenden verfünffachte sich im Nachgang des EU-Beitritts von Rumänien. Ihr Anteil stieg im Jahr des Beitritts von 0,1 (2006) auf 0,7 Prozent (2007) und bis 2012 weiter auf 2,3 Prozent.

Abb. 14 Gewerbetreibende mit ausländischer Staatsangehörigkeit 2000 bis 2017: Herkunftsregionen



Quelle: Ordnungsamt.

### Italienische und kroatische Gewerbetreibende mit kontinuierlichem Zuwachs

Der Anteil italienischer Gewerbetreibender sank durch die Zunahme von Gründungen anderer Nationalitäten von 2000 (2,1 %) bis 2012 (1,7 %). Trotzdem nahm ihre Zahl von 2000 bis 2016 um jährlich durchschnittlich 22 Gewerbe bzw. über alle Jahre gesehen um 34,4 Prozent zu.

Kroatien trat 2013 der EU bei. Kroatinnen und Kroaten stellten über den Berichtszeitraum hinweg zwischen 1,1 und 1,5 Prozent der Gewerbetreibenden. Ihre Zahl wuchs in den Jahren von 2000 bis 2017 deutlich – noch einmal beschleunigt in den Jahren nach dem EU-Beitritt Kroatiens – um durchschnittlich 38 Gewerbetreibende jährlich.

Als einzige nicht EU-Angehörige stellten Türkinnen und Türken über alle Berichtsjahre hinweg mehr als 2,5 Prozent der Gewerbetreibenden in Frankfurt.

Durch das Hinzutreten wirtschaftlich sehr aktiver EU-Neubürgerinnen und -bürger in den Jahren 2004 und 2007 sanken die Anteile der anderen ausländischen Gewerbetreibenden zunächst, konnten sich aber wieder stabilisieren bzw. stiegen – mit zurückgehenden Anteilen von polnischen, rumänischen und bulgarischen Gewerbetreibenden – seit 2011 wieder an.

### Impulse durch EU-Erweiterungen – teilweise nur vorübergehend

Die zunehmende Zahl von Gewerbeanmeldungen durch EU-Neubürgerinnen und -bürger schlug sich nur teilweise in längerfristigen gewerblichen und damit realwirtschaftlichen Aktivitäten nieder. Im Nachgang der EU-Erweiterungen 2004 und 2007 war der Effekt vieler pro forma Anmeldungen als Reaktion auf die Regelungen zur zeitweisen Einschränkung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit zu beobachten.

EU-Mitgliedsstaaten können die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus neuen EU-Ländern für eine maximale Dauer von sieben Jahren nach Beitritt eines Landes einschränken. Der Umfang der Beschränkungen wird durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten für ihr jeweiliges Territorium zunächst für zwei Jahre festgelegt. Danach können die EU-Mitgliedsstaaten die Einschränkungen für weitere drei Jahre und nach insgesamt fünf Jahren für nochmals zwei Jahre festsetzen (Europäische Kommission, 2013a).

Deutschland schränkte die Freizügigkeit von Bürgerinnen und Bürgern der EU-Beitrittsländer Po-

len, Bulgarien und Rumänien für sieben Jahre ein (Bundesregierung, 2018; Europäische Kommission, 2014). Für Staatsangehörige Kroatiens hingegen hob die Bundesregierung bereits nach den ersten zwei Jahren die entsprechenden Beschränkungen auf (Europäische Kommission, 2013b).

Liegt eine selbständige Tätigkeit vor, die durch eine Gewerbeanmeldung nachgewiesen werden kann, kommt eine Einschränkung des Aufenthaltsrechts nicht zur Geltung, sodass Gewerbeanmeldungen häufig (auch) im Zusammenhang mit dem Hintergrund der Erlangung des Rechts auf Aufenthalt für mehr als drei Monate (Richtlinie 2004/38/EG, 2004, S. 93) getätigt wurden. Viele der Gewerbeanmeldungen, die dem reinen Zweck des Nachweises einer unternehmerischen Tätigkeit dienten, wurden im Laufe der darauffolgenden Jahre wieder abgemeldet. Der temporäre Charakter dieser Gründungen lässt sich insbesondere am Rückgang der Gewerbetreibenden aus den EU-Beitrittsländern (siehe Abbildung 11, Seite 33) und dem Rückgang der Einzelunternehmen (siehe Abbildung 16, Seite 38) ablesen.

### Die meisten Gewerbe werden von Einzelpersonen betrieben

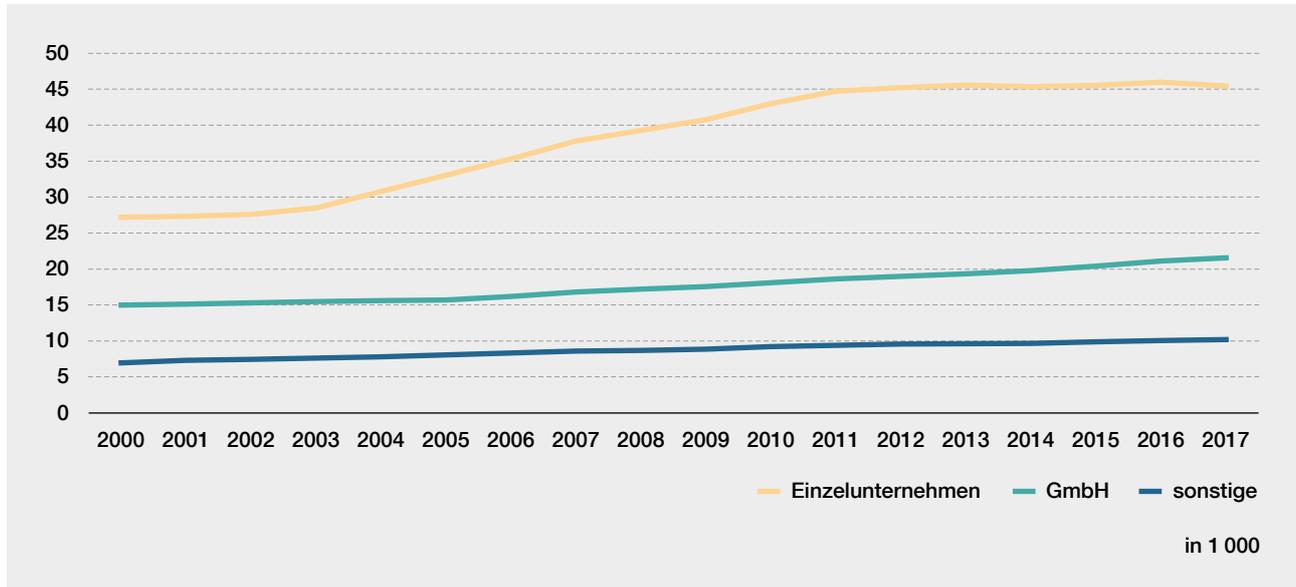
In Frankfurt am Main gab es insgesamt 37 rechtliche Formen von Gewerben. Darunter fielen zwölf Kombinationen von Rechtsformen wie z.B. die GmbH & Co. KG (2650). Mit mehr als der Hälfte aller Gewerbe (45456) waren 2017 Einzelunternehmen, also Gewerbe in denen eine einzelne Person uneingeschränkt für die gewerblichen Aktivitäten haftet, die häufigste Rechtsform der in der Stadt bestehenden Gewerbebetriebe (siehe Abbildung 15, Seite 38). Seit dem Jahr 2000 (27198) nahm die Zahl der Einzelgewerbetreibenden um 67,1 Prozent zu. Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2017 machten die Gründungen von Einzelunternehmen 73,2 Prozent aller Gewerbeanmeldungen aus.

Besonders häufig meldeten Gewerbetreibende mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit Gewerbe in der Rechtsform von Einzelunternehmen im Verlauf der Jahre 2003 bis 2017 an (siehe Abbildung 16, Seite 38). In den Jahren 2007 bis 2012 lag ihre Zahl über der von Deutschen gemeldeten Einzelunternehmen – ein Effekt der mit der Vielzahl der bereits erwähnten Meldungen von EU-Neubürgerinnen und -bürgern zusammenfällt.

### Gesellschaften mit beschränkter Haftung zweithäufigste Rechtsform

Die 2017 bestehenden 21566 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) bildeten mit einem

**Abb. 15 Gewerbe 2000 bis 2017: Rechtsformen**



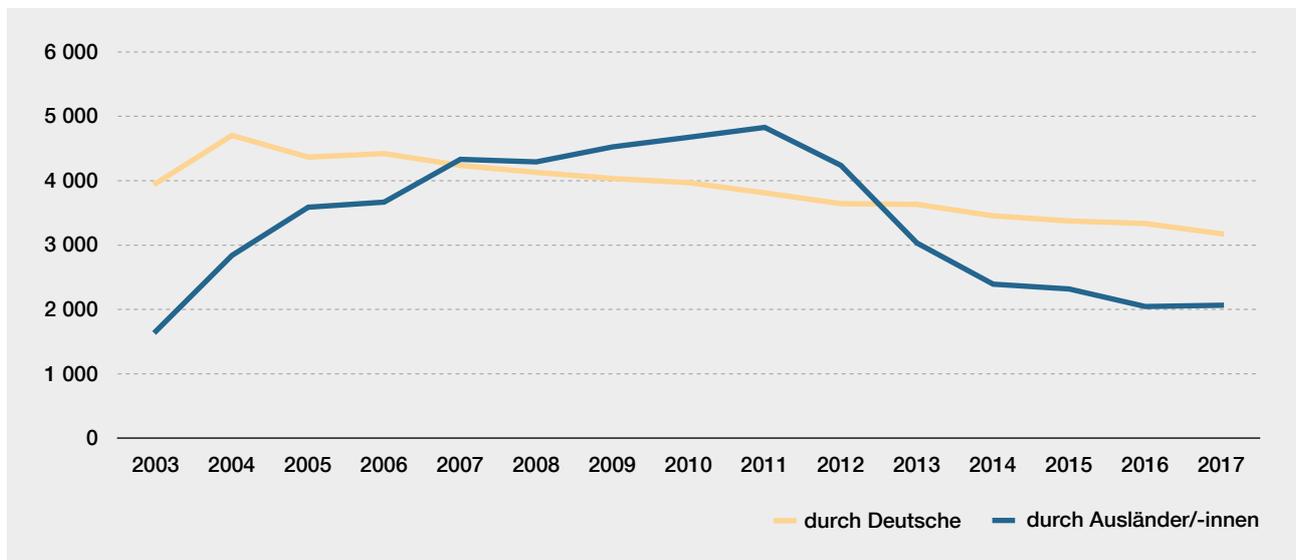
Quelle: Ordnungsamt.

Anteil von 27,9 Prozent die zweithäufigste Rechtsform von Gewerbebetrieben im Stadtgebiet. Der Anteil von GmbHs an den Gewerbebeanmeldungen in der Zeit von 2003 bis 2017 lag bei nur 16,5 Prozent (siehe Abbildung 5, Seite 26).

Als GmbH meldeten vor allem Deutsche ein Gewerbe an. In den Jahren 2003 bis 2017 lag ihr Anteil an allen GmbH-Gründerinnen und -Gründern stets über 65 Prozent. Die meisten GmbHs im Berichts-

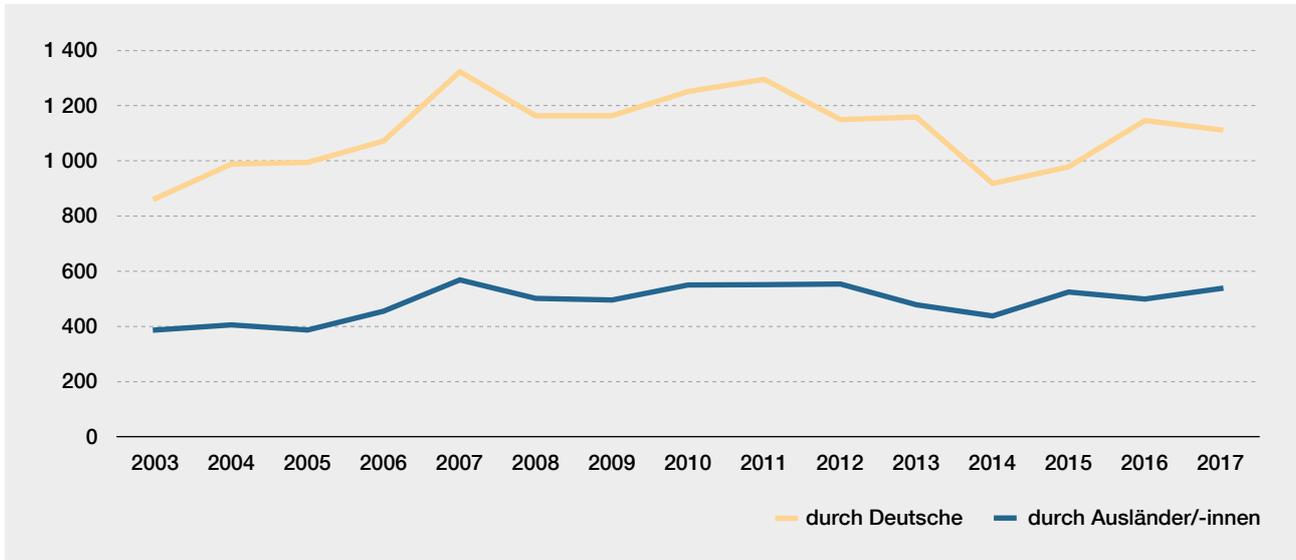
zeitraum wurden in Frankfurt im Jahr 2007 gegründet, 1323 von Deutschen und 569 von Ausländerinnen und Ausländern (siehe Abbildung 17). Mit 1 113 Gewerbebeanmeldungen im Jahr 2017 gründeten Deutsche mehr als doppelt so viele GmbHs wie ausländische Gewerbetreibende (538).

**Abb. 16 Gewerbebeanmeldungen von Einzelunternehmen 2003 bis 2017**



Quelle: Ordnungsamt.

Abb. 17 Gewerbeanmeldungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung 2003 bis 2017



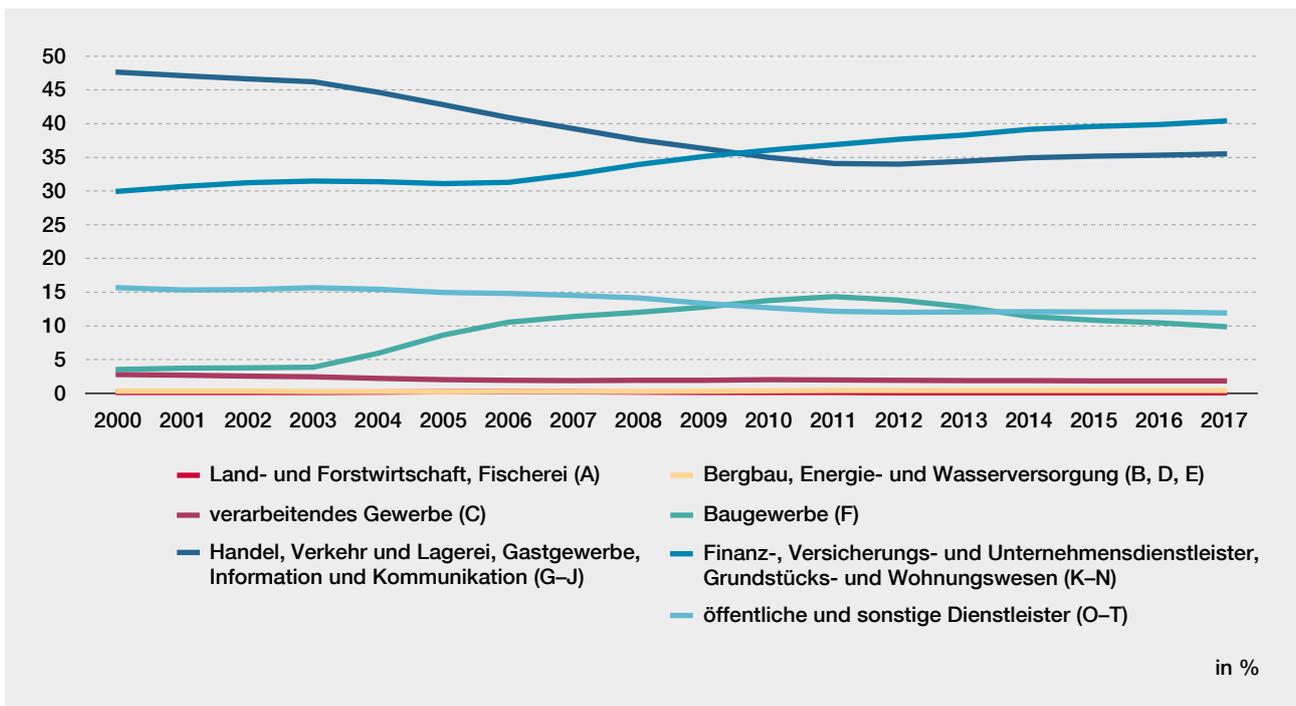
Quelle: Ordnungsamt.

**Überdurchschnittlich lange Betriebsdauer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung**

Der im Vergleich zu ihrem Anteil an den Gewerbeanmeldungen höhere Anteil von GmbHs am Bestand ist begründet durch die im Schnitt längere Betriebs-

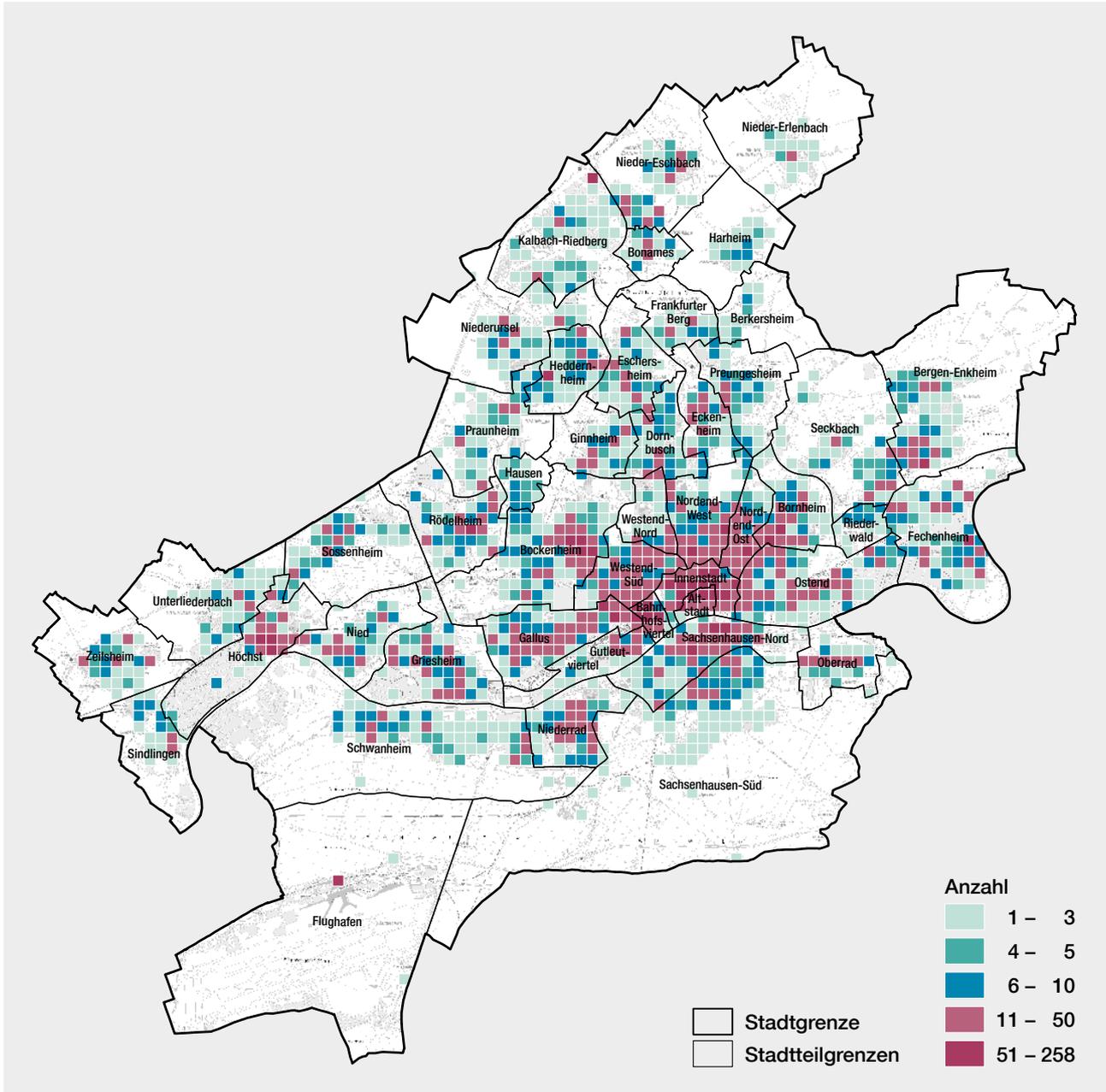
dauer dieser Gesellschaftsform. Während bis zur Abmeldung einer GmbH im Schnitt 89 Monate ver-  
gingen, bestanden Einzelunternehmen bis zu ihrer Abmeldung im Schnitt nur 53 Monate.

Abb. 18 Gewerbe 2000 bis 2017: Anteile der Wirtschaftsbereiche



Quelle: Ordnungsamt.

Abb. 19 Gewerbeanmeldungen im Einzelhandel 2003 bis 2017



Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

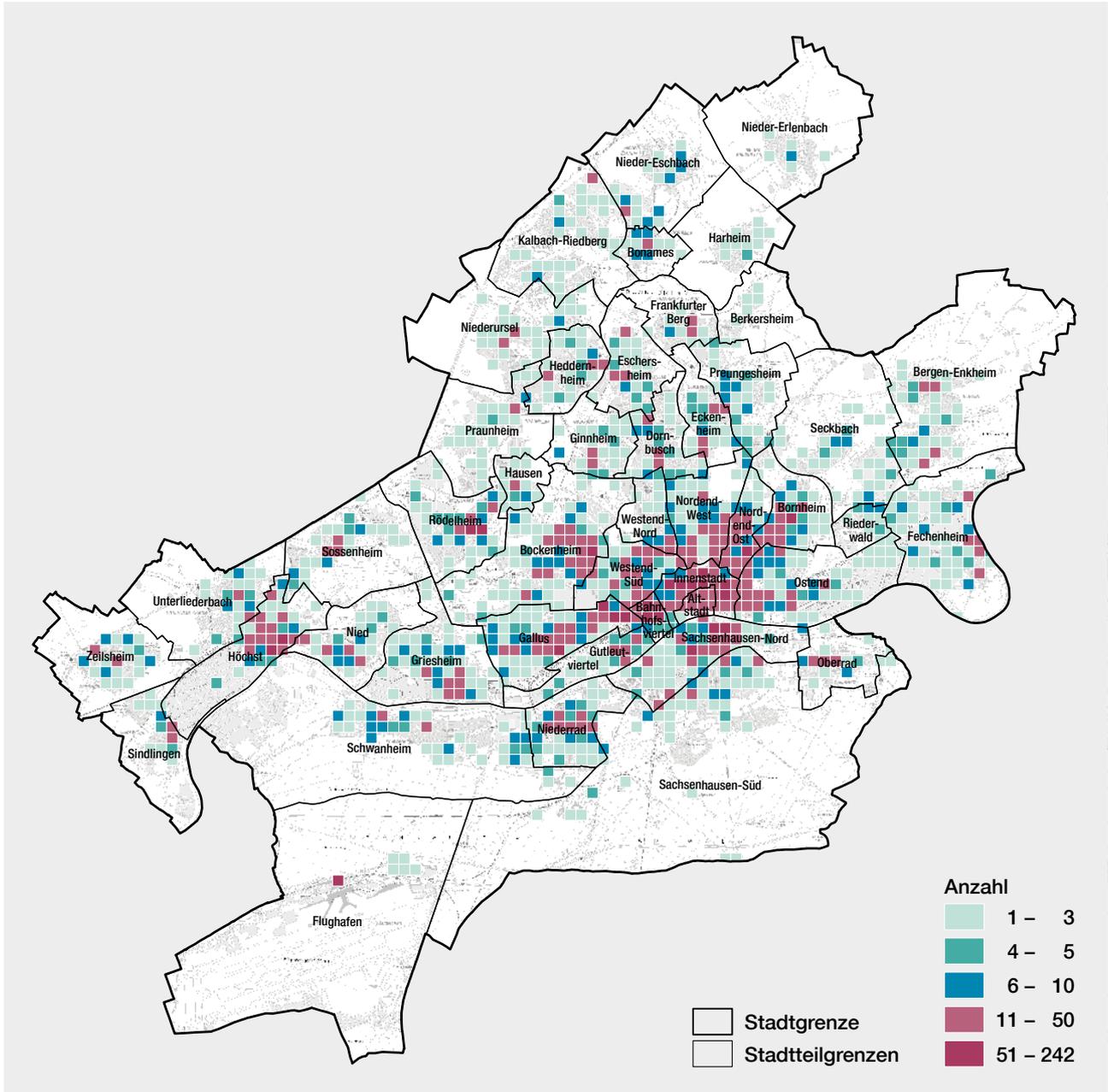
## Mehrzahl der Gewerbe ist in Dienstleistungsbereichen aktiv

Im Jahr 2000 wurde noch knapp die Hälfte (47,6%) der Gewerbe im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (Wirtschaftszweige G–J) betrieben (siehe Abbildung 18, Seite 39). Bis ins Jahr 2009

waren die meisten Gewerbe (36,3%) in diesem Wirtschaftsbereich aktiv. Sein Anteil sank bis 2013 stetig auf 34,4 Prozent und hat sich im Jahr 2017 auf 35,5 Prozent stabilisiert.

Gewerbetreibende, die öffentliche und sonstige Dienstleistungen anboten (Wirtschaftszweige O–T), lagen 2017 mit einem Anteil von 11,9 Prozent an

Abb.20 Gewerbeanmeldungen in der Gastronomie 2003 bis 2017



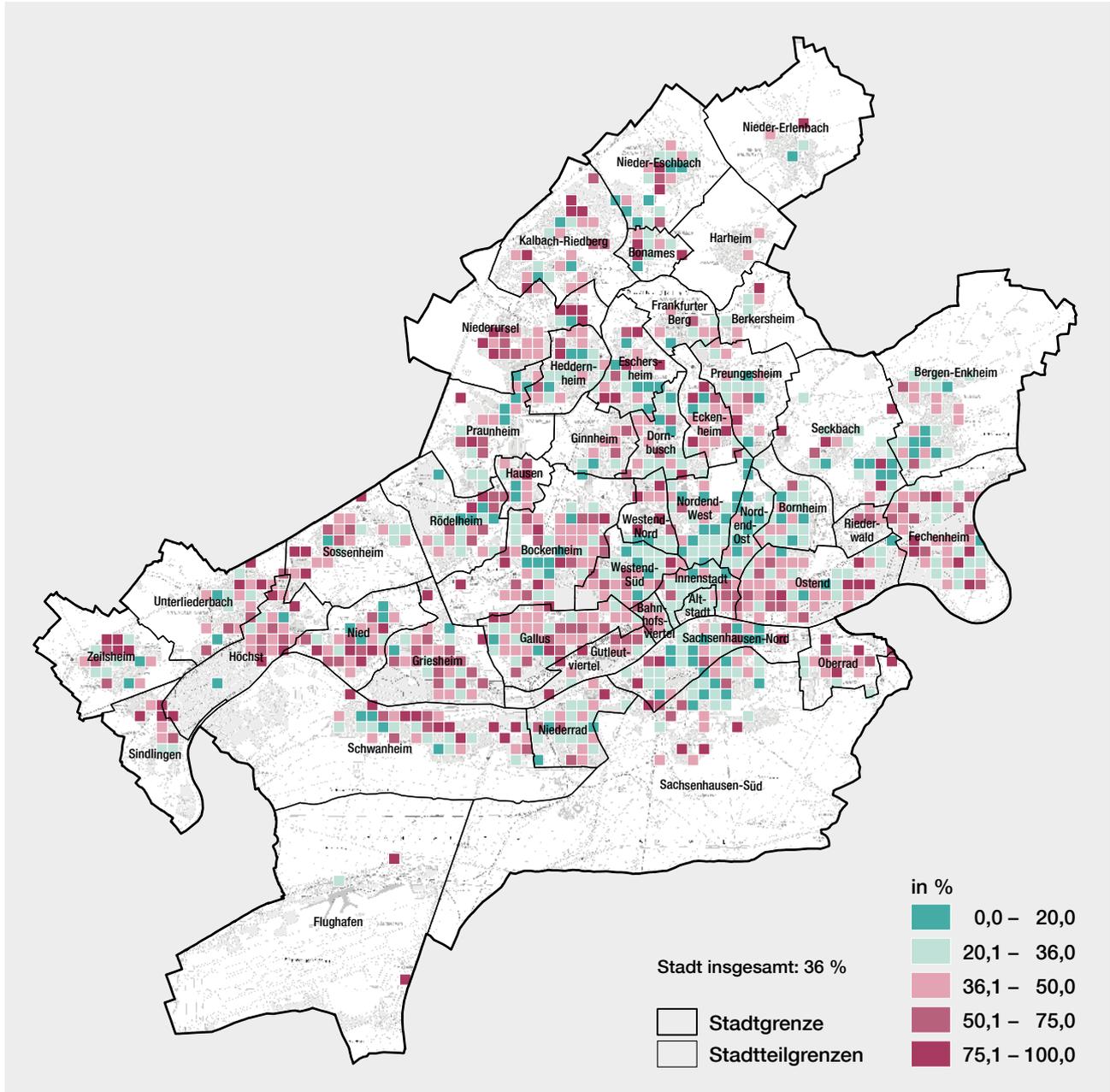
Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

dritter Stelle. Der Anteil dieses Gewerbebereiches blieb vom Jahr 2000 (15,7 %) bis 2003 (15,6 %) konstant und sank bis 2017 um 3,7 Prozentpunkte.

### Wenige Gewerbetreibende im Baugewerbe und verarbeitenden Gewerbe

Die Zahl der Baugewerbe (Wirtschaftszweig F) verfünffachte sich in Frankfurt von 2000 bis 2011. Damit verzeichnete die Baubranche das größte Wachstum aller Wirtschaftsbereiche, in denen Frankfurter Gewerbetreibende aktiv waren. Seit 2011 (14,4 %) ging

Abb.21 Anteil der Gewerbeanmeldungen von ausländischen Staatsangehörigen im Einzelhandel 2003 bis 2017



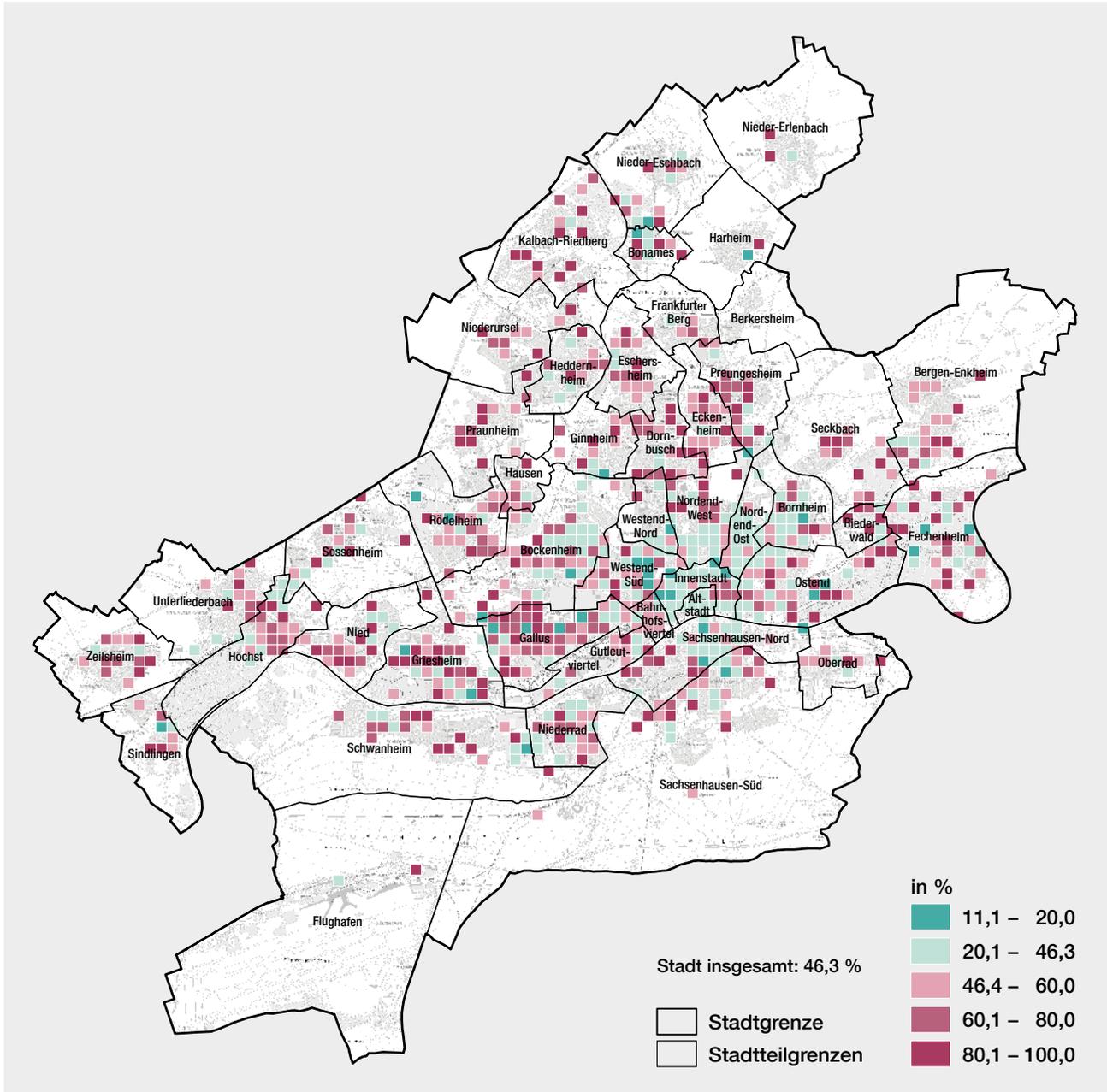
Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

der Anteil der gemeldeten Betriebe im Baugewerbe an allen Gewerben jedoch deutlich zurück, um 4,5 Prozentpunkte auf nur noch 9,9 Prozent im Jahr 2017. Auch diese Entwicklung ist im Zusammenhang einer Vielzahl von Meldungen im Baugewerbe durch EU-Neubürgerinnen und -bürger in den Jahren vor 2011 und darauffolgende Abmeldungen zu

sehen, als die Gründungen nicht mehr aufenthaltsrechtlich relevant waren.

Die wenigsten Gewerbe gab es 2017 im verarbeitenden Gewerbe (Wirtschaftszweig C, 1,8%), im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung (Wirtschaftszweige B, D und E, 0,4%) und in Land-

Abb.22 Anteil der Gewerbeanmeldungen von ausländischen Staatsangehörigen in der Gastronomie 2003 bis 2017



Quelle: Ordnungsamt; Stadtvermessungsamt.

und Forstwirtschaft sowie Fischerei (Wirtschaftszweig A, 0,1 %).

**Wirtschaftsstruktur der Gewerbebetriebe binnen zehn Jahren verändert**

Seit 2010 waren die meisten Gewerbe (36,1 %) in Frankfurt am Main im Wirtschaftsbereich Finanz-,

Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (Wirtschaftszweige K–N) aktiv. Dieser Anteil stieg bis 2017 auf 40,4 Prozent. In diesen Wirtschaftsbereich fallen so unterschiedliche gewerbliche Tätigkeiten wie der Betrieb von Reise- oder Architekturbüros, die Erbringung von Wach- und Sicherheitsdienst-

leistungen oder auch die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Entsprechend heterogen verteilen sich die Gewerbe in diesem bedeutenden Wirtschaftszweig im Stadtgebiet.

### **Ansiedlungen von Einzelhandel und Gastronomie mit spezifischem Muster**

Anders als dieser, in seinen unternehmerischen Tätigkeitsbereichen und deren räumlichen Ausprägungen diverse Wirtschaftsbereiche, hatten die Bereiche Einzelhandel und Gastronomie sehr spezifische Anforderungen an eine Gründung. Durch die besondere Bedeutung für die Nahversorgung der Bevölkerung wiesen die räumlichen Strukturen der Gewerbeansiedlungen ein Muster auf, das sich stark an der Zentralität der subkommunalen Lagen und an besonders bevölkerungsreichen Quartieren ausrichtete.

### **Einzelhandel besonders präsent in zentrumsnahen Stadtteilen**

Quartiere, in denen der lokale Einzelhandel<sup>2</sup> – als auf Laufkundschaft angewiesener Gewerbebereich – eine besondere Bedeutung hatte, waren die innerstädtischen 1a- und 1b-Lagen. Diese erstreckten sich vom Osten der Zeil zur Hauptwache und deren Umfeld sowie im unmittelbar östlich an den Hauptbahnhof angrenzenden Quartier (siehe Abbildung 19, Seite 40). An der Hauptwache machten die Meldungen von Einzelhandelsgewerben mehr als 49,5 Prozent aller dortigen Gewerbebeanmeldungen der letzten 14 Jahre aus. Im Bahnhofsviertel zwischen der Taunusstraße und der Münchener Straße war ihr Anteil mit 20,4 Prozent zwar nicht so hoch, allerdings wurden, in dem von Gewerbetreibenden verschiedenster Wirtschaftsbereiche intensiv genutzten Gebiet, binnen 14 Jahren allein 258 Gewerbe im Einzelhandel gegründet.

Auch für die zentrumsnahen Bereiche der Stadtteile Bornheim, Nordend, Ostend, Sachsenhausen und Westend mit besonders hohen Bevölkerungsdichten belegen die Gewerbebeanmeldungen der Jahre 2003 und 2017 eine hohe Gründungsintensität im Einzel-

handelsbereich. Außerdem gab es viele Einzelhandelsgründungen in den Kernbereichen von Bockenheim, des Gallus sowie den Ortskernen von Höchst, Nieder- und Oberrad.

### **Zentrale Lage entscheidend für Ansiedlung von Gastronomie**

Die ebenfalls stark auf fußläufige Erreichbarkeit angewiesenen Gastronomiebetriebe orientierten sich mit ihrer Ansiedlung noch stärker auf das Stadtzentrum und die Subzentren als der lokale Einzelhandel (siehe Abbildung 20, Seite 41). Neben Innen- und Altstadt boten die zentralen Lagen im Bahnhofsviertel und im Gallus, in Bockenheim, Sachsenhausen und in Höchst sowie das Umfeld der Geschäftsstraßen in Nordend, Bornheim und Ostend das attraktivste Umfeld für Ansiedlungen im Bereich Gastronomie. Die meisten Anmeldungen von Gastronomiebetrieben gab es in Alt-Sachsenhausen. Hier wurden im Lauf der letzten 14 Jahre über 240 Gewerbe im gastronomischen Bereich gegründet, was mehr als einem Viertel (28 %) aller Gewerbebeanmeldungen in diesem Quartier entsprach.

### **Viele Gründungen von ausländischen Gewerbetreibenden in Einzelhandel und Gastronomie**

Wie bei der Gewerbeentwicklung insgesamt, so wird mit Blick auf die Gewerbebeanmeldungen von ausländischen Gewerbetreibenden die besondere Bedeutung derer Gründungen in Einzelhandel und Gastronomie für die lokale Nahversorgung einerseits, sowie deren Integration andererseits hervorgehoben (Hillmann, 2011).

In Frankfurt war die Bedeutung von ausländischen Staatsbürgerinnen und -bürgern in den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie besonders groß. Mehr als jede dritte Anmeldung (36 %) eines lokalen Einzelhandelsbetriebes (siehe Abbildung 21, Seite 42) und fast die Hälfte aller Meldungen von Gastronomiebetrieben (46,3 %, siehe Abbildung 22, Seite 43) ging auf sie zurück.

### **Gastronomiebetriebe ausländischer Gewerbetreibender im Zentrum unterrepräsentiert**

Die Betriebe von Ausländerinnen und Ausländern siedelten sich sowohl im Bereich des Einzelhandels als auch der Gastronomie unterdurchschnittlich oft in der Alt- und Innenstadt sowie den angrenzenden Bereichen des Nord- und Westends sowie in Bockenheim und Bornheim an. Deutsche gründeten an diesen zentral gelegenen Standorten häufiger.

Überrepräsentiert waren ausländische Einzelhändlerinnen und -händler sowie Gastronominnen und

<sup>2</sup> Nicht berücksichtigt wurden Einzelhandelsgewerbe, die nach Wirtschaftszweigklassifikation 2008 eingeordnet wurden und die sich „nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten“ befinden (Wirtschaftsgruppe 47.9), wie z. B. der Versand- und Internet-Einzelhandel (Statistisches Bundesamt, 2007, S. 36 f.). Bei Einzelhandelsbetrieben, die nach Wirtschaftszweigklassifikation 2003 eingeordnet wurden, sind ausgenommen: Versandhandel (Wirtschaftsgruppe 52.61), Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen (Wirtschaftsgruppe 52.63.1) und die Reparatur von Gebrauchsgütern (Wirtschaftsgruppe 52.7) (Statistisches Bundesamt, 2003, S. 112 f.).

Gastronomen hingegen vor allem in Eckenheim, im Gallus, in Griesheim, Höchst, Nied und Preungesheim. Besonders viele Gründungen im Einzelhandelsbereich durch ausländische Gewerbetreibende (121) gab es zwischen 2003 und 2017 im Bahnhofsviertel. Hier waren sie mit einem Anteil von 46,9% an allen Einzelhandelsgründungen deutlich überrepräsentiert.

Im gastronomischen Bereich gab es die meisten Gründungen von Ausländerinnen und Ausländern (98) in Alt-Sachsenhausen. Angesichts der Vielzahl der dort gegründeten Gastronomiebetriebe waren die ausländischen Gewerbetreibenden mit 40 Prozent der Anmeldungen hier jedoch unterrepräsentiert.

### **Kleinräumige Analyse zeigt Vielfältigkeit des langjährigen Gründungsgeschehens in Frankfurt**

Betrachtet man die langjährige Gewerbeentwicklung in Frankfurt am Main, so war die Gründungsintensität nicht nur in den Stadtteilen, sondern auch in den Quartieren und häufig sogar innerhalb einzelner Straßenzüge sehr unterschiedlich. In Abhängigkeit all ihrer wirtschaftlichen, personellen und rechtlichen Facetten siedelten sich Gewerbebetriebe sowohl zeitlich als auch räumlich spezifisch im Stadtgebiet an. Erstmals für Frankfurt am Main offengelegt wird dies durch die kleinräumige Analyse des Gründungsgeschehens, die eine detaillierte Sicht auf die verschiedenen Aspekte von Unternehmertum in einer deutschen Großstadt ermöglicht.

### Literaturverzeichnis

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER VERMESSUNGSVERWALTUNGEN DER LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, 2015. *Katalog der tatsächlichen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen: (AdV-Nutzungsartenkatalog)* [online]. München: Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland [Zugriff am: 03.07.18]. Verfügbar unter: <http://www.adv-online.de/AdV-Produkte/Liegenschaftskataster/Download/>

BUNDESREGIERUNG, 2018. *Arbeitnehmerfreizügigkeit - Fragen und Antworten* [online]. Berlin: Presse und Informationsamt der Bundesregierung [Zugriff am: 03.07.18]. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2011/04/2011-04-20-freizuegigkeit-fragen-und-antworten.html>

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2014. *Aufhebung der Beschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien: Erklärung von László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration*. Pressemitteilung [online]. Brüssel: Europäische Kommission [Zugriff am: 04.07.18]. Verfügbar unter: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-1\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-1_de.htm)

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2013a. *EU-Erweiterung: Übergangsbestimmungen* [online]. Brüssel: Europäische Kommission [Zugriff am: 04.07.18]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=466&langId=de>

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2013b. *EU-Erweiterung: Übergangsbestimmungen Kroatien* [online]. Brüssel: Europäische Kommission [Zugriff am: 04.07.18]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1067&langId=de>

FRANKEN, Svetlana, 2007. *Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund: Arbeitsbericht einer Expertise im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*. Köln: FH Köln, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

GEWERBEORDNUNG (GewO) vom 22.02.99, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 11.11.16 (BGBl. I, S. 202)

HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT, 2018. *Gewerbeanzeigen in Hessen im 3. Vierteljahr 2017* [online]. Wiesbaden: Hessisches Statistisches Landesamt [Zugriff am: 07.03.18]. Verfügbar unter: [https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/DI2\\_17-3vj.pdf](https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/DI2_17-3vj.pdf)

HILLMANN, Felicitas, 2011. *Marginale Urbanität: Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung*. Bielefeld: transcript. Stadt- und Raumsoziologie. ISBN 978-3-8376-1938-6

HILLMANN, Felicitas und Elena SOMMER, 2011. Döner und Bulette revisited oder: was man über migrantische Ökonomien genau wissen kann. In: Felicitas HILLMANN, Hrsg. *Marginale Urbanität: Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung*. Bielefeld: transcript, S. 23–86. ISBN 978-3-8376-1938-6

JUNG, Martin, Michael UNTERBERG, Mirko BENDIG und Britta SEIDL-BOWE, 2011. *Unternehmensgründungen von Migranten und Migrantinnen: Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)* [online]. Berlin: Evers & Jung [Zugriff am: 09.08.18]. Verfügbar unter: <http://195.43.53.114/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/migrantinnen-gruender,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

RICHTLINIE 2004/38/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES (Richtlinie 2004/38/EG) vom 29.04.04 (Amtsblatt der Europäischen Union L 158, S. 77)

STADT FRANKFURT AM MAIN, 2018. *Frankfurt am Main im Regional- und Großstädtevergleich 2016*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Materialien zur Stadtbeobachtung. 25

STADT FRANKFURT AM MAIN, 2017. *Frankfurt am Main: Stadtteildaten 2016*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Materialien zur Stadtbeobachtung. 24

STADT FRANKFURT AM MAIN, 2012. *Frankfurt am Main: Stadtteildaten 2011*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Materialien zur Stadtbeobachtung. 13

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2016. *Gewerbeanzeigenstatistik: Qualitätsbericht*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2007. *Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige: Ausgabe 2008 (WZ 2008)*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2003. *Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen: Ausgabe 2003*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

## 70 Jahre Tourismusstandort Frankfurt am Main – Entwicklung zum internationalen Anziehungspunkt für Geschäfts- und Städtereisen

Ralf Schröder und Christian Stein

Die zentrale, verkehrsgünstige Lage und die weit- hin bekannte Messe machten Frankfurt am Main bereits vor dem zweiten Weltkrieg zu einem Anziehungspunkt für in- und ausländische Gäste. Zusätzlich begünstigt durch seine Funktion als Finanz- und Wirtschaftszentrum und als Standort des größten Flughafens in Deutschland, wurde Frankfurt in den letzten Jahrzehnten zu einem attraktiven Ziel für Geschäftsreisende.

Wegen seiner guten Erreichbarkeit, des vielfältigen Hotelangebots sowie der großen Auswahl an unterschiedlichen Veranstaltungsorten entwickelte sich die Stadt außerdem zu einem bedeutenden Kongress- und Tagungsstandort. Die zahlreichen Kultur- und Museumsangebote sowie die in Deutschland einmalige Mischung aus Hochhausarchitektur und historischen Altstadtelementen machen die Mainmetropole darüber hinaus zu einem Anziehungspunkt für den Städtetourismus.



Frankfurt am Main als Anziehungspunkt für Geschäfts- und Städtereisende.

### Historische Entwicklung mit kurzen Krisenmomenten

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung des Tourismusstandorts Frankfurt am Main seit dem zweiten Weltkrieg. Im Durchschnitt der zurückliegenden sieben Jahrzehnte haben sich die Gäste- und Übernachtungszahlen aus dem In- und Ausland vervielfacht. Diese Entwicklung – während der Mehrzahl der Jahre positiv – war jedoch immer wieder den Auswirkungen globaler Krisen ausgesetzt. Die Datenanalyse zeigt deren

Einfluss auf das Gästeaufkommen und verdeutlicht dabei auch die Stabilität des Tourismusstandorts Frankfurt am Main gegenüber negativen konjunkturellen Einflüssen und stellt ein Vergleich mit anderen deutschen und europäischen Metropolen her.

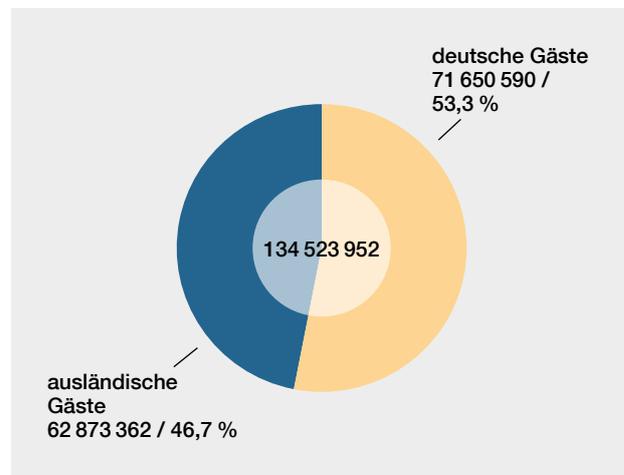
### Grenzen und Ergänzungen der Beherbergungsstatistik

Die amtliche Beherbergungsstatistik kann jedoch keinen allumfassenden Blick auf die Entwicklung des Tourismusstandorts bieten. An den Beispielen der Differenzierung von Privat- und Geschäftsreisen sowie neuen Beherbergungs- und Vertriebsformen wird daher abschließend erläutert, welche weiteren Quellen (zukünftig) für die statistische Beschreibung des Tourismusstandorts Frankfurt herangezogen werden können.

### Mehr als 134 Millionen Gäste in den letzten 70 Jahren

Frankfurt am Main hat durch seinen internationalen Flughafen, mit mehr als 64 Millionen Fluggästen im Jahr 2017, sowie als globaler Finanz- und Handelsplatz einen weltweiten Bekanntheitsgrad erreicht. Entsprechend stark ist die Zahl der Gäste, die Frankfurt am Main besuchten, in den letzten 70

Abb. 1 Deutsche und ausländische Gäste zwischen 1947 und 2017



Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

### Methodik der amtlichen Beherbergungsstatistik

Die amtliche Beherbergungsstatistik erfasst Betriebe mit zehn und mehr Betten. Sie berücksichtigt dabei verschiedene Betriebsarten – Hotels, Garni-Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Jugendherbergen, Heime, gewerbliche Ferienhäuser und -wohnungen – sowie die Herkunft der Gäste und die Anzahl der von Ihnen in Anspruch genommenen Übernachtungen. Als Gäste im Sinne der amtlichen Beherbergungsstatistik werden damit nur Menschen gezählt, die mindestens eine Übernachtung absolvieren.

Bis 2009 erfolgte die Erhebung der Beherbergungsstatistik durch die Kommunen. Seit dem Jahr 2010 wird sie als amtliche Statistik des Landes Hessen durchgeführt. Dieser Wechsel markiert gleichzeitig den Ausgangspunkt eines neuen Vorgehens gegenüber den meldenden Institutionen mit der Anwendung von Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtmeldung oder mangelhafter Plausibilität. Das damit korrespondierende Meldeverhalten führt zu einer positiven Niveaushiftung in der Beherbergungsstatistik ab dem Jahr 2010. Die Werte bis 2009 sind daher mit den Angaben seit 2010 nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Daten werden im Rahmen einer monatlichen, schriftlichen Befragung erhoben (Statistisches Bundesamt, 2018, S. 7). Auskunftspflichtig sind die Inhaber oder Leiter der Beherbergungsbetriebe, deren Anschriften und wichtigste Betriebsmerkmale im statistikinternen Unternehmensregister verwaltet werden.

Bei der Datenaufbereitung werden für alle Erhebungseinheiten, die bis zu einem festgelegten Zeitpunkt keine Meldung abgegeben haben (Antwortausfälle), Imputationswerte ermittelt. Dazu werden die Werte vergleichbarer Einheiten, die Angaben geliefert haben und vorhandene, ältere Angaben des jeweiligen Betriebes genutzt. Nachträglich eingehende Betriebsmeldungen ersetzen innerhalb des laufenden Kalenderjahres ursprünglich imputierte Angaben. Außerdem werden unplausible Angaben durch Imputationen und in Ausnahmefällen auch durch manuelle Korrekturen ersetzt.

Bei der Monatserhebung im Tourismus handelt es sich um eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht für alle Beherbergungsbetriebe oberhalb der Abschnidegrenze von zehn und mehr Schlafgelegenheiten bzw. Stellplätzen. Folglich sind stichprobenbedingte Ungenauigkeiten oder die bei freiwilligen Auskünften typischen Fehlerquellen ausgeschlossen. Diese Rahmenbedingungen in Verbindung mit Plausibilitätsprüfungen durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie leistungsfähige Imputationsverfahren, führen zu sehr validen Angaben zum Beherbergungswesen in Betrieben mit mehr als zehn Schlafgelegenheiten. Wegen der einheitlichen Methodik zur Auswahl der dargestellten Einheiten und zur Aufbereitung der Meldedaten sind die Ergebnisse bundesweit sehr gut vergleichbar.

Jahren gestiegen. 134523952 Besucherinnen und Besucher, das entspricht fast der Bevölkerung der Russischen Föderation, bereisten in der Zeit von 1947 bis 2017 die Stadt. Neben den Gästen aus Deutschland trugen nicht zuletzt auch die Gäste aus dem Ausland zu dieser Entwicklung bei. Fast jeder zweite Gast (46,7 %) kam aus dem Ausland.

#### Heute fast 42-mal mehr Gäste als 1947

In den Jahren von 1947 bis 2017 ist das Gästeaufkommen um das 41-fache sowie das Übernachtungsaufkommen um das 37-fache angestiegen (siehe Tabelle 1, Seite 50). Bis auf kurze Unterbrechungen unter anderem während der Ölkrise 1973, der Wirtschaftskrise 1993, der Zeit nach dem 11. September 2001 sowie der Bankenkrise 2009 haben sich die Gäste- und Übernachtungszahlen kontinuierlich erhöht.

Im Jahr 1947 bereisten 133 559 Gäste die Stadt. Sie buchten 254 000 Übernachtungen. Bereits im Jahr 1952 fiel die Millionenmarke bei den Übernachtungen (1 053 470). Schon sieben Jahre später konnten mehr als eine Million (1 013 158) Gäste in Frankfurt am Main begrüßt werden. Gerade im Hinblick auf den Wiederaufbau wurde die Stadt somit sehr schnell wieder zu einem attraktiven Reiseziel.

Ab 2010 setzte nochmals ein verstärktes Wachstum sowohl beim Gäste- (+52 %) als auch beim Übernachtungsaufkommen (+57,3 %) ein, bis im Jahr 2017 ein neuer Höchstwert von 5 601 761 Gästen und 9 544 368 Übernachtungen erreicht wurde.

#### Während der Ölkrise erstmals weniger Gäste

Seit 1947 stiegen die Gäste- und Übernachtungszahlen mehr als zwei Jahrzehnte fast kontinuierlich

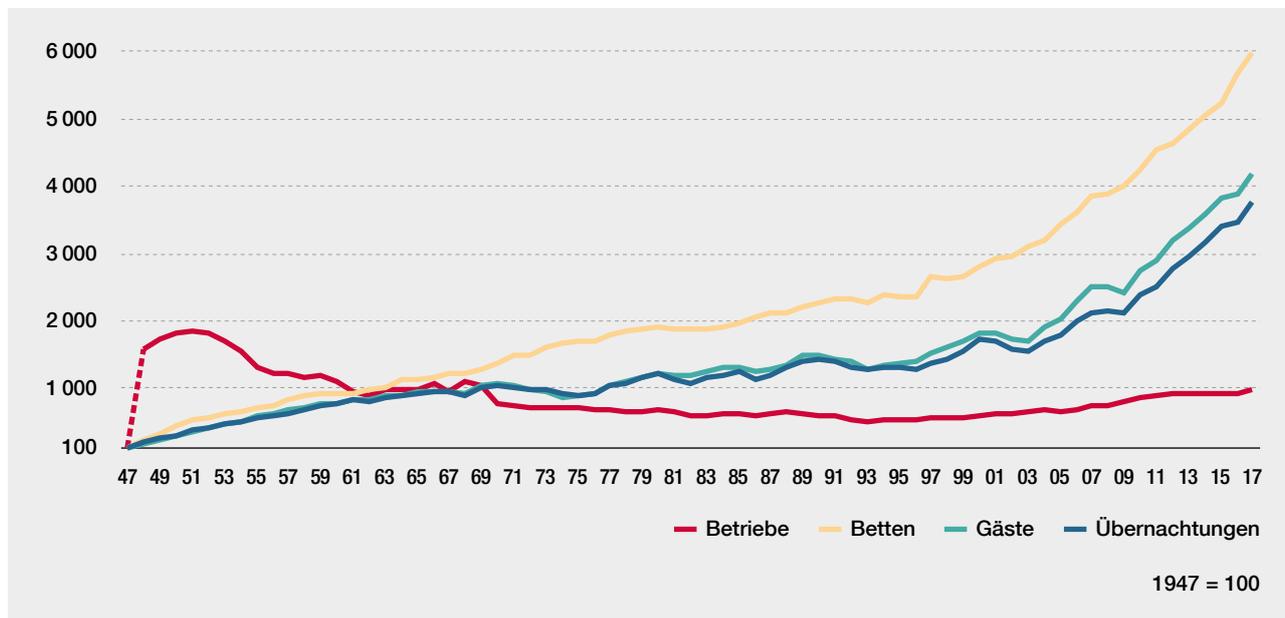
**Tab. 1 Tourismus in Frankfurt am Main 1947 bis 2017**

Jahr	Betriebe (1) (2)	Betten (1) (3)	Gäste			Übernachtungen		
			ins- gesamt	aus Deutschland	aus dem Ausland (4)	ins- gesamt	aus Deutschland	aus dem Ausland (4)
1947	29	868	133 559	131 922	1 637	254 000	250 891	3 109
1949	501	2 916	297 715	267 679	30 036	635 930	557 994	77 936
1951	535	4 532	481 119	368 617	112 502	973 412	751 867	221 545
1953	496	5 257	637 701	441 829	195 872	1 194 058	830 901	363 157
1955	382	6 287	790 428	523 291	267 137	1 456 707	978 725	477 982
1957	353	7 262	910 565	617 797	292 768	1 598 402	1 062 011	536 391
1959	346	7 954	1 013 158	689 734	323 424	1 900 057	1 281 771	618 286
1961	277	7 856	1 114 636	723 968	390 668	2 101 015	1 381 925	719 090
1963	288	8 700	1 172 548	762 364	410 184	2 203 616	1 428 166	775 450
1965	287	9 882	1 269 392	785 750	483 642	2 372 572	1 472 007	900 565
1967	273	10 454	1 265 762	752 161	513 601	2 376 410	1 429 608	946 802
1969	299	10 992	1 378 318	747 235	631 083	2 550 849	1 436 999	1 113 850
1971	218	12 878	1 393 231	715 105	678 126	2 531 548	1 362 605	1 168 943
1973	209	13 862	1 286 328	689 322	597 006	2 492 578	1 366 430	1 126 148
1975	202	14 640	1 170 668	585 868	584 800	2 283 274	1 198 065	1 085 209
1977	194	15 405	1 408 382	653 756	754 626	2 610 001	1 268 673	1 341 328
1979	192	16 174	1 552 737	709 874	842 863	2 930 120	1 388 986	1 541 134
1981	185	16 364	1 569 699	701 830	867 869	2 884 382	1 338 489	1 545 893
1983	173	16 380	1 651 576	702 814	948 762	2 911 756	1 317 024	1 594 732
1985	177	17 094	1 767 720	683 796	1 083 924	3 160 899	1 339 422	1 821 477
1987	183	18 343	1 694 709	696 335	998 374	3 042 219	1 364 922	1 677 297
1989	178	19 149	1 970 409	847 026	1 123 383	3 530 227	1 575 061	1 955 166
1991	167	20 233	1 894 823	867 400	1 027 423	3 561 853	1 660 739	1 901 114
1993	146	19 700	1 719 431	789 738	929 693	3 221 615	1 463 512	1 758 103
1995	155	20 388	1 831 946	847 189	984 757	3 291 046	1 475 902	1 815 144
1997	163	22 970	2 015 490	997 499	1 017 991	3 461 765	1 659 880	1 801 885
1999	163	23 165	2 274 184	1 139 991	1 134 193	3 940 247	1 950 973	1 989 274
2001	183	25 277	2 408 655	1 271 769	1 136 886	4 299 671	2 253 349	2 046 322
2003	187	26 950	2 268 294	1 171 955	1 096 339	3 935 015	1 978 611	1 956 404
2005	192	29 869	2 721 262	1 402 694	1 318 568	4 577 341	2 288 183	2 289 158
2007	217	33 321	3 332 759	1 797 546	1 535 213	5 388 088	2 853 558	2 534 530
2009	233	34 670	3 219 926	1 816 069	1 403 857	5 347 374	3 002 529	2 344 845
2011	259	39 499	3 873 914	2 192 794	1 681 120	6 383 869	3 570 307	2 813 562
2013	271	41 918	4 487 602	2 542 005	1 945 597	7 498 881	4 146 289	3 352 592
2015	265	45 333	5 104 961	2 896 708	2 208 253	8 676 721	4 784 992	3 891 729
<b>2017</b>	<b>280</b>	<b>51 815</b>	<b>5 601 761</b>	<b>3 246 842</b>	<b>2 354 919</b>	<b>9 544 368</b>	<b>5 353 580</b>	<b>4 190 788</b>

Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

(1) Bis 1980 Betriebe und Betten zum Stichtag: 1. April; 1981 bis 2000 zum Stichtag: 1. Januar; seit 2001 zum Stichtag: 31. Dezember.  
 (2) Bis 1951 einschließlich Massenunterkünfte, 1948 bis 1966 einschließlich nichtgewerbliche Privatzimmer, 1948 bis 1995 einschließlich gewerbliche Privatzimmer, seit 1957 einschließlich Campingplätze, seit 2010 einschließlich Erholungs- und Ferienheime, Ferienhäuser und -wohnungen, Hütten, Schulungsheime sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. (3) Seit 2003 einschließlich Stellplätze auf Campingplätzen. (4) Seit 1994 einschließlich Fälle ohne Angabe zum Herkunftsland.

Abb.2 Betriebe, Betten, Gäste und Übernachtungen 1947 bis 2017



Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

an, bis im Jahr 1970 ein neuer Höchststand von 1,4 Millionen Gästen und 2,6 Millionen Übernachtungen erreicht war. Erst danach setzte ein Rückgang beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen ein. Verstärkt durch die Ölkrise 1973, die zu einer nie gekannten Energieknappheit führte, kam es bis ins Jahr 1974 zu einer Verringerung um ein Fünftel (-20 %) auf 1 152 147 Gäste (siehe Abbildung 3, Seite 52). Der Tiefpunkt beim Übernachtungsaufkommen in dieser Zeit wurde im Jahr 1975 mit 2 283 274 Übernachtungen erreicht. Erstmals nach dem Wirtschaftswunder war eine Verringerung des Gäste- und Übernachtungsaufkommens zu verzeichnen. 1978 übertrafen die Gäste- und Übernachtungszahlen dann wieder das Niveau von 1970. In den darauffolgenden zwölf Jahren bis 1990 wuchs die Zahl der Gäste um mehr als ein Drittel (36,4 %).

### Rückgang des Gästeaufkommens auch nach der Wiedervereinigung

Der Rückgang der Produktivität, die in großen Teilen nicht wettbewerbsfähige Ostwirtschaft sowie hohe Lohnabschlüsse und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit führten im Jahr 1993 bis dato zur schwersten Wirtschaftskrise in Deutschland. Diese Krise wirkte sich auch auf den Tourismus in Frankfurt aus. Konnte 1990 – im Jahr der deutschen Einheit – ein neuer Rekord von fast zwei Millionen Gästen sowie 3,6 Millionen Übernachtungen verzeichnet werden, so sind die Zahlen bis ins Jahr 1993 um 13,8 Prozent (-274 465) auf 1 719 431 Gäste sowie bei den

Übernachtungen um 13,7 Prozent (-441 065) auf 3 211 273 bis ins Jahr 1996 zurückgegangen.

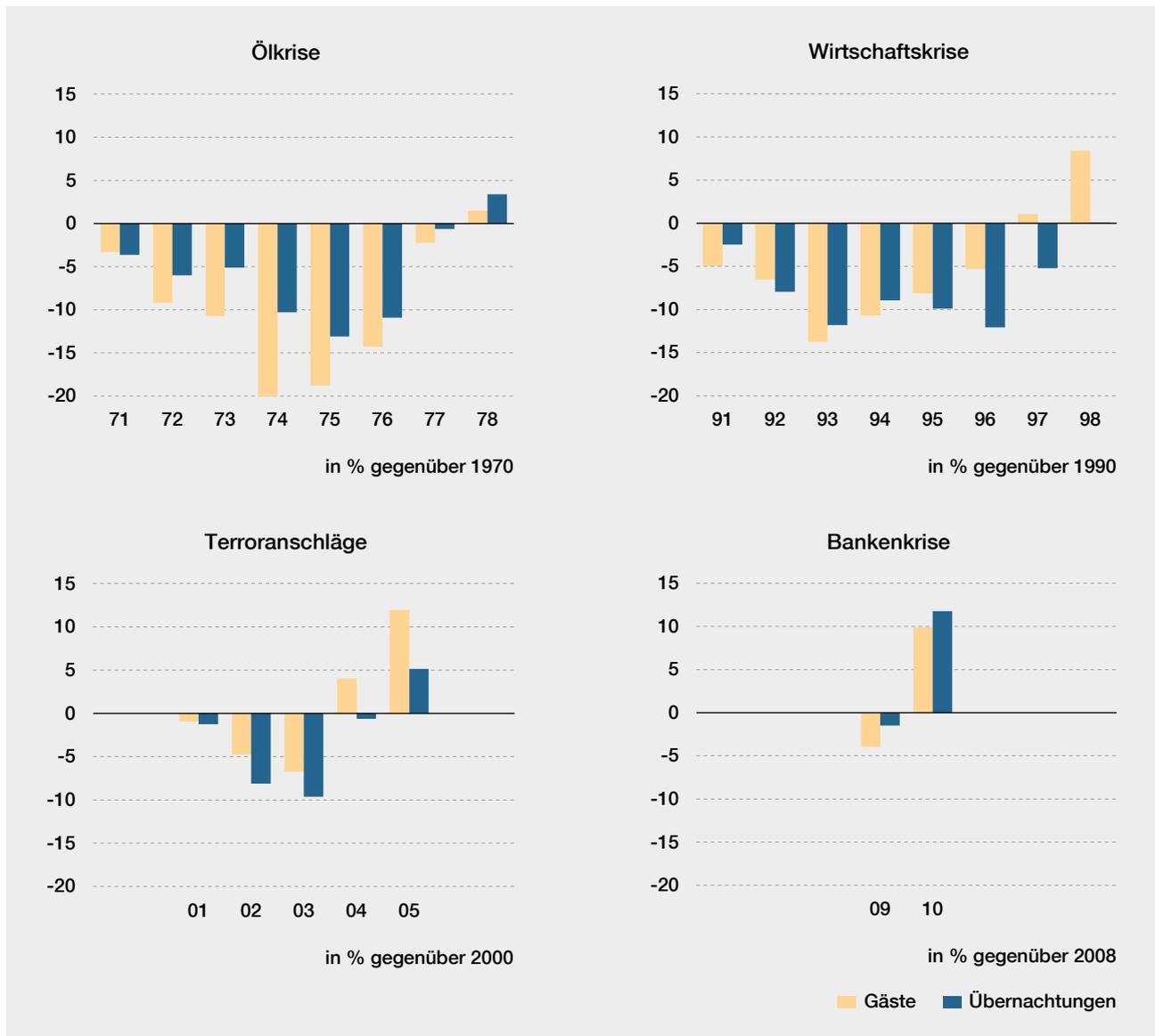
### Sicherheits- und Bankenkrise mit geringen Auswirkungen

Auch der 11. September 2001 und die Bankenkrise 2009 trugen zu einer Verringerung des Gästeaufkommens bei. Der Rückgang fiel allerdings nicht so stark aus wie bei den vorherigen Krisen. Von 2001 bis 2003 gingen die Gästezahlen lediglich um 5,8 Prozent von 2 408 655 auf 2 268 294 Gäste zurück. Im letzten Jahrzehnt wird die ohnehin positive Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen in Frankfurt am Main vom allgemein robusten Trend des Städtetourismus in Deutschland gestützt. So gilt mit Blick auf die Bankenkrise für Frankfurt, was auch als bundesweite Entwicklung im Städtetourismus identifiziert wird: „Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat lediglich zu einem kleineren Abschwung geführt“ (Hollbach-Grömig, 2011, S. 16). Während der Bankenkrise 2009 reduzierte sich die Zahl der Gäste in Frankfurt um vier Prozent auf 3 219 926. Im folgenden Jahr stiegen die Besucherzahlen bereits wieder deutlich an.

### Fast die Hälfte der Gäste kommt aus dem Ausland

In den Jahrzehnten seit 1947 haben insgesamt mehr als 60 Millionen ausländische Gäste Frankfurt besucht. 1947 – im ersten Jahr der Erhebung nach

**Abb.3 Entwicklung der Gäste und Übernachtungszahlen während der Ölkrise 1973, der Wirtschaftskrise 1993, der Terroranschläge 2001 und der Bankenkrise 2009**



Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

dem 2. Weltkrieg – reisten nur 1 637 Gäste aus dem Ausland nach Frankfurt am Main. In den darauffolgenden Jahren erhöhte sich der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer am Gästeaufkommen stark, so dass im Jahr 1984 erstmals mehr als eine Million ausländische Gäste (1 059 224) in Frankfurt begrüßt werden konnten. Dieses Wachstum setzte sich mit kurzen Unterbrechungen bis ins Jahr 2017 fort und erreichte mit 2 354 919 Gästen und 4 190 788 Übernachtungen einen neuen Höchststand.

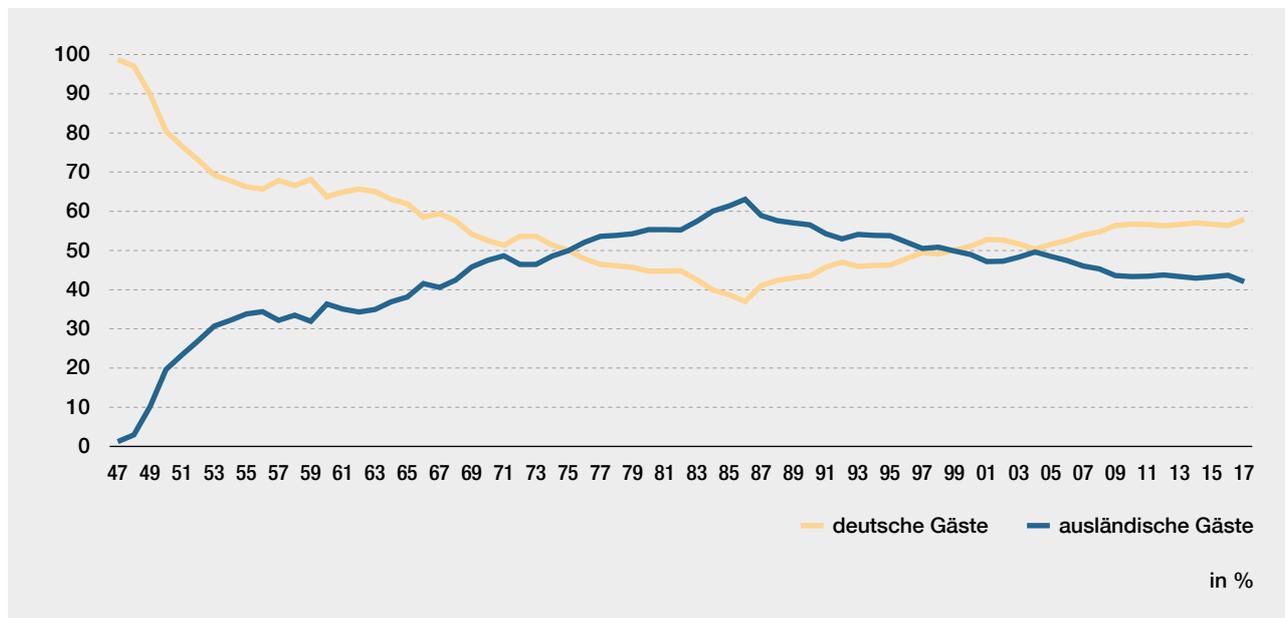
Die Attraktivität für ausländische Besucher verdeutlicht ihr hoher Anteil am Gesamtaufkommen.

men. In der Zeit von 1976 bis ins Jahr 1998 haben sogar mehr ausländische (durchschnittlich 55,2 %) als deutsche Gäste die Stadt besucht. Ab 1999 verringerte sich der prozentuale Anteil von Gästen aus dem Ausland wieder. Im Jahr 2017 lag der Anteil der ausländischen Gäste bei 42,9 Prozent.

### Schrittweise Ausdifferenzierung von Herkunftsländern in der amtlichen Beherbergungsstatistik

Ab dem Jahr 1950 wurde in der Fremdenverkehrsstatistik – erstmalig nach dem 2. Weltkrieg – das Gäste- und Übernachtungsaufkommen nach dem

Abb. 4 Anteil der deutschen und ausländischen Gäste am Gästeaufkommen 1947 bis 2017



Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

Herkunftsland<sup>1</sup> ausgewiesen. Dieser differenziertere Blick auf die Zahl ausländischer Gäste war zunächst auf die bedeutendsten Herkunftsländer beschränkt. Insgesamt acht einzelne Staaten<sup>2</sup>, das übrige Europa sowie das sonstige Ausland wurden bis 1966 statistisch erfasst. Seit 1967 wurden auch Gäste mit Herkunft aus Japan getrennt registriert. Eine Gliederung des Gäste- und Übernachtungsaufkommens nach Kontinenten und einer größeren Zahl von Ländern erfolgt seit 1989.

### Höchstes Gästeaufkommen aus Europa

Durch die räumliche Nähe zu Deutschland kamen erwartungsgemäß die meisten ausländischen Gäste aus Europa. Im Jahr 1950 reisten mehr als die Hälfte (57,4 %) der ausländischen Besucherinnen und Besucher aus einem europäischen Staat ein (siehe Tabelle 2, Seite 56). Ihr Anteil nahm in den darauffolgenden Jahren sukzessive ab.

### Starker Anstieg des Anteils der Gäste aus dem europäischen Ausland nach der Wende

Die Öffnung der östlichen Grenzen in Europa im Jahr 1990 führte dann zum stärksten Anstieg des europäischen Gästeanteils in den letzten 70 Jahren.

<sup>1</sup> Erfasst wird nicht die Staatsangehörigkeit sondern das Herkunftsland der Gäste.

<sup>2</sup> Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Italien, Österreich, Niederlande, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich.

Erstmals konnten auch Gäste aus dem osteuropäischen Raum die Stadt besuchen. Zwischen 1990 und 1991 stieg das europäische Gästeaufkommen um mehr als ein Fünftel (+22,3 %) an.

Der Anteil der europäischen Gäste am gesamten ausländischen Gästeaufkommen fiel seit 1950 um 14,5 Prozentpunkte auf 42,9 Prozent. Die Gäste aus Europa stellen jedoch weiterhin das größte ausländische Gästekontingent. Der Rückgang ihres Anteils am gesamten ausländischen Gästeaufkommen ist in erster Linie auf die starke Zunahme der Gäste aus dem asiatischen Raum zurückzuführen.

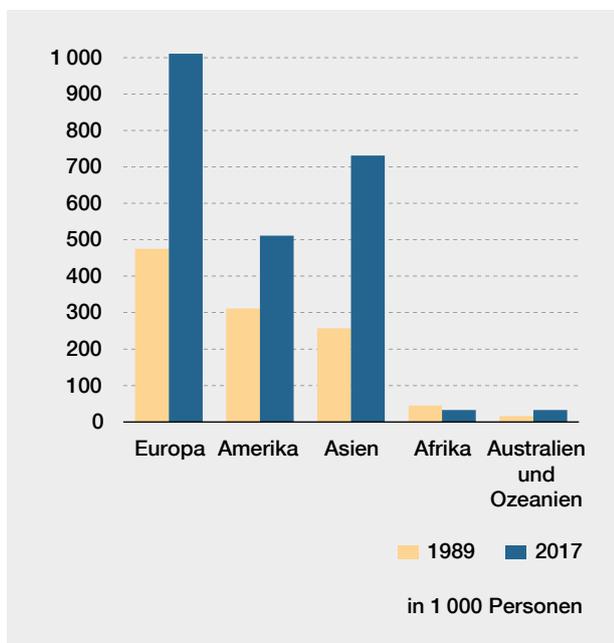
### Starker Zuwachs bei den asiatischen Gästen

Im Jahr 1989 kamen mit 475 141 die meisten ausländischen Gäste aus Europa gefolgt von Amerika mit 311 175 und Asien mit 256 692 Gästen (siehe Abbildung 5, Seite 54). Die wenigsten Gäste (16 191) reisten aus Australien und Ozeanien nach Frankfurt. Heute hat sich die Reihenfolge der Herkunftskontinente bei den ausländischen Gästen gegenüber dem Jahr 1989 etwas verändert. Wie 1989 kamen 2017 die meisten ausländischen Gäste aus einem europäischen Land (1 010 339) und die wenigsten aus Australien (32 677). Mit 731 010 Gästen stand Asien vor Amerika (511 067) an zweiter Stelle der Herkunftskontinente. Das Gästeaufkommen aus dem asiatischen Raum hat sich seit der ersten statistischen Aufzeichnung nahezu verdreifacht und hat damit den größten Zuwachs zu verzeichnen.

## Mehr Gäste aus Übersee

Die große Zahl der ausländischen Gäste – insbesondere aus Übersee – ist nicht zuletzt auf die Nähe des Frankfurter Flughafens als internationalem Luftdrehkreuz zurückzuführen. Die gute Erreichbarkeit mit einer zunehmenden Zahl an Flugverbindungen insbesondere aus dem asiatischen und amerikanischen Raum trug zum starken Anwachsen der Gästezahlen bei. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung ist das Gästeaufkommen aus Asien insbesondere seit 2006 nochmals stark angestiegen. Die Gästezahlen haben sich bis 2017 mehr als verdoppelt (+103,2%).

**Abb. 5 Ausländisches Gästeaufkommen nach Kontinenten 1989 und 2017**



Quelle: Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

## Die meisten ausländischen Gäste kamen und kommen aus den Vereinigten Staaten

Länderspezifisch betrachtet kamen im Zeitraum von 1950 bis 2017 die meisten ausländischen Gäste aus den Vereinigten Staaten. 13 876 043 von ihnen übernachteten in dieser Zeit in Frankfurt. Dies entspricht einem Anteil von 22,4 Prozent am gesamten ausländischen Gästeaufkommen.

Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit – im Jahr 1950 – besuchten bereits wieder 20 874 Amerikanerinnen und Amerikaner die Stadt, deutlich mehr als die zweitgrößte Gruppe, die 7 625 Besucherinnen und Besucher aus der Schweiz. Auch in den darauffolgenden Jahren war das Gästeaufkommen aus den USA jeweils deutlich höher als das der übrigen Staaten. Bereits im Jahr 1960 kamen mehr als hunderttausend Gäste (103 265) aus den Vereinigten Staaten nach Frankfurt. Nur neun Jahre später hatte sich ihre Zahl mit 211 775 Gästen wiederum mehr als verdoppelt. Der aktuelle Höchststand wird 2017 mit 393 711 Gästen verzeichnet.

Auch beim ausländischen Übernachtungsaufkommen können die Besucherinnen und Besucher aus den USA die meisten Übernachtungen auf sich vereinen. Gut ein Fünftel (20,4 %) aller Übernachtungen (22 289 283) entfiel auf Besucherinnen und Besucher aus den Vereinigten Staaten.

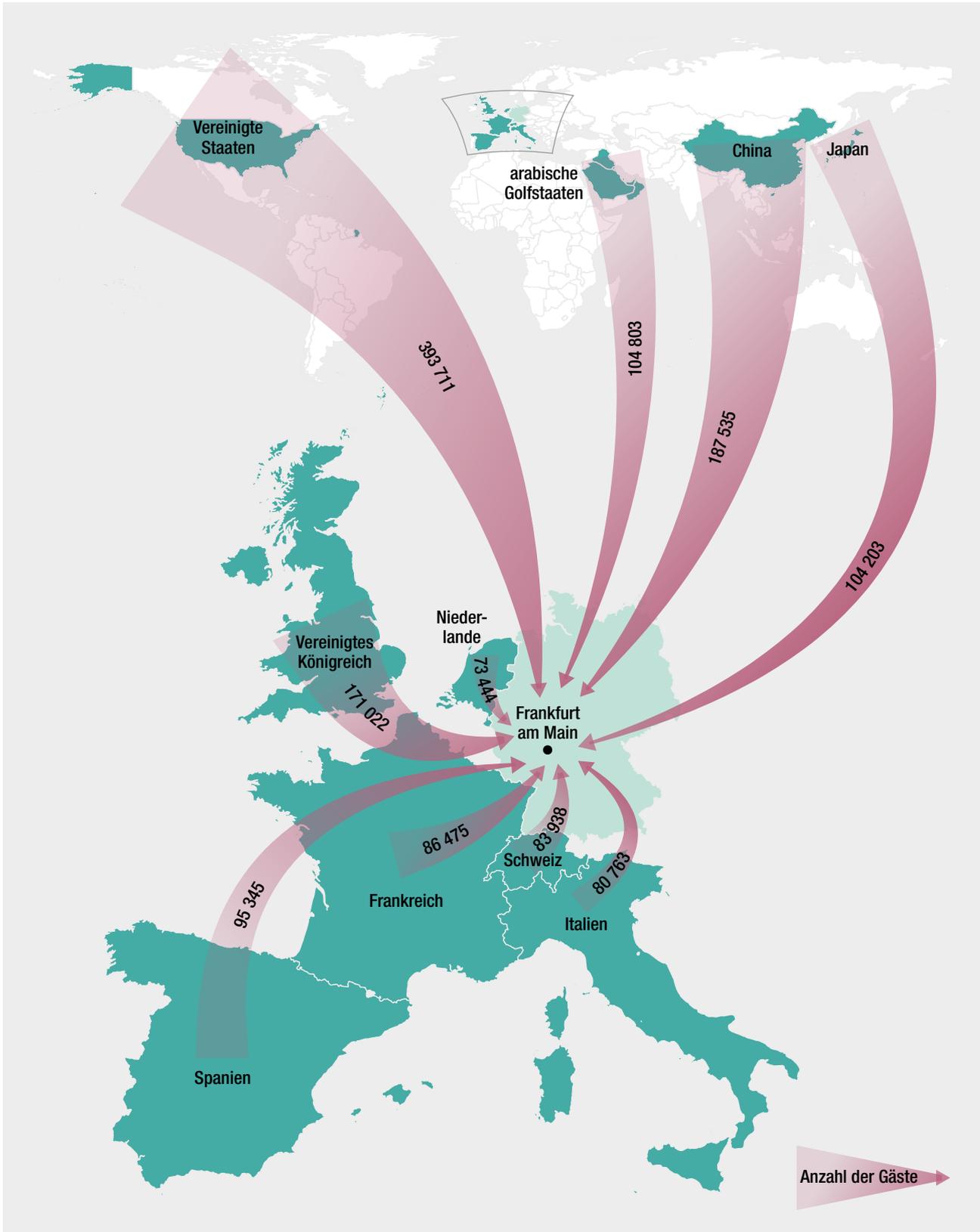
## China nach USA wichtigster Quellmarkt

Für den Tourismusstandort Frankfurt am Main haben die zehn Herkunftsländer mit dem höchsten Gästeaufkommen eine besonders große Bedeutung. Mehr als 1,3 Millionen Gäste reisten aus diesen Ländern im Jahr 2017 nach Frankfurt. Ihr Anteil betrug 58,7 Prozent am Gesamtaufkommen der 2 354 919 ausländischen Gäste. Aus den Vereinigten Staaten kamen auch im jüngsten Jahr der Statistik die meisten Reisenden (siehe Abbildung 6). 393 711 Besucherinnen und Besucher aus den USA konnte



Internationales Luftdrehkreuz Frankfurt begünstigt hohen ausländischen Gästeanteil.

Abb.6 Herkunftsländer mit dem höchsten Gästeaufkommen 2017



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

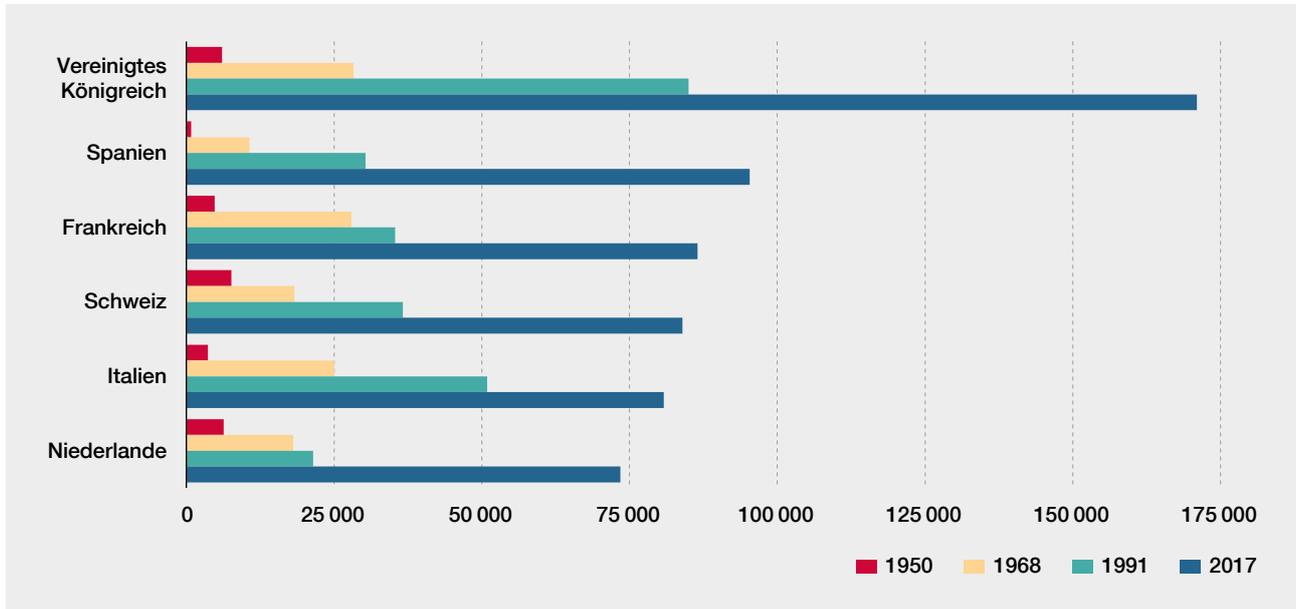
**Tab.2 Gäste in Frankfurt am Main 1950 bis 2017 nach dem Herkunftsland**

Jahr	Gäste aus dem Ausland							
	insgesamt (1)	aus Europa					USA	übriges Ausland
		insgesamt (2)	Vereinigtes Königreich	Italien	Frankreich	sonstige		
1950	72 911	41 832	6 011	3 631	4 801	27 389	20 874	10 205
1952	145 002	72 046	9 137	6 361	8 430	48 118	53 214	19 742
1954	210 341	102 432	12 613	9 886	11 414	68 519	73 021	34 888
1956	266 672	119 140	15 510	11 684	14 781	77 165	99 242	48 290
1958	300 391	149 285	21 034	18 914	19 448	89 889	92 070	59 036
1960	337 509	158 481	22 048	21 470	22 664	92 299	103 265	75 763
1962	331 245	157 003	20 225	23 600	23 261	89 917	94 329	79 913
1964	387 863	174 252	24 785	25 886	30 660	92 921	113 989	99 622
1966	479 003	191 304	31 629	26 987	33 333	99 355	164 541	123 158
1968	460 808	181 050	28 303	25 041	27 901	99 805	160 103	119 655
1970	609 180	212 819	35 766	30 116	32 290	114 647	223 312	173 049
1972	573 080	199 144	33 761	28 810	29 466	107 107	197 085	176 851
1974	536 928	196 783	36 150	25 714	26 066	108 853	126 329	213 816
1976	620 209	214 694	38 806	28 346	28 709	118 833	175 580	229 935
1978	766 977	261 089	49 612	39 869	32 308	139 300	224 362	281 526
1980	875 796	293 990	63 112	43 442	38 038	149 398	219 163	362 643
1982	851 423	261 529	51 032	36 076	31 408	143 013	189 105	400 789
1984	1 041 960	279 764	57 845	48 164	29 057	144 698	298 683	463 513
1986	1 026 158	296 283	64 898	43 095	30 277	158 013	247 761	482 114
1988	1 018 119	339 040	82 252	53 168	35 225	168 395	258 732	420 347
1990	1 105 845	351 051	90 197	54 971	37 682	168 201	282 815	471 979
1992	966 809	396 666	82 463	45 782	30 281	238 140	225 388	344 755
1994	998 005	443 859	84 689	39 577	38 707	280 886	195 484	358 662
1996	1 018 630	465 734	105 815	38 893	35 609	285 417	189 681	363 215
1998	1 126 534	538 970	130 852	49 638	37 857	320 623	231 548	356 016
2000	1 204 094	591 267	172 430	49 313	41 930	327 594	253 146	359 681
2002	1 101 589	543 646	150 766	45 094	39 190	308 596	223 623	334 320
2004	1 276 016	616 705	152 913	52 109	39 674	372 009	272 420	386 891
2006	1 487 366	735 260	170 746	59 104	48 090	457 320	270 666	481 440
2008	1 518 265	720 611	149 682	57 970	52 638	460 321	289 705	507 949
2010	1 596 323	745 635	138 092	67 845	59 126	480 572	285 481	565 207
2012	1 874 274	851 531	157 128	71 805	68 810	553 788	329 141	693 602
2014	2 057 070	922 493	168 468	73 137	77 224	603 664	328 680	805 897
2016	2 270 300	988 955	168 262	74 731	77 722	668 240	382 354	898 991
<b>2017</b>	<b>2 354 919</b>	<b>1 010 339</b>	<b>171 022</b>	<b>80 763</b>	<b>86 475</b>	<b>672 079</b>	<b>393 711</b>	<b>950 869</b>

Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

1950 bis 1966 ohne Jugendherbergen, einschließlich bei Großveranstaltungen in Privatquartiere belegte Zimmer, seit 1967 nur Hotels, Pensionen und Gasthöfe, seit 2010 einschließlich sämtlicher Beherbergungsbetriebe. (1) Seit 2001 einschließlich Fälle ohne Angabe zum Herkunftsland. (2) 1994 bis 2000 einschließlich Fälle ohne Angabe zum Herkunftsland.

Abb. 7 Gästeaufkommen ausgewählter europäischer Staaten 1950, 1968, 1991 und 2017



Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

die Stadt 2017 begrüßen. Mit deutlichem Abstand folgten 187 535 Gäste aus China. Auf den weiteren Plätzen lagen das Vereinigte Königreich (171 022), die arabischen Golfstaaten<sup>3</sup> (104 803) und Japan mit 104 203 Gästen. Die weiteren der zehn größten Herkunftsländer liegen in Süd- und Westeuropa.

### Die meisten europäischen Gäste kommen aus dem Vereinigten Königreich

Im Zeitraum von 1950 bis 2017 haben Gäste aus dem Vereinigten Königreich einen Anteil von 20,2 Prozent am gesamten europäischen Gästevolumen. Etwas weniger als 5,3 Millionen Gäste aus dem Vereinigten Königreich (5 296 851) besuchten in diesem Zeitraum die Stadt. Die waren fast doppelt so viele wie die 2 733 567 Besucherinnen und Besucher aus Italien, die Frankfurt im Lauf der zurückliegenden 67 Jahre bereisten.

Bereits im Jahr 1950 reisten wieder 41 832 Gäste aus Europa nach Frankfurt. Neben den Gästen aus der Schweiz hatten vor mehr als 60 Jahren die Besucherinnen und Besucher aus den Niederlanden (6 302) und dem Vereinigten Königreich (6 011) den höchsten Anteil unter den Gästen aus Europa.

Im Jahr 1968 kamen erstmals mehr Besucherinnen und Besucher aus Großbritannien als aus den jeweiligen anderen europäischen Staaten nach Frankfurt.

<sup>3</sup> Bahrain, Irak, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate.

Diese Verhältnisse bestehen bis heute fort. Im Jahr 2017 lag das Gästeaufkommen (171 022) um fast 80 Prozent höher als das der zweitplatzierten Spanierinnen und Spanier mit 95 345 Gästen.

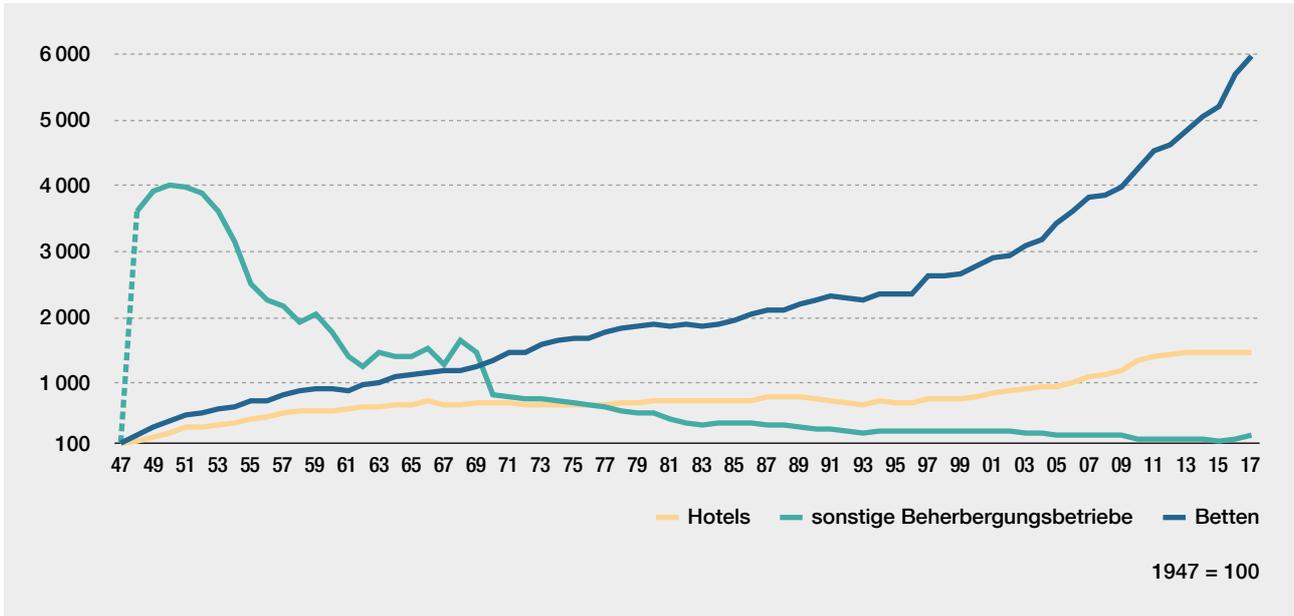
### Kurzzeitiger Rückgang der Gästezahlen durch den Brexit

Bei einem Referendum am 23. Juni 2016 stimmten 51,9 % der Britinnen und Briten für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Bisher kam es durch den sogenannten Brexit nur zu einem leichten Rückgang des Gästeaufkommens aus dem Vereinigten Königreich. Im Jahr 2016 gingen die Gästezahlen um 2,7 Prozent (-4 689) auf 168 262 Gäste zurück. Bereits im darauffolgenden Jahr konnte wieder ein Anstieg um 2 760 Besucherinnen und Besucher (+1,6 %) verzeichnet werden.

### Starkes Wachstum insbesondere in der Hotelbranche

Der Hotelmarkt in Frankfurt entwickelte sich seit 1947 außerordentlich dynamisch (siehe Abbildung 8, Seite 58). Parallel zu den stetig steigenden Gäste- und Übernachtungszahlen wurde in den letzten 70 Jahre auch das Hotelangebot entsprechend ausgebaut. Konnten im Jahr 1947 die Gäste nur zwischen 17 Hotels wählen, erhöhte sich das Angebot in den darauffolgenden Jahren stark. Bereits im Jahr 1960 gab es 100 Hotels in der Stadt. Das Hotelangebot hatte sich damit fast verfünffacht (+488,2 %).

**Abb.8 Hotels, sonstige Beherbergungsbetriebe und Bettenangebot 1947 bis 2017**



Quelle: bis 1980 Fremdenverkehrsstatistik; 1981 bis 2009 Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

Dieses Wachstum setzte sich, wenn auch in abgeschwächter Form, bis 2001 fort. Seit 2002 ist eine nochmals verstärkte Zunahme zu verzeichnen. In den letzten 15 Jahren ist das Hotelangebot um mehr als zwei Drittel (+68 %) von 150 auf 252 Hotels angestiegen. Mit der zunehmenden Zahl an Hotels hat die Bedeutung der übrigen Beherbergungsbetriebe wie u.a. Gaststätten, Jugendherbergen und Pensionen stetig abgenommen.



Im letzten Jahrzehnt entstanden viele Hotels in Innenstadt und Messenähe.

### Langjähriger Trend zu größeren Hotels

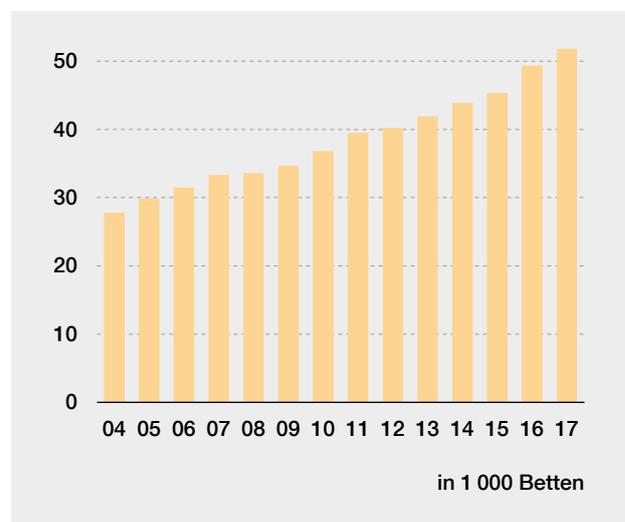
Nicht nur die Anzahl der Hotels erhöhte sich in den letzten Jahrzehnten, sondern insbesondere auch deren Bettenkapazität. Der Trend geht zu immer

größeren Hotels. Das Bettenangebot wurde im Laufe der letzten 70 Jahre stark vergrößert. Im Jahr 1947 lag die durchschnittliche Bettenkapazität je Hotel bei 35 Betten. Dieser Wert erhöhte sich bis 2017 um mehr als das fünffache auf 205 Betten pro Hotel.

### Bettenangebot heute auf Rekordniveau

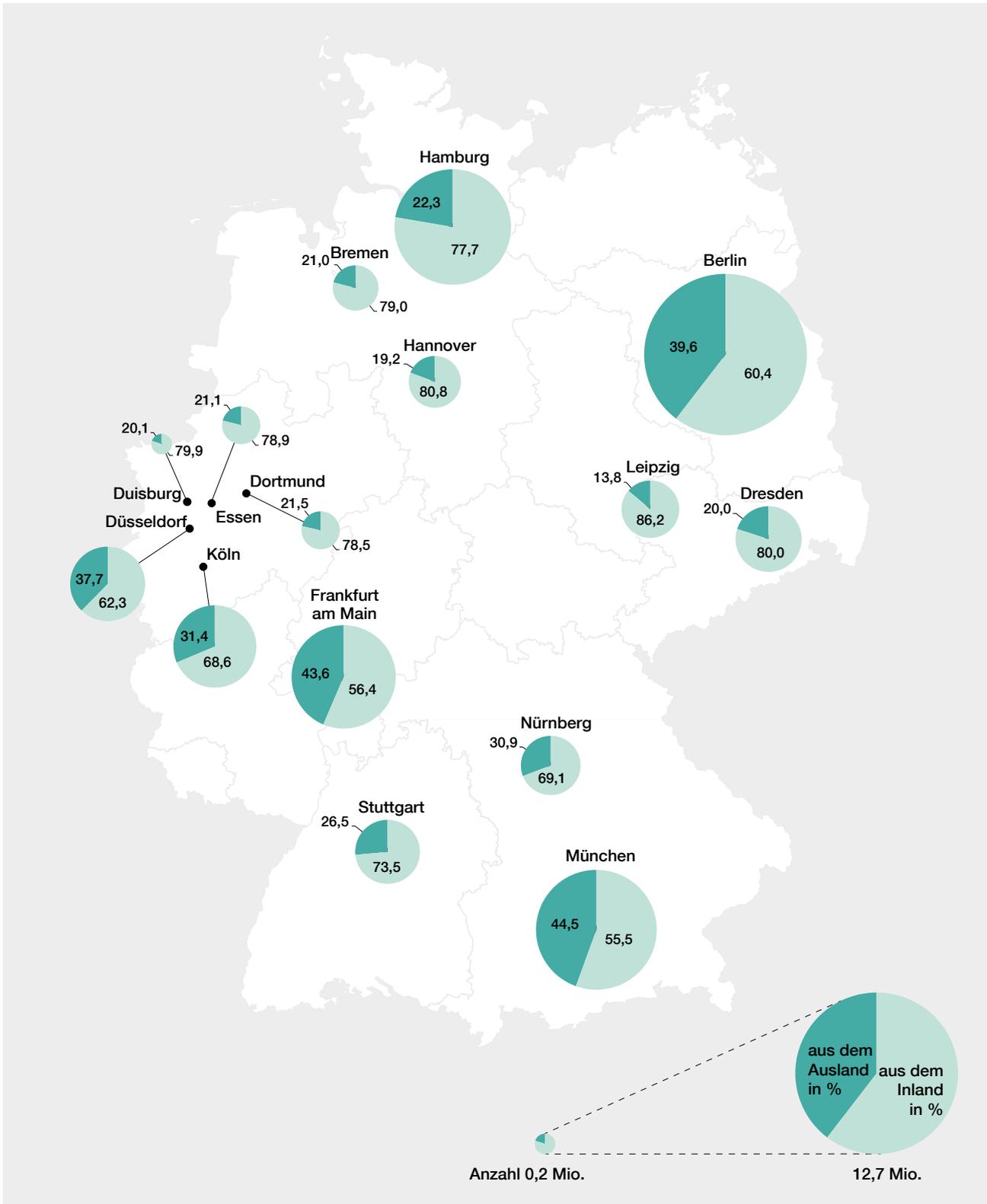
Mit dem steigenden Gäste- und Übernachtungsaufkommen wurde auch das Angebot der insgesamt

**Abb.9 Bettenangebot zwischen 2004 und 2017**



Quelle: Beherbergungsstatistik; seit 2010 Hessisches Statistisches Landesamt.

Abb. 10 Gästeaufkommen im Großstädtevergleich 2016



© GeoBasis-DE / BKG 2017 (Daten verändert)  
 Quelle: Angaben der Städte; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Eigenberechnung.

in der Stadt für die Beherbergung von Gästen verfügbaren Betten kontinuierlich erhöht. Im Jahr 1947 lag die Kapazität an Schlafgelegenheiten bei 868 Betten. Knapp zwanzig Jahre später, 1966, war das Bettenangebot um fast das Zwölfwache gestiegen und umfasste erstmalig mehr als zehntausend Betten (10138). In den darauffolgenden Jahren wurde das Bettenangebot, wenn auch nicht so stark, kontinuierlich erweitert. Insbesondere seit 2004 setzte nochmals ein starkes Wachstum der Hotelkapazitäten ein. Die Anzahl der Betten stieg um 86,5 Prozent von 27778 auf 51815 Betten. Den größten Zuwachs binnen eines Jahres gab es zwischen 2015 und 2016. In dieser Zeit kamen 4059 Betten (+9%) hinzu, zwischen 2016 und 2017 noch einmal 2423.

### Hoher Anteil an internationalen Gästen in Frankfurt

Im deutschen Städtevergleich nimmt Frankfurt am Main sowohl bei den Gästen als auch bei den Übernachtungen den vierten Platz hinter Berlin, München und Hamburg ein (siehe Abbildung 10, Seite 59). Frankfurt zieht damit mehr Übernachtungsgäste an als die Stadt Köln, die mit knapp über einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich größer ist.

Erwartungsgemäß hat Berlin das größte Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Nach den jüngsten vorliegenden Zahlen aus dem Jahr 2016 besuch-

ten 12731640 Gäste die Hauptstadt. Sie buchten mehr als 30 Millionen Übernachtungen (31067775). München folgt mit einigem Abstand auf dem zweiten Platz mit 7042487 Gästen. An dritter und vierter Stelle liegen Hamburg (6496751) und Frankfurt (52030588).

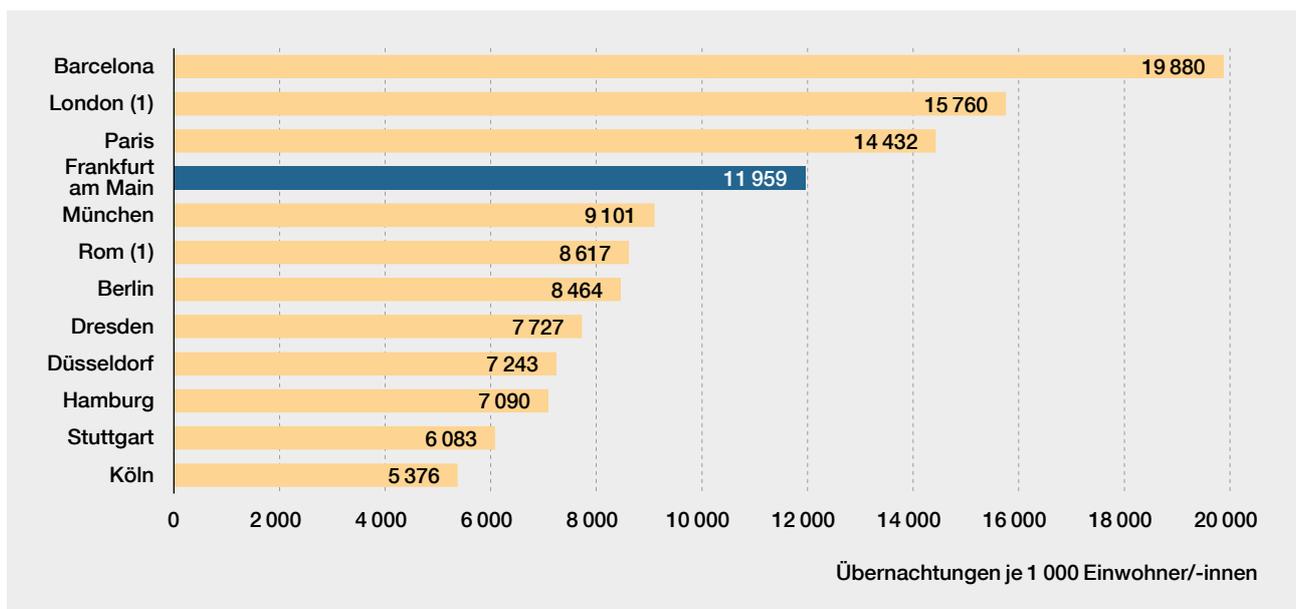
Auch mit Blick auf die Entwicklung in einem Zehnjahreszeitraum von 2003 bis 2013 stellt eine Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (2014, S. 11) fest: „Frankfurt misst sich in seiner Entwicklung direkt mit der bayerischen Landeshauptstadt und dem starken Messestandort Düsseldorf, liegt ansonsten, teilweise deutlich, vor den anderen Top-Städte-destinationen.“

Die Internationalität Frankfurts verdeutlicht der im Städtevergleich besonders hohe Anteil der ausländischen Gäste am gesamten Gästeaufkommen. Mit 43,6 Prozent liegt Frankfurt nur knapp hinter München (44,5%) auf dem zweiten Platz. Erst danach folgt Berlin (39,6%). Nur Düsseldorf kommt mit 37,7 Prozent noch annähernd an diese Werte heran. Die übrigen Städte haben einen Anteil von etwa 30 Prozent oder darunter.

### Frankfurt mit höchster Tourismusintensität unter deutschen Großstädten

Besonders deutlich wird die Attraktivität Frankfurts für Geschäfts- und Städtereisende, wenn man die

Abb. 11 Tourismusintensität in ausgewählten europäischen und deutschen Großstädten 2016



Quelle: Angaben der Städte; Frankfurter Allgemeine Zeitung; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Eigenberechnung.

(1) Daten aus 2015.

Zahl der Übernachtungen auf die Größe der Stadt bezieht. Bei der Tourismusintensität<sup>4</sup> erreicht Frankfurt mit fast 11 959 Übernachtungen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten Wert unter den deutschen Großstädten (siehe Abbildung 11). Mit einigem Abstand folgen München mit 9 101 und Berlin mit 8 464 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

### Frankfurt mit hoher Tourismusintensität auch im europäischen Metropolenvergleich

Auch im europäischen Metropolenvergleich ist die Stadt Frankfurt am Main in Relation zu ihrer Größe eine der bestbesuchten Städte. Hinter Barcelona (19 880), London (15 760) und Paris (14 432) liegt Frankfurt noch deutlich vor Rom (8 617) auf Rang 3 (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018).

### Keine Unterscheidung von Geschäfts- und Privatreisen in amtlicher Beherbergungsstatistik

Durch seine Bedeutung als Wirtschaftszentrum wird Frankfurt am Main bisher vor allem als Destination für Geschäftsreisende wahrgenommen. Der Anteil privat induzierter Reisen wird zurzeit mittels Befragungen und Extrapolation anderer Basisdaten durch die städtische Tourismus+Congress GmbH lediglich geschätzt (siehe dazu auch Infokasten „Differenzierung von Privat- und Geschäftsreisen“). Bisher fehlte somit die Möglichkeit, die in Frankfurt

### Tagungs- und Kongressstatistik der Stadt Frankfurt am Main

Für die Kongress- und Tagungsstatistik existiert im Gegensatz zur amtlichen Beherbergungsstatistik keine mit einer Auskunftspflicht verbundene Rechtsgrundlage. Die Daten zur Tagungs- und Kongressstatistik werden einmal jährlich mittels eines Fragebogens vom Frankfurt Convention Büro erhoben.

Die Angaben der Kongresshotels, der Hallen sowie der Tagungs- und Veranstaltungsstätten zur Anzahl der Veranstaltungen, deren Teilnehmerzahl sowie zur Größe und Dauer der Veranstaltungen, sind freiwillig. Für Institutionen, die nicht auf den Fragebogen antworten, werden die Daten auf Basis der Angaben der Vorjahre geschätzt. Unplausible Angaben werden herausgenommen.

Die aktuelle Tagungs- und Kongressstatistik aus dem Jahr 2017 basiert auf Auskünften von 103 Betrieben über ihr Tagungsgeschäft.

Zur Schätzung des Übernachtungsaufkommens aus dem Tagungs- und Kongressgeschäft wird angenommen, dass bei den mehrtägigen Tagungen und Kongressen die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Frankfurt übernachten.

### Differenzierung von Privat- und Geschäftsreisen

Alle Aktivitäten von Personen – unabhängig ob zu privaten oder geschäftlichen Zwecken – , die an Orte außerhalb ihrer gewohnten Umgebung reisen und sich dort nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung aufhalten, werden im Sinne der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO, 2009, S. 13) unter dem Begriff Tourismus gefasst.

Eine statistische Differenzierung von Privat- oder Freizeit- sowie Geschäftsreisen ist anhand der amtlichen Beherbergungsstatistik nicht möglich, da in dieser der Grund einer Reise nicht erfasst wird. Angaben zum Anteil der Privat- an den Geschäftsreisen basieren daher bisher auf Hochrechnungen auf der Basis von Stichproben aus Befragungen oder Schätzungen, die unter anderem durch Forschungsinstitute oder kommunale Tourismusagenturen erhoben bzw. herausgegeben werden.

Gesicherte Erkenntnisse zum Verhältnis von privat und geschäftlich induzierten Übernachtungen können in Frankfurt am Main erstmals über die statistische Erfassung einer Abgabe für Privatreisende gewonnen werden. Seit dem 1. Januar 2018 wird von der Stadt Frankfurt am Main eine Tourismusabgabe erhoben. Beitragspflichtig sind Personen, die nicht zur Ausübung ihres Berufes in Frankfurt sind und die eine entgeltliche Übernachtung in Anspruch nehmen. In Zukunft können so erstmals Angaben auf einer breiten empirischen Basis über den Anteil der Privatreisenden am gesamten Gästeaufkommen gemacht werden.

<sup>4</sup> Übernachtungen je 1 000 Einwohner/-innen bezogen auf die Bevölkerung mit Hauptwohnsitz.

übernachtenden Gäste bezüglich des Anlasses ihrer Reise präzise zu differenzieren.

### Kongressstatistik gibt Hinweise auf Bedeutung von Tagungen für Übernachtungszahlen

Neben der Differenzierung in privat oder geschäftlich induzierte Aufenthalte, ist es durch Sekundärstatistiken möglich, weitere Hinweise darauf zu erlangen, aus welchem Anlass Reisende in Frankfurt übernachten. So können durch die von der städtischen Tourismus+Congress GmbH (TCF) erhobenen Daten zu Tagungs- und Kongressveranstaltungen (siehe Infokasten „Tagungs- und Kongressstatistik der Stadt Frankfurt am Main“, Seite 61) Schlüsse auf die Zahl der Übernachtungen gezogen werden, die aus diesen Veranstaltungen resultieren.

### Rund 20 Prozent aller Übernachtungen resultieren aus dem Tagungs- und Kongressgeschäft.

Die jüngsten Zahlen aus der Tagungs- und Kongressstatistik legen nahe, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 18 190 mehrtägigen Veranstaltungen im Jahr 2017 substantiell zur Zahl der Übernachtungen beitrugen. Durch Tagungen und Kongresse wurden, so legt die Tourismus+Congress GmbH (2018, S. 11) in ihrer jährlich erscheinenden Statistik dar, „insgesamt 1,85 Millionen Übernachtungen (+2,7 % im Vergleich zum Vorjahresergebnis) generiert“. Rund 19,4 Prozent aller Übernachtungen in Frankfurt am Main stammten 2017 damit aus dem Tagungsgeschäft.

### Steigende Bedeutung neuer Beherbergungs- und Vertriebsformen

In den letzten Jahren haben sich neben den klassischen Beherbergungsbetrieben wie Hotels, Gasthöfen und Pensionen auch neue Beherbergungsarten entwickelt. Zu diesen zählen die vermehrte Vermietung von Privatwohnungen über Online-Portale und sogenannte Boardinghäuser.

### Statistische Erfassung von Boardinghäusern bisher nicht möglich

Bei Boardinghäusern mit sogenannten Serviced Apartments handelt es sich um Beherbergungsbetriebe in städtischer Umgebung, die sich meist an Langzeitnutzer wenden. Die Zimmer sind ähnlich wie private Wohnungen ausgestattet. Teilweise können hoteltypische Leistungen wie Reinigung und Wäscheservice hinzugebucht werden (DEHOGA, 2018). Da Boardinghäuser als Beherbergungsart nicht in der Wirtschaftszweigklassifikation 2008 enthalten sind, werden diese in der amtlichen Beher-

bergungsstatistik bisher nicht separat ausgewiesen sondern zurzeit den Ferienhäusern und -wohnungen zugeordnet.

### Neue Vertriebsformen begünstigen zunehmende Vermietung von Privatunterkünften

Ebenfalls nicht in der amtlichen Beherbergungsstatistik betrachtet werden Einrichtungen mit weniger als zehn Betten ((BeherbStatG), 2011, § 3) und eine Vielzahl über große Plattformen vermittelte Privatunterkünfte. Gerade im Bereich des Städtetourismus haben diese in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

### Beherbergungsstatistik des Portals Airbnb

Airbnb weist Angaben zu aktiven Unterkünften aus. Dabei handelt es sich um alle Unterkünfte, die zu einem Stichtag auf der Airbnb-Website erscheinen. Aktive Unterkünfte sind nicht unbedingt zu einem bestimmten Zeitpunkt oder generell verfügbar. Private Gastgeber nutzen zwischenzeitlich angebotene Räumlichkeiten u. U. phasenweise selbst oder halten den Verfügbarkeitskalender nicht aktuell.

Die Angaben zu Gästeankünften umfassen alle Gäste, die im Zusammenhang mit einer über das Portal gebuchten Unterkunft in Frankfurt am Main die Stadt während eines Bezugsjahres besuchen. Dazu zählen auch Gäste, die innerhalb eines Landes reisen. (Airbnb, 2018, S. 5)

Mit „derzeit über 4 Millionen Inseraten in 65 000 Städten und 191 Ländern“ (Mattes, 2017, S. 1), hat



Vermittlung von Privatunterkünften nimmt zu.

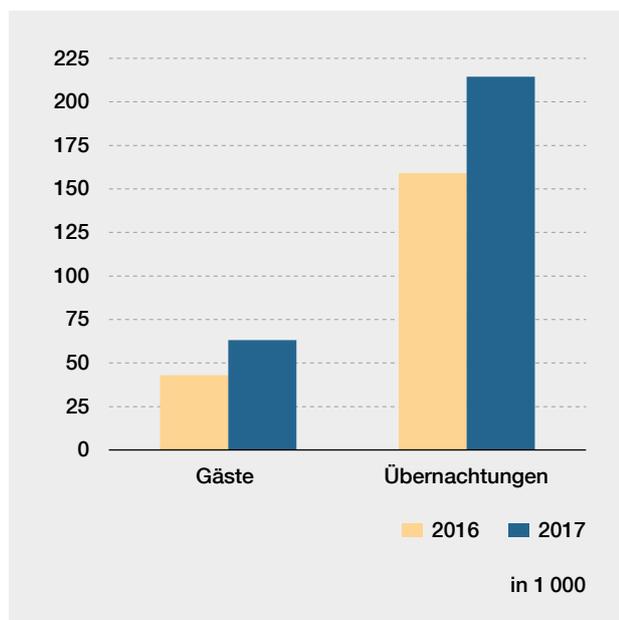
sich Airbnb als weltweit tätiger Online-Marktplatz etabliert, auf dem Gastgeber Unterkünfte inserieren und Gäste diese buchen können. Seit dem Jahr 2009 werden private und gewerbliche Beherbergungsangebote auch in Deutschland über die internetgestützte Plattform vertrieben. Sie finanziert sich aus Gebühren auf den Buchungspreis, die von den Gastgebern und Gästen erhoben werden (Airbnb, 2018a).

Gastgeber, die über diese Plattform agieren, sind überwiegend Privatpersonen, die entweder ein Zimmer in ihrer selbst bewohnten Wohnung oder die ganze Wohnung wiederholt kurzzeitig vermieten. Das Portal wird aber auch von gewerblichen Anbietern wie Betreibern von Ferienwohnungen, Bed & Breakfasts, familiengeführten Pensionen und sogenannten Serviced Apartments oder Boutique Hotels als Vertriebskanal genutzt.

### Starker Anstieg der Übernachtungen über Online-Plattform Airbnb

Die Plattform Airbnb bot im Jahr 2017 in Frankfurt am Main 2900 aktive Unterkünfte an (Airbnb, 2018b, S. 3) (siehe Infokasten „Beherbergungsstatistik des Portals Airbnb“). Diese Zahl stieg binnen eines Jahres – von 2000 Unterkünften im Jahr 2016 – um rund 45 Prozent an. Die Zahl der Ankünfte von

**Abb. 12 Gäste und Übernachtungen über Airbnb 2016 und 2017**



Quelle: Airbnb.

Gästen, die eine Unterkunft in Frankfurt über den Online-Marktplatz buchten, stieg von 2016 zu 2017 noch etwas stärker, um ca. 46,7 Prozent von rund 43 000 auf etwa 63 100.

Das Durchschnittsalter der Gäste, die das Angebot der Vermietungsplattform nutzten, lag bei 35 Jahren und damit deutlich unter dem Durchschnittsalter der Frankfurter Bevölkerung von 40,9 Jahren. Mit einer Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 3,4 Nächten blieben die Nutzerinnen und Nutzer des Online-Marktplatzes deutlich länger in der Stadt als die Gäste der klassischen Beherbergungsbetriebe mit durchschnittlich 1,7 Nächten. Sie absolvierten so mehr als 200 000 Übernachtungen. Dies entspricht rund 2,4 Prozent der Übernachtungen, die über die amtliche Beherbergungsstatistik erfasst wurden.

### Robuste, zumeist boomende Entwicklung des Übernachtungsstandortes

Der Tourismus in Frankfurt am Main hat sich in den letzten Jahrzehnten außerordentlich dynamisch entwickelt. Insbesondere in den letzten sechs Jahren wuchsen sowohl die Beherbergungsinfrastruktur als auch die Gäste- und Übernachtungszahlen in nochmals größerer Geschwindigkeit. Auch die Zahlen für das 1. Quartal 2018 zeigen, dass sich der langjährige Wachstumstrend fortsetzt. Im Vergleich zum Vorjahresquartal erhöhte sich das Gästeaufkommen um 6,5 Prozent und das Übernachtungsaufkommen um 8,7 Prozent. Mit einer Erhöhung der Gästezahlen um 5,4 Prozent trugen auch die Gäste aus dem Ausland zu diesem Ergebnis bei.

Gegenüber globalen Ereignissen mit potentielltem Einfluss auf das weltweite Reiseverhalten zeigt sich der Tourismusstandort Frankfurt am Main seit 1947



Neue Altstadt zielt auch auf Vermarktung Frankfurts als Destination für Städtereisen.

zunehmend widerstandsfähig. Weltwirtschaftlich schwierige Rahmenbedingungen oder angespannte Sicherheitslagen hatten einen immer kürzeren dämpfenden Einfluss auf das Gäste- und Übernachtungsaufkommen in der Stadt.

Die Vermarktung des Tourismusstandorts Frankfurt am Main ist durch die Einführung der Tourismusabgabe für Privatreisende finanziell gestärkt. Seit dem ersten Quartal 2018 werden zwei Euro je privat begründete Übernachtung, sowohl von den klassischen Beherbergungsbetrieben als auch von der Vermittlungsplattform Airbnb, erhoben. Diese Ein-

nahmen verwendet die Stadt zweckgebunden für Tourismusmarketing und -veranstaltungen.

Neue Impulse für die Steigerung der nationalen sowie internationalen Gästezahlen im Bereich der Städtereisen sind bereits gesetzt. Die Eröffnung der neuen Altstadt als eines der größten historisierenden Rekonstruktionsprojekte in Europa und seine Vermarktung auf internationalen Tourismusmessen zielt auf eine weitere Steigerung der Gästezahlen, insbesondere durch privatreisende Städtetouristinnen und -touristen.

## Literaturverzeichnis

- AIRBNB, 2018a. *Airbnb-Hilfecenter. Was sind Airbnb-Service-Gebühren?* [online]. San Francisco: Airbnb [Zugriff am: 06.06.18]. Verfügbar unter: <https://www.airbnb.de/help/article/1857/what-is-the-airbnb-service-fee>
- AIRBNB, 2018b. *Die Airbnb-Community in Frankfurt am Main*. Berlin: Airbnb
- DEHOGA, 2018. *Definition der Betriebsarten* [online]. Berlin: DEHOGA Bundesverband [Zugriff am: 12.06.18]. Verfügbar unter: <https://www.dehoga-bundesverband.de/zahlen-fakten/betriebsarten/>
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 2018. *Touristenzahlen in europäischen Großstädten* [online]: *In diesen Metropolen wimmelt es von Touristen*. 01.06.2018. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung [Zugriff am: 08.06.18]. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/grafik-des-tages-hoehe-der-erlaubten-vergeltungszoelle-15617935/touristenzahlen-in-15596693.html>
- GESETZ ZUR NEUORDNUNG DER STATISTIK ÜBER DIE BEHERBERGUNG IM REISEVERKEHR, BEHERBERGUNGSSTATISTIKGESETZ (BeherbStatG) vom 23.11.11 [online] [Zugriff am: 15.06.18]. Verfügbar unter: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/media/62FF57C449F4B53F85DA29CC152CA0E6/bgbl111060\\_9279.pdf](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/media/62FF57C449F4B53F85DA29CC152CA0E6/bgbl111060_9279.pdf) (BGBl. I S. 1642)
- HOLLBACH-GRÖMIG, Beate, 2011. *Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor: (Handlungsfelder, Trends und Perspektiven)*. In: *Difu-Berichte* [online]. **37**(4), S. 16 [Zugriff am: 07.06.18]. Verfügbar unter: <https://difu.de/sites/difu.de/files/archiv/publikationen/zeitschriften/difu-berichte/difu-berichte-2011-4.pdf>
- MATTES, Anselm, 2017. *Die lokalen Ausgaben der Airbnb-Gäste in Deutschland: Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung: Eine tourismusökonomische Analyse von DIW Econ* [online]. Berlin: DIW Econ [Zugriff am: 06.06.18]. Verfügbar unter: [https://diw-econ.de/wp-content/uploads/2017/11/DIW-Econ\\_Economic-Impact\\_Airbnb\\_9.0.pdf](https://diw-econ.de/wp-content/uploads/2017/11/DIW-Econ_Economic-Impact_Airbnb_9.0.pdf)
- STATISTISCHES BUNDESAMT, 2018. *Monatserhebung im Tourismus: Qualitätsbericht* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt [Zugriff am: 12.06.18]. Verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/BinnenhandelGastgewerbeTourismus/Tourismus.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/BinnenhandelGastgewerbeTourismus/Tourismus.pdf?__blob=publicationFile)
- TOURISMUS+CONGRESS GMBH, 2018. *Tagungs- und Kongress-Statistik 2017: Offizielle statistische Auswertung für die Stadt Frankfurt am Main* [online]. Frankfurt am Main: Tourismus+Congress GmbH [Zugriff am: 08.06.18]. Verfügbar unter: <https://www.frankfurt-tourismus.de/content/download/31109/724265/version/1/file/Tagungs%2BKongress-Statistik+2017+Frankfurt+am+Main.pdf>
- TOURISMUS+CONGRESS GMBH, 2014. *Wirtschaftsfaktor Tourismus in Frankfurt 2013: Ergebnisse der Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (dwif)* [online]. Frankfurt am Main: Tourismus+Congress GmbH, Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main; Hotel- und Gaststättenverband, DEHOGA Hessen, Kreisverband Frankfurt am Main e.V. [Zugriff am: 08.06.18]. Verfügbar unter: [https://www.frankfurt-main.ihk.de/imperia/md/content/pdf/standortpolitik/wirtschaftsfaktor\\_tourismus\\_in\\_frankfurt\\_2013.pdf](https://www.frankfurt-main.ihk.de/imperia/md/content/pdf/standortpolitik/wirtschaftsfaktor_tourismus_in_frankfurt_2013.pdf)
- UNWTO, 2009. *Glossary of tourism terms* [online]. Madrid: UNWTO [Zugriff am: 14.06.18]. Verfügbar unter: <http://statistics.unwto.org/sites/all/files/docpdf/glossaryterms.pdf>

### Wählen Frauen anders?

## 100 Jahre Frauenwahlrecht im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik

Dr. Michael Wolfsteiner

Vor 100 Jahren durften Frauen erstmals in Deutschland an Wahlen teilnehmen und bei Bundestagswahlen gibt es seit 65 Jahren die repräsentative Wahlstatistik. Zwei Jubiläen, die in ihrer Verbindung einen speziellen Blick auf die Wahlstatistik in Frankfurt am Main wert sind: Gab und gibt es geschlechtsspezifische Besonderheiten im Wahlverhalten? Wie hat sich das Wahlverhalten von Frauen bei Bundestagswahlen in den letzten 65 Jahren verändert?

### Ein langer Weg: 100 Jahre Frauenwahlrecht

Dass Frauen über ein deutsches Parlament abstimmen bzw. in dieses auch gewählt werden dürfen, ist erst seit 1918 möglich. Mit dem Reichswahlgesetz vom 30. November 1918 erhielten Frauen das aktive sowie passive Wahlrecht. Dieses Gesetz bildete die Grundlage der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung am 19. Januar 1919: Frauen konnten sich als Wählerinnen und Kandidatinnen beteiligen (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V., 2018).

Der Weg bis dahin war lang und schwierig. Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts stritten Akteurinnen aus verschiedenen Lagern der Frauenbewegung für das Frauenwahlrecht. Zwischen Bürgerlichen und Sozialistinnen gab es Unstimmigkeiten darüber, in welcher Weise dieses Wahlrecht durchgesetzt werden sollte. Nach langem Diskurs innerhalb der Frauenbewegung, aber auch einem gemeinsamen anhaltenden Eintreten und Streiten für die Sache, war es dann soweit: die Verantwortlichen konnten überzeugt werden (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V., 2018; Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2018).

In der nur wenige Tage alten Weimarer Republik verkündete am 12. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten in seinem Aufruf an das deutsche Volk (1918): „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“

Deutschland war damit in Europa das siebte Land, in dem es das Frauenwahlrecht gab. Vorreiter war 1906 Finnland, es folgten Norwegen 1913, im Jahr 1915 Dänemark und Island, dann 1917 Estland und früher im Jahr 1918 Lettland. Insgesamt führten

1918 fünf Länder das Frauenwahlrecht ein, neben den zwei bereits genannten waren dies Österreich, Polen und Luxemburg (Deutscher Bundestag, 2014).

Wie groß das Bedürfnis der Frauen nach politischer Partizipation war, zeigt ihre hohe Beteiligung bei der Wahl zur Nationalversammlung. 82,3 Prozent der weiblichen Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil – damit lag die Beteiligung genauso hoch wie bei den Männern mit 82,4 Prozent (Rohe, 1992, S. 124).

Darüber hinaus kandidierten 300 Frauen um einen Sitz in der Nationalversammlung. Letztlich zogen dann 37 Frauen in diese ein. Damit stellten die Frauen 8,7 Prozent der 423 Abgeordneten (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V., 2018).

### 65 Jahre repräsentative Wahlstatistik in Deutschland

Wahlstatistik wurde bereits bei der Reichstagswahl 1871 betrieben, zunächst aber nur allgemein. Einen ersten Ansatz für eine repräsentative Wahlstatistik gab es bei der Wahl zum Landtag 1903 in Sachsen. Diese zusätzliche Auszählung bezog sich allerdings nur auf die Wahlbeteiligung ohne Berücksichtigung des Alters. Frauen durften zu dieser Zeit ja noch nicht wählen, so dass das Geschlecht per se keine Rolle spielte. Einen Schritt weiter ging 1924 (nach Einführung des Frauenwahlrechts) eine nicht flächendeckende Erhebung unter Einbezug des Geschlechts – aber unabhängig vom Alter – in der Weimarer Republik (Schorn, 2009, S. 122).

Eine erste repräsentative Wahlstatistik, wie wir sie heute kennen, fand bei der zweiten Bundestagswahl 1953 auf Basis der „Verordnung über die Bundeswahlstatistik 1953“ (Bundestagswahlstatistik, 1953, S. 1) und § 30 Abs. 2 der damaligen Bundeswahlordnung (1953) statt. Dabei führten alle Bundesländer die Statistik durch, in zwei erfolgte aber die Erhebung getrennt nach Alter sowie Geschlecht und nicht kombiniert. Weitere vier Jahre später waren alle gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um eine bundesweit flächendeckende und in den Merkmalen vollumfängliche Repräsentativerhebung zu gewährleisten (Schorn, 2009, S. 122).

Wegen vielfach geäußerter Bedenken gegen die Wahl mit gekennzeichneten Stimmzetteln setzte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik bei

den Bundestagswahlen 1994 und 1998 aus – weshalb in diesem Artikel keine Daten zu den beiden Wahlen aufgeführt sind. Ab der Wahl 2002 fand die Auszählung der Stimmen nach markierten Stimmzetteln wieder statt und ein eigenständiges Bundeswahlstatistikgesetz regelt seit 1999 die strengen Auflagen für die Statistikerstellung – näheres dazu findet sich in der Beschreibung der Methodik weiter unten (Schorn, 2009, 122f.).

## Frankfurt spielte eine besondere Rolle

Noch vor Umsetzung der repräsentativen Wahlstatistik im Bundesgebiet war Frankfurt auf diesem Gebiet äußerst aktiv. Dr. Rudolf Gunzert, der damalige Direktor des Statistischen Amtes und Wahlamtes, ließ bereits zur Stadtverordnetenwahl 1952 eine umfassende repräsentative Wahlstatistik erstellen.

Diese führte er bei der Bundestagswahl 1953 fort und ging mit seiner Erhebung weit über den Umfang der im Bundesgebiet erhobenen Daten hinaus. So konnte er in seinen „Beiträgen zu einer statistischen

Analyse des Wahlgeschehens“ u. a. darauf eingehen, zu welchen Tageszeiten die Wahlberechtigten am Wahlsonntag ihre Stimme abgaben (Gunzert, 1954).

Trotz der zunächst hohen Bedeutung in Frankfurt wurde die Statistik bei den Wahlen 1957, 1961, 1969 sowie 1972 nicht durchgeführt.<sup>1</sup> Aus diesem Grund fehlen (neben den Wahlen 1994 und 1998, siehe oben) im Folgenden auch die Daten für diese Bundestagswahlen.

## Methodik der repräsentativen Wahlstatistik

Bei der repräsentativen Wahlstatistik handelt es sich um eine Stichprobenerhebung. Dazu wird eine geringe Menge Wahlbezirke ermittelt, die das Gesamtergebnis repräsentieren.<sup>2</sup> Bundesweit wird die Stichprobe geschichtet, so dass die 21 bei der Bundestagswahl 2017 gezogenen Frankfurter Bezirke auch für die Stadt repräsentativ sind. Um den zunehmenden Einfluss der Briefwahl einzubeziehen,

**Tab. 1 Verteilung der Stimmabgabe über die Tagesstunden bei der Bundestagswahl 1953**

Wähler/-innen	von 100 Wählerinnen/ Wählern kamen zwischen ... Uhr zur Wahlurne				
	8 und 10	10 und 12	12 und 14	14 und 16	16 und 18
<b>weiblich</b>					
21 bis 30 Jahre	12,1	22,0	14,2	24,5	27,2
31 bis 59 Jahre	21,6	22,0	14,7	21,8	19,9
60 Jahre und älter	33,7	22,6	11,6	17,7	14,3
<b>insgesamt</b>	<b>20,7</b>	<b>21,7</b>	<b>14,0</b>	<b>22,9</b>	<b>20,7</b>
<b>männlich</b>					
21 bis 30 Jahre	14,0	23,3	22,2	23,5	17,0
31 bis 59 Jahre	19,2	23,7	16,4	20,9	19,7
60 Jahre und älter	27,8	28,0	13,2	20,0	11,0
<b>insgesamt</b>	<b>20,8</b>	<b>24,2</b>	<b>16,4</b>	<b>20,3</b>	<b>18,3</b>
<b>insgesamt</b>	<b>20,8</b>	<b>22,8</b>	<b>15,0</b>	<b>21,8</b>	<b>19,7</b>

<sup>1</sup> Es lässt sich nicht mehr im Einzelnen nachvollziehen, ob in Frankfurt überhaupt repräsentative Wahlbezirke ausgewiesen waren und ob diese ggf. erfasst wurden. Zu den Wahlen 1957, 1961 und 1969 liegen keine Berichte vor. Für die Wahl 1972 führt der damalige Stadtkämmerer Hermann Lingnau im Vorwort zu den Frankfurter Statistischen Berichten, Sonderheft 31, aus, dass aufgrund der hohen Arbeitsbelastung durch die Kommunalwahl und Bundestagswahl im Spätherbst 1972 eine Auswertung der Repräsentativstatistik nicht möglich war (Asemann, 1976).

<sup>2</sup> Zur Methodik der Stichprobenziehung siehe (Kobold, 2015).

besteht die Stichprobe aus 17 allgemeinen und vier Briefwahlbezirken.

In den ausgewählten Bezirken werden die Einträge im Wählerverzeichnis sowie die Stimmzettel so markiert, dass die Wahlberechtigten sowie die Wählerinnen und Wähler (bzw. ihre Stimmabgabe) einem Geschlecht und darin einer Altersgruppe zugeordnet werden können.

Beim Zuschnitt der Altersgruppen trug der Gesetzgeber nicht nur dem Schutz des Wahlgeheimnisses Rechnung, sondern berücksichtigte auch den demografischen Wandel. Schon in den ersten beiden Jahrzehnten der repräsentativen Wahlstatistik wurden die Gruppen ausdifferenziert. Mit der Anpassung an die Herabsetzung des Eintrittsalters ins Erwachsenenendasein auf 18 Jahre ging 1972 eine deutlich feinere Altersgliederung einher, die dann 2013 bei den 60-Jährigen und Älteren nochmals aufgeteilt wurde.

Von Beginn an war die Gliederung bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung detaillierter als bei der Stimmabgabe. Möglich ist dies, da bei der Stimmabgabe weniger Fälle je Tabellenzelle auftreten und damit das Risiko minimiert werden muss, das Wahlgeheimnis zu verletzen. Zum Schutz muss also eine höhere Werteaggregation durch größere Spannen der Altersgruppen erreicht werden.

**Tab. 2 Die Altersgruppen bei der Wahlbeteiligung und ihre Entwicklung seit 1953**

Wahljahr		
1953 bis 1961	1965 und 1969	seit 1972
Alter ... Jahre		
21 bis 24	21 bis 24	18 bis 20
25 bis 29	25 bis 29	21 bis 24
30 bis 39	30 bis 34	25 bis 29
40 bis 49	35 bis 39	30 bis 34
50 bis 59	40 bis 44	35 bis 39
60 bis 69	45 bis 49	40 bis 44
70 und mehr	50 bis 59	45 bis 49
	60 bis 69	50 bis 59
	70 und mehr	60 bis 69
		70 und mehr

## Statistikerstellung erfolgt unabhängig von der Ergebnisermittlung

Die Auswertung der Repräsentativstatistik erfolgt völlig unabhängig von der eigentlichen Ergebnisermittlung in der abgeschotteten Statistikstelle. Dabei werden alle Stimmen erneut nach den Kennzeichnungen für Alter und Geschlecht gezählt und nach diesen auch die Wahlteilnahmevermerke aus den Wählerverzeichnissen erfasst.

Für die Auswahl der Bezirke sowie die Auszählung und Präsentation der Daten werden höchste Anforderungen gestellt, so dass das Wahlgeheimnis auf jeden Fall gewahrt bleibt. Insbesondere legt das Wahlstatistikgesetz folgende Regelungen fest:

- Im Bundesgebiet dürfen nicht mehr als fünf Prozent der Wahlbezirke in die Stichprobe aufgenommen werden, in einzelnen Bundesländern darf der Anteil zehn Prozent nicht übersteigen.<sup>3</sup>
- Ein ausgewählter Urnenwahlbezirk muss mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen, ein Briefwahlbezirk 400 Wählerinnen und Wähler.

**Tab. 3 Die Altersgruppen bei der Stimmabgabe und ihre Entwicklung seit 1953**

Wahljahr			
1953 bis 1961	1965 und 1969	1972 bis 2009	seit 2013
Alter ... Jahre			
21 bis 29	21 bis 29	18 bis 24	18 bis 24
30 bis 59	30 bis 44	25 bis 34	25 bis 34
60 und mehr	45 bis 59	35 bis 44	35 bis 44
	60 und mehr	45 bis 59	45 bis 59
		60 und mehr	60 bis 69
			70 und mehr

<sup>3</sup> Bei der Bundestagswahl 2017 betrug der Anteil der R-Bezirke in Frankfurt 4,4 Prozent.

- Zur Ermittlung der Wahlbeteiligung dürfen die Wahlberechtigten sowie die Wählerinnen und Wähler aus den Wählerverzeichnissen ausschließlich nach Geschlecht und Altersgruppe erfasst werden.
- Die Auswertung der Stimmzettel und der Wählerverzeichnisse erfolgt organisatorisch strikt getrennt.

Darüber hinaus dürfen die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nicht für Einzelbezirke, sondern nur in Summe, in Frankfurt also für die 21 ausgewählten Bezirke der Stadt, veröffentlicht werden (WStatG, 1999).

### Ergebnisse sind hochwertig und sehr gefragt

Da es sich bei der repräsentativen Wahlstatistik um die Auswertung einer konkreten Stimmabgabe handelt, ist diese sehr zuverlässig. Wahlnachbefragungen, wie sie z. B. die Forschungsinstitute durchführen, werden durch Erinnerungsschwierigkeiten oder sozial erwünschte Antworten verfälscht. Teilweise entspricht so die Aussage zur gerade erfolgten Wahlentscheidung nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Gestützt wird diese These dadurch, dass das Wahlergebnis aus den Befragungsdaten stark von dem tatsächlichen Ergebnis abweicht.

Auf der anderen Seite sind bei der repräsentativen Wahlstatistik keine direkten Vergleiche oder Aussagen zur zeitlichen Bindung der Wählerinnen und

Wähler an eine Partei möglich. Bei der Wahlnachbefragung kann hierzu die Wahlentscheidung bei der letzten Wahl mit erhoben werden.

Als 1994 und 1998 der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahlen aussetzte, kam es zu Protesten in der Wahlforschung. Dieser Protest basierte auf den oben genannten Vorteilen der Erhebung, die zu einer Prozentgenauigkeit der Ergebnisse führen und erreichte die Wiederaufnahme der Erhebung bei der Bundestagswahl 2002 (Schorn, 2009, 122f.).

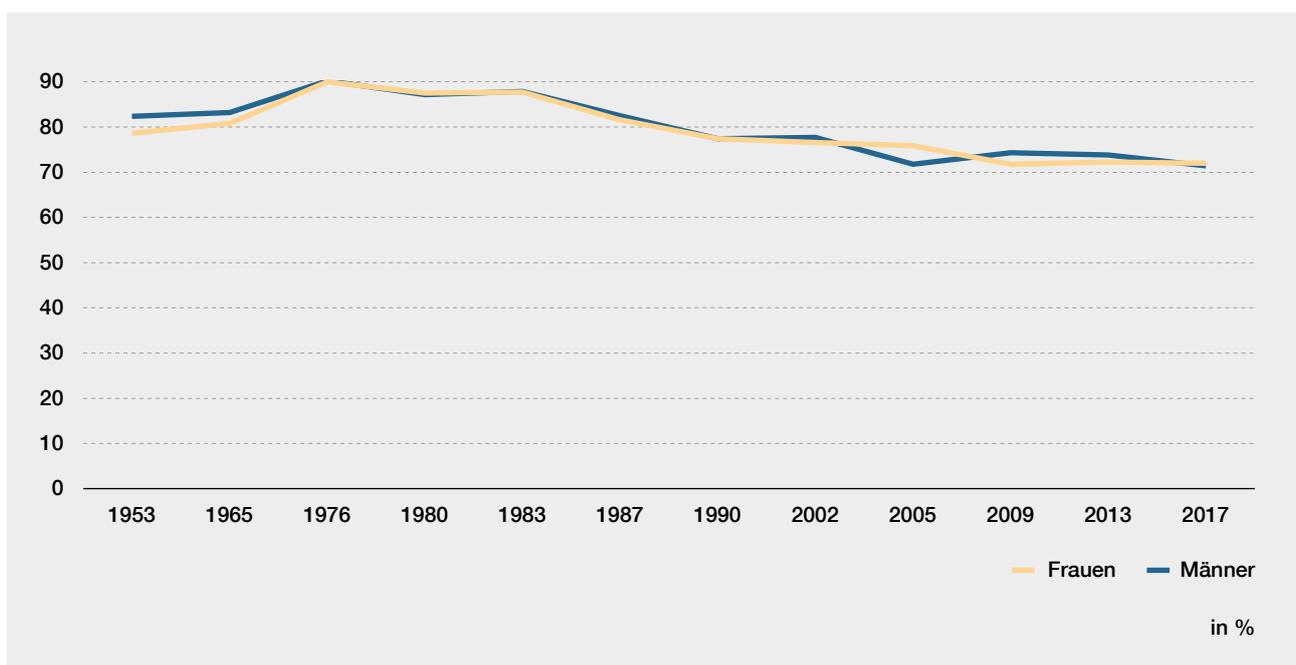
### Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen

Über den gesamten Zeitraum von 1953 bis 2017 betrachtet, hat sich die Wahlbeteiligung beider Geschlechter recht ähnlich entwickelt. Lag die Wahlbeteiligung in den repräsentativen Bezirken zunächst im Bereich von 80 Prozent, kletterte sie bis in die 1970er Jahre auf 90 Prozent. Mit dem Wechsel ins neue Jahrzehnt ging dann die Beteiligung zurück. 1990 fiel sie erstmals unter 80 Prozent und lag bei der letzten Wahl im September 2017 bei 71,7 Prozent.

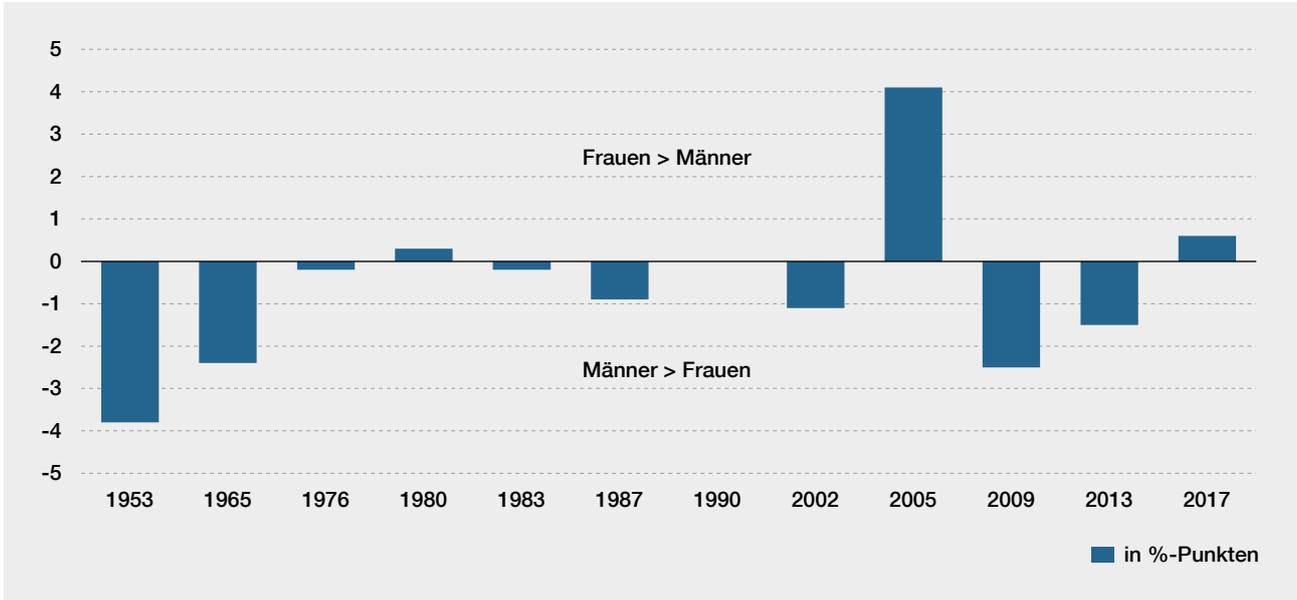
### Unterschiedliche Beteiligung bei Frauen und Männern

Wenn auch nur in geringem Umfang, so sind doch geschlechtsspezifische Besonderheiten bei der Wahlbeteiligung feststellbar. Bei der ersten Erhe-

**Abb. 1 Die Wahlbeteiligung der Geschlechter in den einzelnen Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2017**



**Abb.2 Unterschiede der Wahlbeteiligung von Frauen und Männern bei Bundestagswahlen seit 1953**

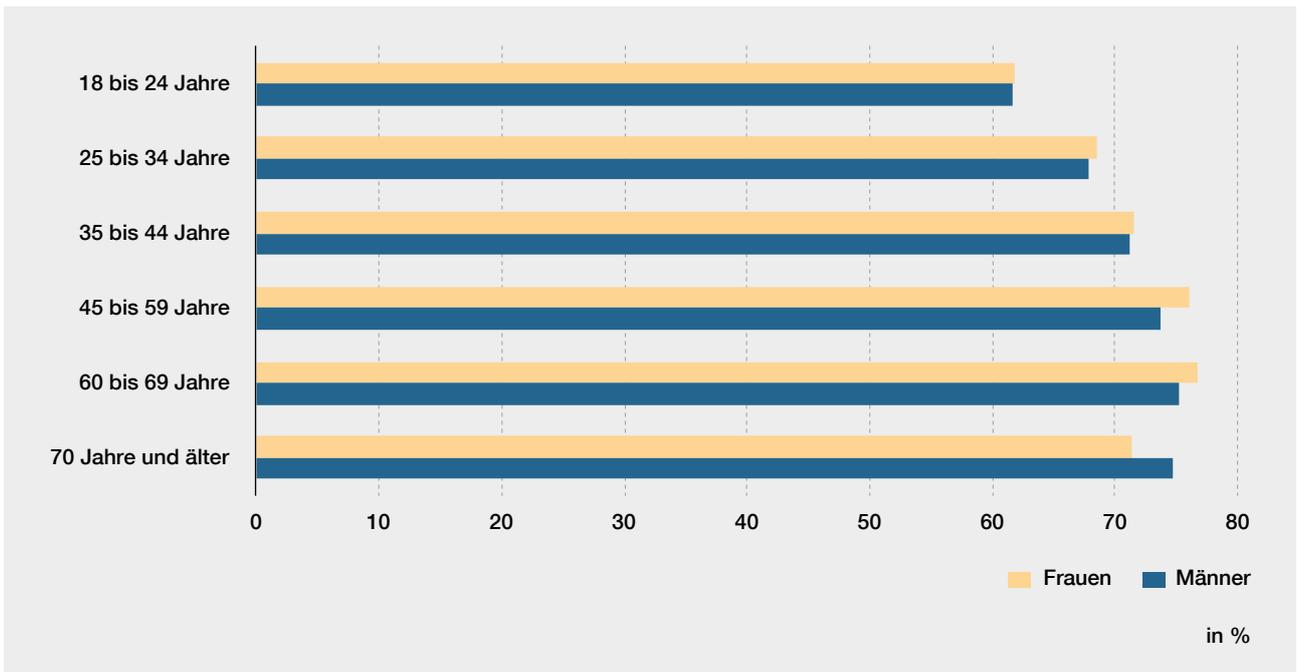


1953 lag die Beteiligung der Frauen 3,8 Prozentpunkte niedriger als die der Männer. Trotz eines allgemeinen Anstiegs der Wahlbeteiligung blieb dies auch 1965 so und nivellierte sich ab Mitte der 1970er Jahre fast vollständig.

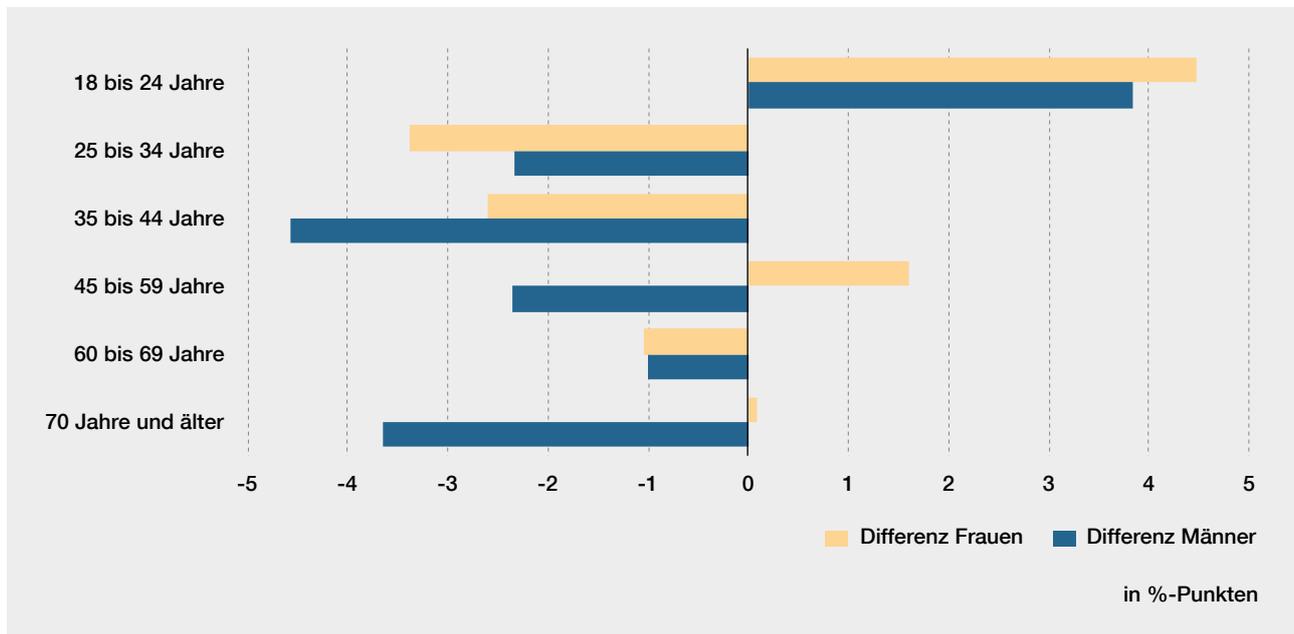
Mitte des letzten Jahrzehnts nahm der Geschlechterunterschied wieder zu und erreichte die maximale

Abweichung bei der Bundestagswahl 2005, als die Beteiligung der Frauen um 4,1 Prozentpunkte höher lag als die der Männer. Neben dieser Wahl gab es nur zwei weitere mit einer höheren Beteiligungsquote bei den Frauen. 1980 waren 0,3 Prozentpunkte mehr weibliche Wahlberechtigte mobilisiert worden als männliche und 2017 0,6 Prozentpunkte.

**Abb.3 Die Wahlbeteiligung der Geschlechter in den einzelnen Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2017**



**Abb.4 Geschlechtsbezogene Veränderung der Wahlbeteiligung in den Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2017 gegenüber 2013**



**Altersbezogene Unterschiede zwischen Geschlechtern feststellbar**

Bei der Bundestagswahl 2017 findet sich die höhere Beteiligungsquote der Frauen in fast allen Altersgruppen wieder (siehe Abbildung 3). Lediglich bei den 70-Jährigen und Älteren gingen anteilig mehr Männer an die Urne als Frauen. Zusammenhängen könnte dies mit einer zurückgezogenen Lebensweise und einer damit einhergehenden geringeren gesellschaftlichen Partizipation älterer, alleinstehender Frauen (Schwarz, 2018, S. 73).

Insgesamt die höchste Beteiligung bei der Wahl im Jahr 2017 von 76,7 Prozent erreichten die 60- bis 69-jährigen Frauen. Zwar beteiligten sich in dieser Altersspanne auch die meisten Männer (75,2 %), der Wert ist aber nur der dritthöchste aller geschlechts- und altersspezifischen Gruppen. Mit 76 Prozent lag die Quote bei den 45- bis 59-jährigen Frauen ebenfalls etwas höher.

In diesem Zusammenhang lohnt der Blick auf die Veränderung der Wahlbeteiligung in der genannten ältesten Gruppe gegenüber der Bundestagswahl 2013. Die Männer ab 70 entschlossen sich viel häufiger zur Nichtwahl als noch vier Jahre zuvor. Mit einer Ausnahme ist die männliche Beteiligung in allen Altersgruppen im Vergleich zur vorhergehenden Wahl rückläufig: Bei den 18- bis 24-Jährigen stieg die Beteiligungsquote an.

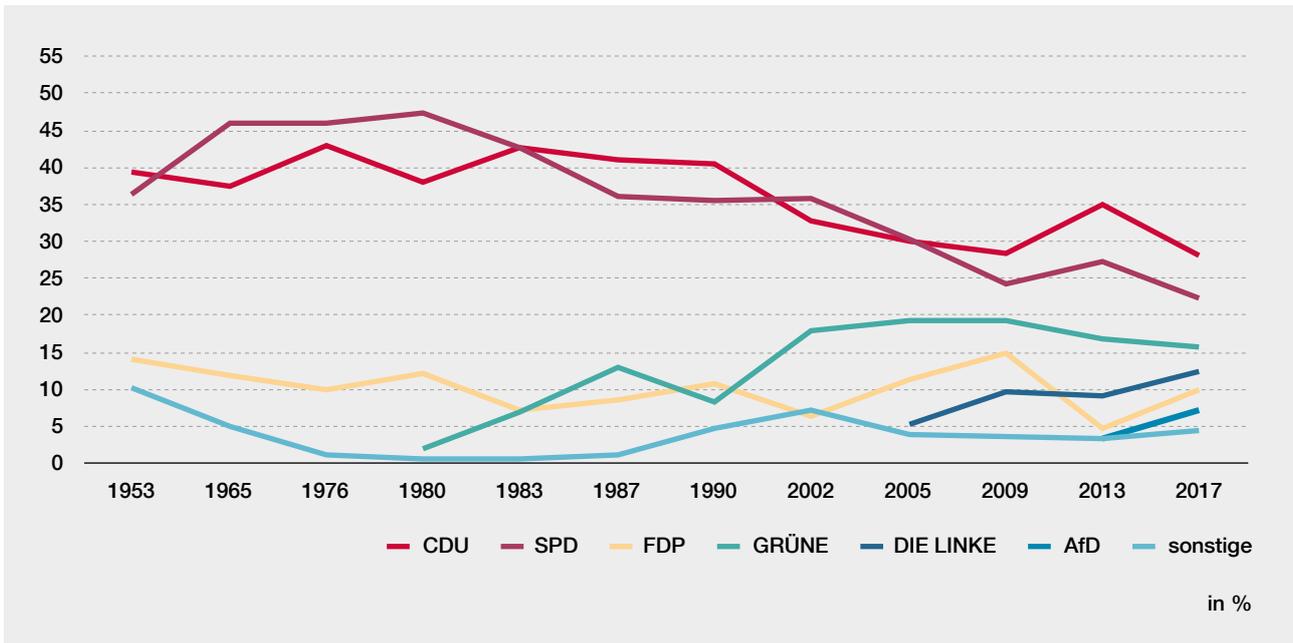
Auch die Frauen zwischen 18 und 24 Jahren gingen häufiger zur Wahl, bei ihnen fiel die Steigerung aber höher aus. Im Gegensatz zu den Männern nahm der Anteil der wählenden Frauen auch in den Altersgruppen 45 bis 59 Jahre und 70 Jahre und älter zu. In den anderen Gruppen war die Wahlbeteiligung rückläufig, teils stärker als bei den Männern.

**Frauen wählen eher CDU und GRÜNE**

Von Beginn der repräsentativen Wahlstatistik an bevorzugten die Frauen die christlich-demokratische Mitte mehr als dies die Männer taten. In den 1950er und 1960er Jahren lag der Zweitstimmenanteil der CDU bei den Frankfurterinnen um rund sieben Prozentpunkte höher als bei den Frankfurtern. Der Abstand zwischen den Geschlechtern verkleinerte sich dann längere Zeit und 2002 war der Anteil beinahe gleich. Mit dem Ende des letzten Jahrzehnts ging der Vorsprung der CDU bei den Frauen sprunghaft nach oben und erreichte mit 6,4 Prozentpunkten 2017 wieder das Niveau aus der Mitte des zurückliegenden Jahrhunderts (vgl. Abbildungen 5 und 6, Seiten 72 und 73).

Als die GRÜNEN 1980 das erste Mal auf Bundesebene antraten, fanden sie etwas mehr Anklang bei den Männern bzw. erreichten sie beide Geschlechter eher gleich gut. In der Folge blieb dies bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts so und änderte sich erst mit der Wahl 2005: Die Frankfurterinnen wurden für den Erfolg der Partei wichtiger – seither liegt

Abb.5 Zweitstimmenanteil der Parteien bei den Wählerinnen seit 1953



der Vorsprung der Wählerinnen vor den Wählern für diese Partei bei über drei Prozentpunkten (siehe Abbildung 7, Seite 74).

### Männer bevorzugen FDP, Parteien an den Rändern und kleinere Gruppierungen

Während die CDU bei den Frauen höhere Stimmenanteile erzielen kann, ist die FDP eine „Männerpartei“. Mit Ausnahme von 1965 und 1980 lag der männliche Stimmenanteil immer über dem weiblichen. Waren die Unterschiede bis zur Jahrtausendwende noch recht gering, so wurde der Abstand in der Folge größer und betrug bei der Wahl im letzten Jahr 3,6 Prozentpunkte (siehe Abbildung 7, Seite 74).

Männer wählen tendenziell aber nicht nur liberaler als Frauen, sie unterstützen auch eher Gruppierungen am linken und rechten Rand des Parteienspektrums. Der geschlechtsspezifische Abstand ist bei der LINKEN zwar rückläufig, aber noch in geringem Umfang vorhanden. Bei der AfD dagegen ging die Schere zwischen Männern und Frauen bei ihrer zweiten Wahl auf Bundesebene weiter auf und lag im September 2017 bei 5,4 Prozentpunkten (siehe Abbildung 7, Seite 74).

Unter den sonstigen Wahlvorschlägen ist ebenfalls ein leicht männlicher Schwerpunkt festzustellen, wobei dieser auf einem geringen Niveau liegt und der Abstand seit 1953 im Maximum 2,9 Prozentpunkte betrug (siehe Abbildung 7, Seite 74).

### Keine eindeutige Geschlechterpräferenz für die SPD

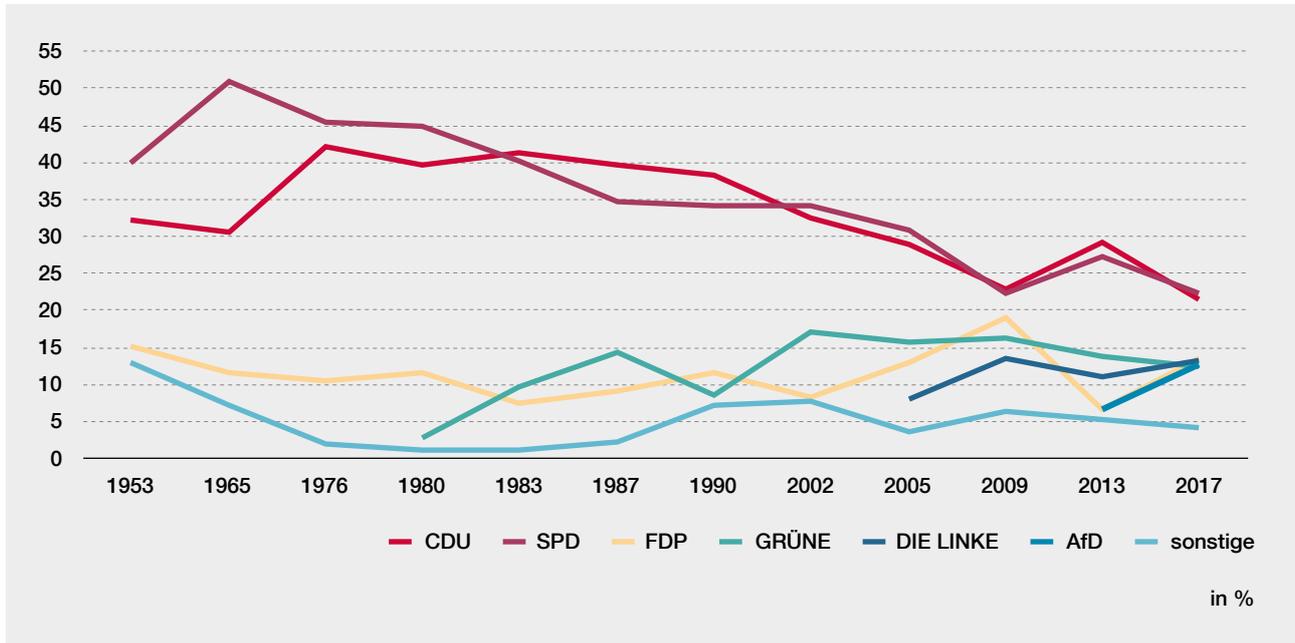
War die SPD in Frankfurt in der jungen Bundesrepublik noch eine „Männerpartei“ – in dieser Gruppe lag sie drei bis fünf Prozentpunkte vor den Frauen – wandelte sich dies Zusehens. Seit den 1980er Jahren ist ihr Anklang bei den Frankfurter Wählerinnen etwas höher als bei den Wählern, allerdings liegt die Differenz im aktuellen Jahrzehnt beinahe bei null und eine eindeutige Tendenz lässt sich nicht mehr erkennen (siehe Abbildung 7, Seite 74).

### Parteibindung und Stimmensplitting bei den Wählerinnen

Jede Wählerin bzw. jeder Wähler hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen. Mit der Erststimme kann eine Bewerberin oder ein Bewerber im Wahlkreis direkt gewählt werden, die Zweitstimme gibt man für eine Partei ab und bestimmt die Verteilung der Sitze im Deutschen Bundestag auf die Parteien. Dabei können die Stimmen unabhängig voneinander vergeben werden, also z. B. die Erststimme an die Bewerberin bzw. den Bewerber der Partei A im Wahlkreis und die Zweitstimme an die Partei B. Wenn diese Option genutzt wird, spricht man von Stimmensplitting.

Auch dieses Stimmensplitting wird bei der repräsentativen Wahlstatistik erfasst und kann nach dem Geschlecht ausgewertet werden. Damit lässt sich in Ansätzen die Parteibindung der Wählenden er-

Abb.6 Zweitstimmenanteil der Parteien bei den Wählern seit 1953



fassen. Maßgeblich für die Parteipräferenz ist die Zweitstimme. Inwiefern eine davon abweichende Abgabe der Erststimme für einen anderen Wahlvorschlagsträger taktischen Überlegungen entspringt, ist aus den Daten nicht ableitbar. Allerdings ist von einer sehr hohen Parteibindung auszugehen, wenn beide Stimmen an eine Partei bzw. deren Direktkandidatin oder Direktkandidaten vergeben werden.

Insgesamt ist beim Stimmensplitting seit Beginn des Jahrtausends kein Trend zu einer Zu- oder Abnahme zu erkennen. Vielmehr schwankt die Splittingquote nur relativ gering und bewegte sich zwischen 28,2 und 34,5 Prozent (siehe Tabelle 4).

Die Frankfurter Wählerinnen waren bei den Bundestagswahlen zwischen 2002 und 2013 einer Partei treuer als die Wähler. Ihre Splittingquote lag unter der der Männer, wobei der Unterschied 2002 0,8 und 2005 0,5 Prozentpunkte betrug. Deutlicher fiel der Unterschied 2009 und 2013 aus. Bei die-

sen Wahlen betrug der Abstand zwischen den Geschlechtern 3,6 bzw. vier Prozentpunkte. Bei der letzten Bundestagswahl im Herbst 2017 setzten die Wählerinnen und Wähler anteilig gleich häufig ihre beiden Kreuze bei einer Partei.

Wie weiter oben ausgeführt, haben manche Parteien einen gewissen Schwerpunkt bei den Geschlechtern. Ist dieser beim Stimmensplitting ebenfalls feststellbar?

Tabelle 5 (Seite 75) zeigt, dass die Frauen im September 2017 bei den „Männerparteien“ AfD und FDP stabiler wählten und weniger selten splitteten als die Männer. Zwar finden diese Parteien weniger Anklang bei den Frauen, wenn die Wahlentscheidung aber auf sie entfällt, dann eher vollständig. Auch den GRÜNEN geben die Frauen häufiger beide Stimmen, als die Männer. Bei den anderen Parteien ist die Wahlentscheidung der Männer bezogen auf ihre beiden Stimmen stabiler.

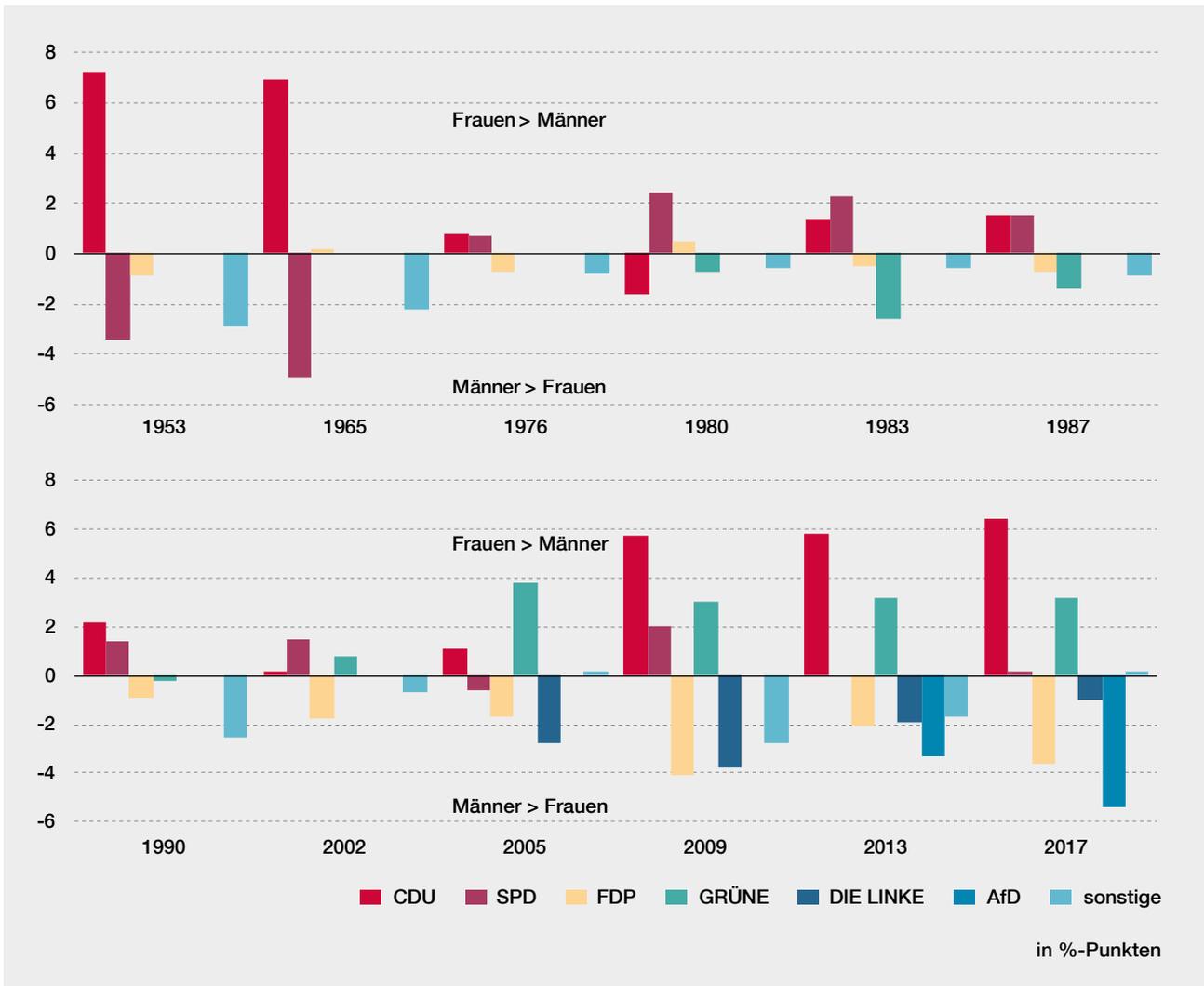
Tab.4 Splittingquote von Wählerinnen und Wählern bei Bundestagswahlen seit 2002

Geschlecht	Bundestagswahl ... in %				
	2002	2005	2009	2013	2017
weiblich	28,9	34,2	32,1	26,3	31,3
männlich	29,7	34,7	35,7	30,3	31,3
<b>insgesamt</b>	<b>29,3</b>	<b>34,5</b>	<b>33,9</b>	<b>28,2</b>	<b>31,3</b>

**Geschlechterunterschiede im Wahlverhalten sind klein aber sichtbar**

Insgesamt folgen die Entwicklungen beim Wahlverhalten der Frankfurterinnen und Frankfurter geschlechterunabhängig den großen Zügen. Allerdings werden bei näherer Betrachtung doch Unterschiede sichtbar, die sich bei den letzten Wahlen teilweise aufgehoben. Ob dies ein stabiler Trend oder nur eine kurzzeitige, aus der politischen Situation erwachsene Erscheinung ist, muss die Zukunft zeigen.

Abb. 7 Abstand der Zweitstimmenanteile von Frauen und Männern für die Parteien seit 1953



### Weitere Entwicklungen sind abzuwarten

Wie die vorhergehenden Ausführungen zeigen, ist die repräsentative Wahlstatistik ein wichtiges Instrument, um die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler in einem größeren Zusammenhang spiegeln zu können. Spannend ist diese Rückschau auch im Zusammenhang mit der Einführung eines dritten Geschlechts im Melderegister, zu der das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber am 10. Oktober 2017 mit einer Fristsetzung bis Ende dieses

Jahres verpflichtet hat (Bundesverfassungsgericht, 2017).

In der Konsequenz wird dann auch die repräsentative Wahlstatistik anzupassen sein. Ob dabei eine umfassende Reform der Altersgruppen nötig wird, um das Wahlgeheimnis nicht zu verletzen, bleibt abzuwarten.

Tab.5 Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 2017

von 1 000 Wählerinnen/ Wählern, die mit der Zweitstimme ... wählten,	wählten mit der Erststimme ...					
	CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	AfD	FDP
<b>weiblich</b>						
CDU	811	61	54	12	7	45
SPD	45	793	83	49	7	15
GRÜNE	125	252	553	43	2	15
DIE LINKE	30	224	102	600	7	7
AfD	45	37	2	25	862	14
FDP	345	67	24	22	16	504
<b>männlich</b>						
CDU	842	54	27	10	10	46
SPD	43	813	66	39	14	12
GRÜNE	110	352	469	28	4	9
DIE LINKE	11	249	64	603	18	9
AfD	56	46	2	25	834	26
FDP	360	88	27	11	14	480
<b>insgesamt</b>						
CDU	824	58	43	11	9	45
SPD	44	802	75	44	11	13
GRÜNE	118	295	517	37	3	13
DIE LINKE	20	237	83	601	13	8
AfD	52	43	2	25	844	22
FDP	353	79	26	16	15	490

### Literaturverzeichnis

- ASEMANN, Karl Heinz, 1976. *Bundestagswahl 1972 und Landtagswahl 1974 in Frankfurt am Main: Statistiken und Analysen*. Frankfurt am Main: Statistisches Amt und Wahlamt. Frankfurter Statistische Berichte / Sonderheft. 31
- AUFRUF DES RATES DER VOLKSBEAUFTRAGTEN AN DAS DEUTSCHE VOLK vom 12.11.18 (Reichsgesetzblatt Nr. 153 S. 1303) [online] [Zugriff am: 03.07.18]. Verfügbar unter: [http://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0238\\_rev\\_de.pdf](http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0238_rev_de.pdf)
- BUNDESVERFASSUNGSGERICHT, 2017. *Bundesverfassungsgericht - Presse - Personenstandsrecht muss weiteren positiven Geschlechtseintrag zulassen* [online] [Zugriff am: 19.07.18]. Verfügbar unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-095.html>
- BUNDESWAHLORDNUNG vom 15.07.53 (BGBl I S. 514) [online] [Zugriff am: 30.08.18]. Verfügbar unter: <https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav>
- DEUTSCHER BUNDESTAG, 2014. *Einführungsdaten des Frauenwahlrechts in 20 europäischen Ländern* [online]. 20.04.2014. Berlin [Zugriff am: 03.07.18]. Verfügbar unter: [https://www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/parl\\_hist/frauenwahlrecht/einfuehrung/246998](https://www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/parl_hist/frauenwahlrecht/einfuehrung/246998)
- EUROPÄISCHE AKADEMIE FÜR FRAUEN IN POLITIK UND WIRTSCHAFT BERLIN E.V., 2018. *100 Jahre Frauenwahlrecht* [online]: *Die Geschichte*. Berlin: Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. [Zugriff am: 03.07.18]. Verfügbar unter: <https://www.100-jahre-frauenwahlrecht.de/100-jahre-frauenwahlrecht-geschichte.html>
- GUNZERT, Rudolf, 1954. *Die Bundestagswahl am 6. September 1953 in Frankfurt am Main: Beiträge zu einer statistischen Analyse des Wahlgesehens*. Frankfurt am Main: Statistisches Amt und Wahlamt. Frankfurter Statistische Berichte / Sonderheft. 2
- KOBOLD, Kevin, 2015. Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 - ein Vergleich: (Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistiken). In: *Wirtschaft und Statistik* [online]. 2014 (Dezember), S. 718–732 [Zugriff am: 10.07.18]. Verfügbar unter: [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/79559153-a7d5-4130-b82f-110f18a16b11/ew14-btw13\\_wista\\_122014.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/79559153-a7d5-4130-b82f-110f18a16b11/ew14-btw13_wista_122014.pdf)
- LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG, 2018. *100 Jahre Frauenwahlrecht: 12. November 1918* [online]: *Geburtsstunde des Frauenwahlrechts* [Zugriff am: 03.07.18]. Verfügbar unter: [https://www.lpb-bw.de/12\\_november.html](https://www.lpb-bw.de/12_november.html)
- ROHE, Karl, 1992. *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland: Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Edition Suhrkamp Neue Historische Bibliothek. 1544 = N.F., 544. ISBN 3-518-11544-8
- SCHORN, Karina, 2009. Die repräsentative Wahlstatistik – immer noch eine wenig bekannte Statistik: In: *KommunalPraxis Spezial* [online]. (3), S. 122–127 [Zugriff am: 30.08.18]. Verfügbar unter: [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cdfbc098-f57e-4426-8eb3-5dcc697a2199/komm-p-spezial\\_03-2009\\_schorn.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cdfbc098-f57e-4426-8eb3-5dcc697a2199/komm-p-spezial_03-2009_schorn.pdf)
- SCHWARZ, Thomas, 2018. Ein kleiner aber feiner Unterschied - geschlechtsspezifisches Wahlverhalten und Einstellungsmuster von Frauen und Männern am Beispiel der Bundestagswahlen in Stuttgart: In: *Statistik und Informationsmanagement / Monatsheft*. (3), S. 72–77
- VERORDNUNG ÜBER DIE BUNDESTAGSWAHLSTATISTIK 1953 (Bundestagswahlstatistik) vom 21.08.53 (BAz Nr. 162, S.1)
- WAHLSTATISTIKGESETZ (WStatG) vom 21.05.99 (BGBl I S. 1023), das zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27.04.13 (BGBl I S. 962) geändert worden ist [online] [Zugriff am: 30.08.18]. Verfügbar unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/wstatg/BJNR102310999.html>



## Maß- und Mengeneinheiten

€	Euro
°C	Grad Celsius
ha	Hektar
km	Kilometer
kWh	Kilowattstunde
l	Liter
m <sup>3</sup>	Kubikmeter
m	Meter
µg	Mikrogramm
µm	Mikrometer
µS	Mikrosiemens
Mrd.	Milliarde
mg	Milligramm
mm	Millimeter
Mio.	Million
%	Prozent
km <sup>2</sup>	Quadratkilometer
m <sup>2</sup>	Quadratmeter
TEU	Kapazität von 20-Fuß-Containern
t	Tonne

## Zeichenerklärungen

( )	Aussagewert eingeschränkt
D	Durchschnitt (arithmetisches Mittel)
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl
s	geschätzte Zahl
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
–	nichts vorhanden (genau Null)
×	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
...	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
·	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

Die Angaben beziehen sich auf den jeweiligen Gebietsstand, wenn nichts anderes vermerkt ist. Bestandszahlen gelten für das Ende der jeweiligen Berichtszeit, falls nichts anderes angegeben ist. Abweichungen durch Rundungen sind möglich. In den Karten werden die Ergebnisse überwiegend in Quartilen dargestellt.